

# **I N E F**

## **Report**

Institut für Entwicklung und Frieden der  
Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg  
zur wissenschaftlichen Begleitung der  
Stiftung Entwicklung und Frieden

### **Globale Herausforderung Weltbevölkerungswachstum**

#### **Wege zur Stabilisierung der Bevölkerungsdynamik**

Christiane Woiwod

**Heft 19 / 1996**

**Gerhard-Mercator-Universität  
Duisburg  
Gesamthochschule**



Inhaltsverzeichnis

<b>1 Daten, Fakten und Analysen zur aktuellen bevölkerungspolitischen Debatte.....</b>	<b>2</b>
1.1 Auf dem Weg zum globalen Selbstmord?.....	2
1.2 Weltbevölkerungswachstum und -verteilung.....	3
1.3 Rettet uns die „ <i>Reproduktive Revolution</i> “?.....	8
1.4 Urbanisierung und Migration.....	9
<b>2 Das Weltbevölkerungswachstum: Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts .....</b>	<b>10</b>
2.1 Zum Wandel der demographiezentrierten Debatte globaler Probleme.....	11
2.2 Die Wurzeln der Weltbevölkerungs-“Explosion“ .....	18
2.3 Auf dem Weg zu einer menschengerechten Bevölkerungspolitik?.....	20
<b>3 Die „Entdeckung“ und Integration der Frauen in die Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik.....</b>	<b>22</b>
3.1 Die Bemühungen der Vereinten Nationen zur de-jure Gleichstellung von Mann und Frau .....	22
3.2 Die Integration der Frauen in die Entwicklungspolitik.....	23
3.3 Zur Rechtsverbindlichkeit internationaler Instrumente zur Gleichstellung der Geschlechter .....	26
3.4 Die Integration der Frauen in die Bevölkerungspolitik .....	27
3.5 Die Fruchtbarkeit der Frauen unter internationaler Kontrolle. Zur Qualität eingesetzter Dienstleistungen und Verhütungstechnologien in Familienplanungsprogrammen.....	31
<b>4 Entwicklungs- und bevölkerungspolitische Konzepte der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo .....</b>	<b>37</b>
4.1 Der Vorbereitungsprozeß der „ <i>International Conference on Population and Development</i> “ ICPD .....	37
4.2 Der Aktionsplan von Kairo. Die Formulierung eines neuen, holistisch-integrativen bevölkerungs- und entwicklungspolitischen Paradigmas .....	38
4.3 Gleichberechtigung der Geschlechter und <i>Empowerment</i> der Frau .....	40
4.4 Reproduktive Rechte und das Konzept der reproduktiven Gesundheit .....	43
4.4.1 Das Konzept der reproduktiven Rechte .....	43
4.4.2 Das Konzept der reproduktiven und sexuellen Gesundheit.....	44
4.5 Die Finanzierung des Aktionsprogrammes .....	50
<b>5 Internationale Bevölkerungspolitik: Perspektiven für eine menschengerechte, tragfähige und nachhaltige Bevölkerungsentwicklung .....</b>	<b>51</b>

# 1 Daten, Fakten und Analysen zur aktuellen bevölkerungspolitischen Debatte

## 1.1 Auf dem Weg zum globalen Selbstmord?

Das Phänomen hypergeometrischen Bevölkerungswachstums mit seiner überwiegenden Konzentration auf die Entwicklungsregionen ist ein Novum in der Menschheitsgeschichte. Die rasante demographische Entwicklung ruft in der Öffentlichkeit diffuse Ängste vor einem überfüllten, der Apokalypse geweihten Planeten hervor. Hysterische Konnotationen werden in den Medien mit suggestiven Begriffen wie Bevölkerungsbombe, -explosion, Menschenplage und -flut aufgegriffen und weiter geschürt. Da wird die Erde zu einem „kollabierenden Stehplatz für Milliarden“, das Bevölkerungswachstum zu einer „B-Bombe“, deren Zündschnur bereits in Brand gesetzt wurde und die „Überbevölkerung“ überrundet als Alternative zum globalen Selbstmord sogar die entfesselte Kraft des Atoms. In apokalyptisch-biologistischen Katastrophenszenarien werden der Fluch und die Folgen der Fruchtbarkeit immer wieder neu und auf Kosten einer sachorientierten Auseinandersetzung mit Bevölkerungsfragen beschworen. Der Molekularbiologe Reiner Klingholz<sup>1</sup> orakelt, das exponentielle Bevölkerungswachstum gleiche „*verblüffend dem einer Bakterienkultur in einer Petrischale, gehen die Mikroorganismen jedoch nach explosivem Wachstum an den eigenen Exkrementen zugrunde, zieht der Homo sapiens sehenden Auges in die Katastrophe,*“ denn er sei nicht bereit zu akzeptieren, daß

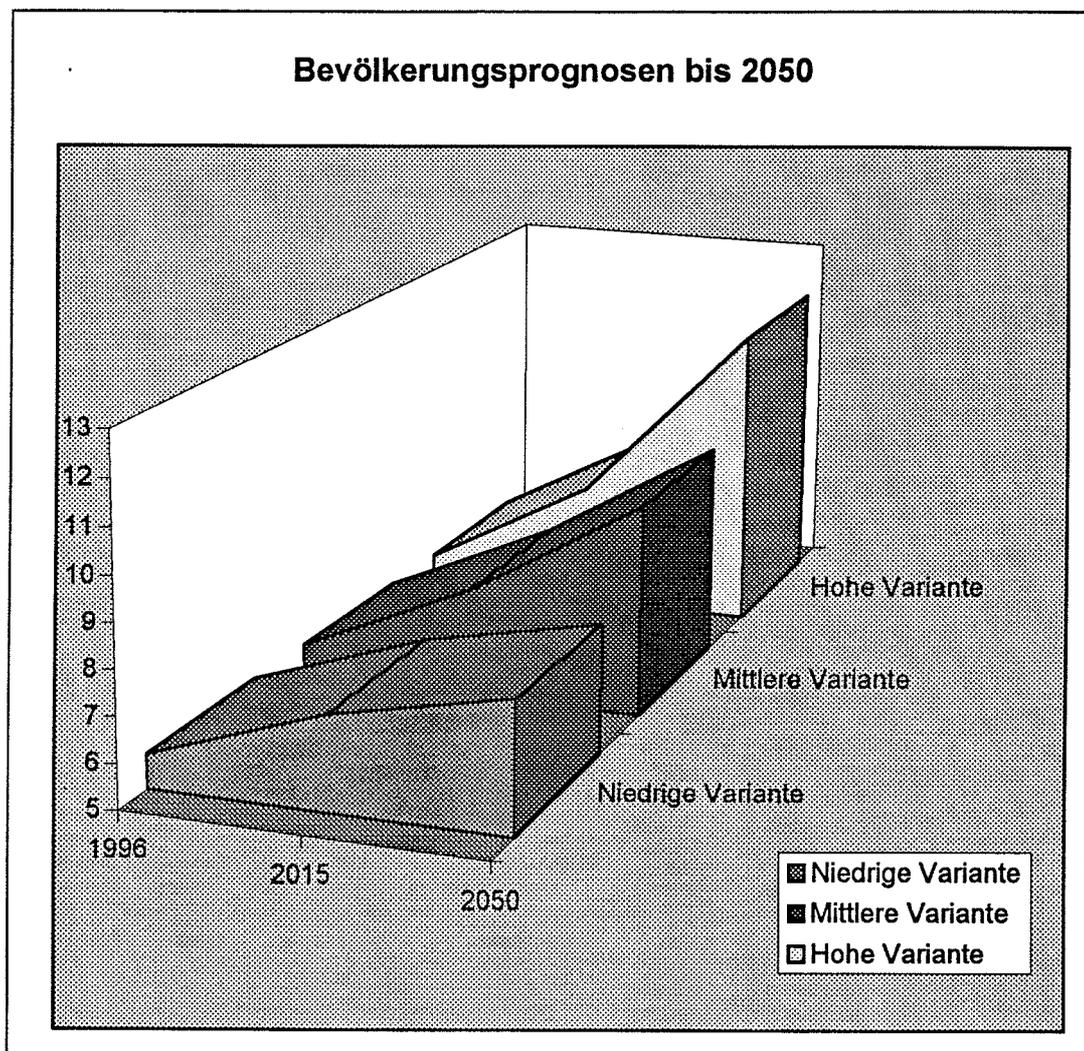
er die Grenzen dieses Planeten ebensowenig durchbrechen könne wie ein Hefebakterium die Wände des Laborgefäßes. Der amerikanische Anthropologe Warren Hern definiert den Menschen biologisch als eine „*habgierige, räuberische, omniökophage Art, die auf dem ganzen Globus alle pflanzliche, tierische, organische und anorganische Materie in menschliche Biomasse oder in für sie nutzbare Güter verwandelt.*“<sup>2</sup> Die starke Vermehrung dieser Spezies komme einem bösen Ökotumor gleich, der sich über unserem Planeten ausbreite und überall metastasiere. Hern bezeichnet diese Spezies als „*Homo oecophagus*“, der ökosystemfressende Mensch. Die zitierten apokalyptischen Horrorszenarien behindern eine nüchterne Auseinandersetzung mit der Bevölkerungsproblematik und verstellen den Blick auf erkennbare positive Trends in der demographischen Entwicklung. Im folgenden werden im Dienste einer sachorientierten Auseinandersetzung mit Bevölkerungsfragen die

- aktuellen Fakten und Trends zur globalen Bevölkerungsentwicklung präsentiert und
- die Genese der unterschiedlichen Argumentationsstränge innerhalb der bevölkerungspolitischen Debatte nachgezeichnet.

1 Klingholz 1994, S. 217.

2 Hern 1994, S.208.

Abb. 1



Quelle: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1996

## 1.2 Weltbevölkerungswachstum und -verteilung

Gegenwärtig leben etwa 5,76 Milliarden<sup>3</sup> Menschen auf der Erde und während Sie diesen Satz in normaler Geschwindigkeit lesen, wächst die Weltbevölkerung um etwa 20 Menschen, Zehntausende kommen in jeder Stunde hinzu und 86 Millionen im Jahr.

Diese rasante demographische Entwicklung ist ein völlig neues Phänomen, denn über

Millionen von Jahren lag die Weltbevölkerung unter zehn Millionen und nahm mit Wachstumsraten unter einem Prozent nur äußerst langsam zu.<sup>4</sup>

Erst Mitte des 15. Jahrhunderts ging die Bevölkerung Europas aus einer sehr allmählichen Wachstumsbewegung in einen steilen, explosionsartigen Anstieg über.<sup>5</sup> Die erste Milliarde Menschen wurde vor 200 Jahren, also um das Jahr 1800, erreicht. 1930 verdoppelte sich die Weltbevölkerung bereits und überschritt dreißig

<sup>3</sup> United Nations 1995a, S.40.

<sup>4</sup> Birg 1994b, S.11.

<sup>5</sup> Heinsohn/ Steiger 1990, S.161f.

Jahre später die Dreimilliardengrenze. Bis 1975 stieg die Zahl der Erdbewohner auf vier Milliarden und bis 1987 wuchs die Weltbevölkerung auf über fünf Milliarden<sup>6</sup> an.

Allein innerhalb der letzten fünfzig Jahre hat sich die Bevölkerungszahl damit mehr als verdoppelt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert einer einmaligen Wachstumsbeschleunigung in die Geschichte eingehen.<sup>7</sup>

In absoluten Zahlen steigt die Weltbevölkerung weiterhin an, obgleich die Wachstumsraten generell rückläufig sind. Sie erreichten Mitte der 70er Jahre mit 2,1 Prozent ihren Höchststand und fielen von diesem Zeitpunkt kontinuierlich auf derzeit 1,7 Prozent.<sup>8</sup>

Ab 1997 prognostiziert der United Nations Population Fund (UNFPA) auch erste allmähliche Rückgänge der jährlichen, absoluten Bevölkerungszuwächse. Sie sollen von einem erwarteten Höchststand von 94 Millionen im Jahr 2000 auf 85 Millionen bis ins Jahr 2020 sinken.

Für das Jahr 2015 werden zwischen 7,1 Milliarden Menschen bei einer niedrigen, 7,5 bei einer mittleren und 7,83 Milliarden Menschen bei einer hohen Prognosevariante erwartet. Die Differenz zwischen hoher und niedriger Prognosevariante für das Jahr 2015 entspricht mit 720 Millionen Menschen etwa der derzeitigen Bevölkerung des afrikanischen Kontinents.<sup>9</sup> Im Jahr 2050 werden die absoluten Bevölkerungszuwächse zwischen 7,9 und 11,9 Milliarden<sup>10</sup> Menschen liegen.

Erst im Jahr 2100 wird die Weltbevölkerung in einen stationären Zustand zwischen 11 und 12 Milliarden<sup>11</sup> übergehen.

Die erhebliche Streubreite in den UNFPA-Vorausschätzungen können als Hinweis darauf gewertet werden, daß die zukünftige Bevölkerungsentwicklung kein unentrinnbares Schicksal ist. Demographische Ziel-faktoren wie Geburtenrate, Mütter- und Kindersterblichkeit sowie Morbidität sind - zumindest teilweise - politisch beeinflussbare Größen.

Welche Prognosevariante letztlich eintritt, wird maßgeblich von der Anerkennung der sozialen Mitverantwortung für die zukünftige demographische Entwicklung und dem politischen Willen abhängen, die Herausforderungen sozialer, ökonomischer und politischer Entwicklung anzunehmen und zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung beizutragen.

*„In den verbleibenden sechs Jahren dieses kritischen Jahrzehnts“, so die Mahnung des Aktionsprogramms der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD), „werden sich die Länder der Welt - durch ihr Handeln oder Nichthandeln - für eine demographische Zukunft aus einer Reihe möglicher Optionen entscheiden. Die Umsetzung der Ziele des ... Aktionsprogramms ... würde dazu führen, daß das Weltbevölkerungswachstum in diesem Zeitraum und darüber hinaus unter den Werten der mittleren Prognosevariante der Vereinten Nationen bliebe.“<sup>12</sup>*

6 Leisinger 1993, S.41.

7 Birg 1994b, S.11.

8 Birg 1994b, S.13/ United Nations 1995, S.40/ Johnson 1994., S.125ff, 137 und Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.5.

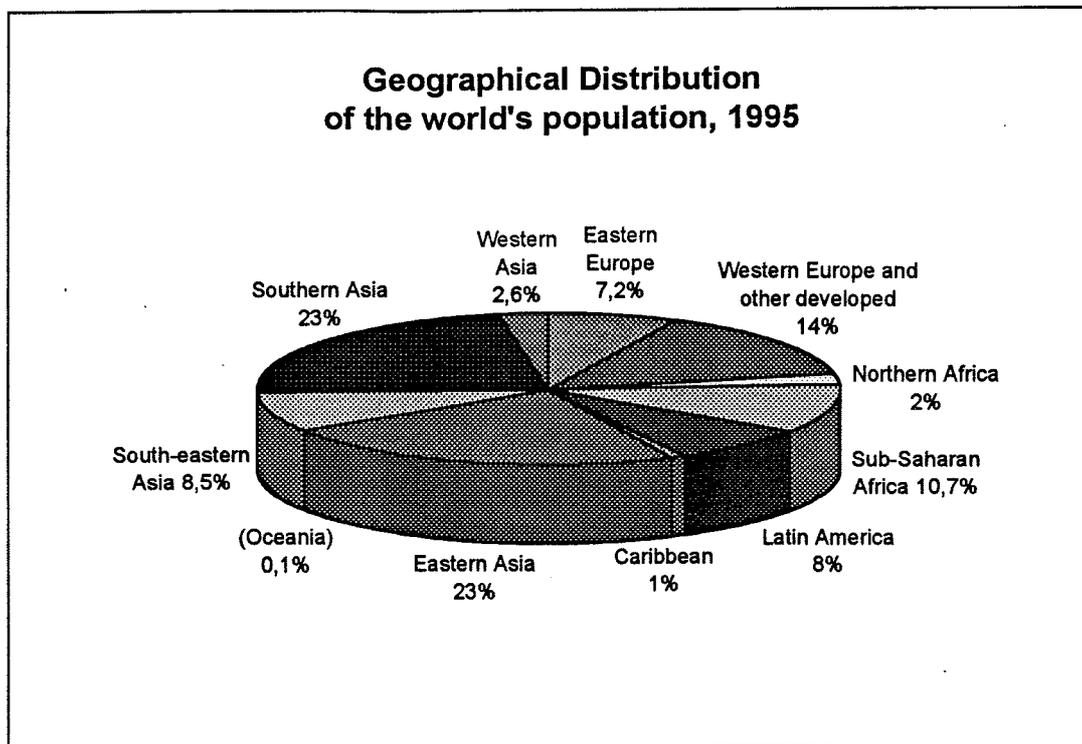
9 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.2.

10 United Nations Population Fund 1995, S.1.

11 Birg 1994b, S.13.

12 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.6.

Abb. 2



Quelle: UN 1995a

Problematisch ist, daß die enormen Bevölkerungszuwächse nahezu vollständig auf die Entwicklungsländer entfallen, die schon heute große soziale und wirtschaftliche Probleme haben und am wenigsten in der Lage sind, eine so starke Bevölkerungsvermehrung in so kurzer Zeit zu verkraften, also in Regionen, wie die UN in einer aktuellen statistischen Untersuchung „*The World's Women*“ bekräftigt, „with the greatest need to raise economic productivity and living standards and with the fewest assets to do so“. <sup>13</sup>

Waren die Entwicklungsländer 1950 noch mit 77 Prozent an dem jährlichen Weltbevölkerungswachstum beteiligt, stieg ihr Anteil 1995 auf 92 Prozent an.

Das rasante Bevölkerungswachstum konzentriert sich laut UNFPA nahezu vollständig auf Asien, Afrika und Lateinamerika

und zu mehr als der Hälfte davon wiederum auf Südasien und Afrika, wo sich viele der ärmsten Länder der Welt befinden. Die meisten Menschen, die in Zukunft auf die Welt kommen, werden folglich Kinder armer Familien sein. Der Anteil der in tiefster Armut lebenden Menschen wird daher in den nächsten Generationen dramatisch steigen.

Die Konzentration des Bevölkerungswachstums auf die Entwicklungsregionen macht deutlich, daß die zukünftige demographische Entwicklung nahezu allein von diesen Ländern abhängen wird.

Bereits heute leben nur noch 21,6 Prozent der Weltbevölkerung in den entwickelten Regionen Ost- und Westeuropas, Nordamerikas, Japans und Ozeaniens. Im Jahre 2010 werden die Europäer mit sechs bis

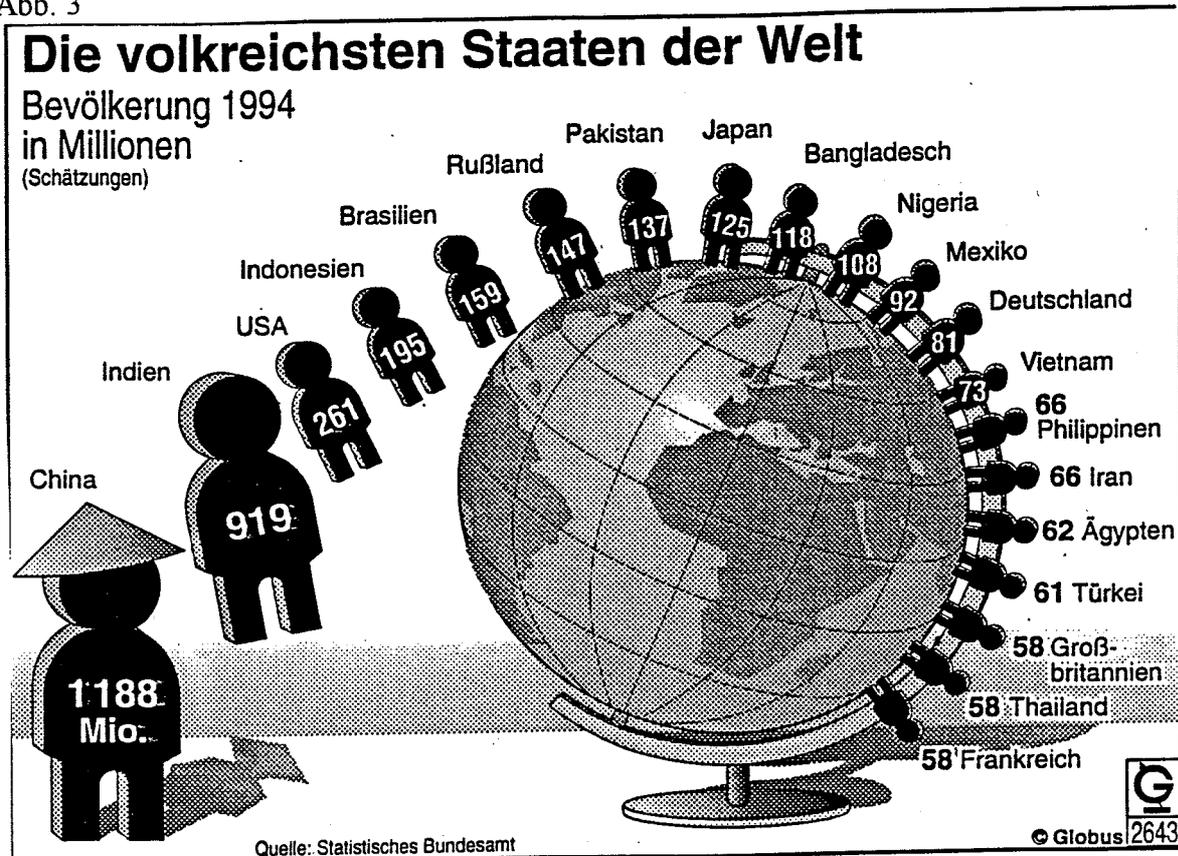
13 United Nations 1995a, S.39.

sieben Prozent zu einer verschwindenden Minderheit auf diesem Erdball gehören.<sup>14</sup> Das bevölkerungsreichste Land ist China mit über einer Milliarde Einwohner, dicht gefolgt von Indien mit 919 Millionen Einwohnern. Damit beherbergen allein diese beiden asiatischen Länder über ein Drittel (37 Prozent) der Weltbevölkerung.

hin durchschnittliche Wachstumsraten von drei Prozent und mehr.<sup>15</sup>

Die Fertilitätsrate<sup>16</sup> für alle Entwicklungsländer liegt bei 3,5 Lebendgeburten pro Frau. Die Geburtenrate für die Least Developed Countries beträgt 5,8. In Subsahara-Afrika ist sie mit 6,3 Lebendgeburten pro Frau am höchsten.<sup>17</sup>

Abb. 3



Quelle: Globus

Die durchschnittliche Wachstumsrate aller Entwicklungsländer wird für den Zeitraum von 1992-2000 mit 1,8 Prozent angegeben, wobei in den Least Developed Countries Raten von 2,7 Prozent und in Subsahara-Afrika von sogar 2,9 Prozent erreicht werden.

Zwischen 1990 und 1995 zeigten sich in 36 Ländern, darunter 24 afrikanischen, weiter-

Wenngleich die Fertilitätsraten weltweit generell rückläufig sind, gibt es **große regionale Unterschiede**.

- **Sinkende Geburtenraten in den entwickelten Regionen**

<sup>15</sup> United Nations 1995a, S.41.

<sup>16</sup> Fruchtbarkeitsrate (insgesamt) gibt die durchschnittliche Zahl von Kindern an, die von einer Frau im Verlauf ihres Lebens lebend geboren würden, wenn sie in jeder Altersstufe in Übereinstimmung mit den altersspezifischen Fruchtbarkeitsraten Kinder zur Welt brächte.

<sup>17</sup> United Nations Development Programme 1995, S.186f.

<sup>14</sup> United Nations 1995a, S.40.

Am niedrigsten sind die Wachstums- und Geburtenraten derzeit in den entwickelten Regionen. Die durchschnittliche Wachstumsrate liegt in den Industrieländern bei 0,4 Prozent. Die Geburtenraten fielen dort in der Zeit von 1970 bis 1975 von 2,3 Kinder pro Frau auf derzeit 1,9 und damit unter das Ersatzniveau.<sup>18</sup>

Auch in Ostasien sanken die Raten signifikant von 4,7 auf 2,3 Kinder pro Frau. In Italien und Spanien wurden mit 1,2 bzw. 1,3 Lebendgeburten pro Frau 1992 die niedrigsten, jemals beobachteten Raten festgestellt. Japan erlebte 1992 mit einer Rate von 1,5 ebenfalls einen substantiellen Fertilitätsrückgang.

• **Unverändert hohe Geburtenraten in Subsahara-Afrika**

Dieser Trend setzte sich jedoch nicht in Subsahara-Afrika fort. Dort wird für den Zeitraum von 1990-1995 eine unverändert hohe durchschnittliche Fertilitätsrate von 6,1 Geburten pro Frau erwartet. In zwei Drittel aller Länder dieser Region stagnierten die Raten oder wiesen, wie Abbildung 4 zeigt, sogar steigende Tendenzen auf.

• **Regionen mit fallenden Fertilitätsraten**

Fallende Fertilitätsraten sind für Botswana, Kenia, Lesotho, Mauritius, Süd-Afrika, Swaziland und Zimbabwe nachweisbar. Auch in Nordafrika fielen die Fertilitätsraten von 6,7 innerhalb des Zeitraumes 1970-1975 auf 4,6 in den Jahren 1990-1995 und in Lateinamerika sowie der Karibik in den gleichen Zeiträumen von 4,8 auf 3,2. In mehr als der Hälfte der Länder dieser Regionen liegen die Fertilitätsraten im Durchschnitt niedriger als drei Geburten je

Frau. Im asiatischen Raum steht dem bemerkenswerten Fertilitätsrückgang Ostasiens eine in Südasien gleichbleibend hohe Rate von 5,3 Geburten je Frau, und damit der mittlerweile zweithöchste durchschnittliche Wert in der Welt<sup>19</sup>, gegenüber.

Abb. 4  
 Countries where fertility has increased or remained at the same level between 1970-1975 and 1990-1995

	Total fertility rate	
	1970-1975	1990-1995
<b>Developed regions</b>		
Finland	1.6	1.8
Latvia	2.0	2.0
Malta	2.1	2.1
Sweden	1.9	2.1
United States	2.0	2.1
<b>Africa</b>		
Angola	6.6	7.2
Benin	7.1	7.1
Burkina Faso	6.4	6.5
Burundi	6.8	6.8
Central African Republic	5.7	6.2
Comoros	7.1	7.1
Congo	6.3	6.3
Côte d'Ivoire	7.4	7.4
Djibouti	6.6	6.6
Equatorial Guinea	5.7	5.9
Ethiopia	6.8	7.0
Gabon	4.3	5.3
Guinea	7.0	7.0
Guinea-Bissau	5.4	5.8
Liberia	6.8	6.8
Madagascar	6.6	6.6
Malawi	7.4	7.6
Mali	7.1	7.1
Mauritania	6.5	6.5
Mozambique	6.5	6.5
Namibia	6.0	6.0
Niger	7.1	7.1
Rwanda	8.3	8.5
Sierra Leone	6.5	6.5
Somalia	7.0	7.0
Togo	6.6	6.6
Uganda	6.9	7.3
United Rep. Tanzania	6.8	6.8
Zaire	6.3	6.7
<b>Asia</b>		
Bhutan	5.9	5.9
Lao People's Dem. Rep.	6.2	6.7

Source: *Women's Indicators and Statistics Database (Wistat), Version 3, CD-ROM*, (United Nations publication, Sales No. E.95.XVII.6).

Quelle: UN 1995a

18 Birg 1994b, S.16: Das Fertilitätsniveau, das bei einer bestimmten Sterblichkeit ausreicht, um die Bevölkerung konstant zu halten, wird als Ersatzniveau der Fertilität bezeichnet. Es entspricht einer Total Fertility Rate von etwa 2,13 Kindern pro Frau.

19 United Nations 1995, S.14.

### 1.3 Rettet uns die „Reproduktive Revolution“?

#### Die Trägheit des demographischen Schwungs

Verschwiegen wird in der oftmals emotional aufgeladenen Diskussion der demographischen Dynamik zumeist, daß im Welt-durchschnitt ein weiteres Sinken der Wachstumsraten erwartet wird. Sie sollen von 1,9 Prozent (1960-1992), auf 1,5 Prozent im Zeitraum von 1992 bis zum Jahr 2000 fallen.<sup>20</sup>

Wie in Abbildung 5 erkennbar, sank weltweit die Anzahl der Geburten pro Frau während der letzten 25 Jahre signifikant. Diese deutlichen Fertilitätsrückgänge wurden im 1992 erschienenen Johns Hopkins Report<sup>21</sup> enthusiastisch als „*Reproductive Revolution*“ gefeiert und maßgeblich auf die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen, d.h die Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, insbesondere für Frauen und Kinder, den Rückgang der Säuglingssterblichkeit, die Erhöhung des Bildungs- und Einkommensniveaus und auf die wachsende Anwendung *effektiver Familienplanungsmethoden*<sup>22</sup> zurückgeführt. Die gewachsenen Verhütungsmittel-Benutzerquoten werden durch Ergebnisse der World Bank Studie „*Effective Family Planning Programs*“<sup>23</sup> bestätigt. Sie konnte für alle Weltregionen innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne die bemerkenswerte Ausbreitung der Verhütungspraxis belegen. Im Weltbevölkerungsbericht 1995 wird korrespondierend ein enormer Zuwachs des Wissens über Verhütungsmittel und deren Bezugs

20 United Nations Development Programme 1995, S.186f.

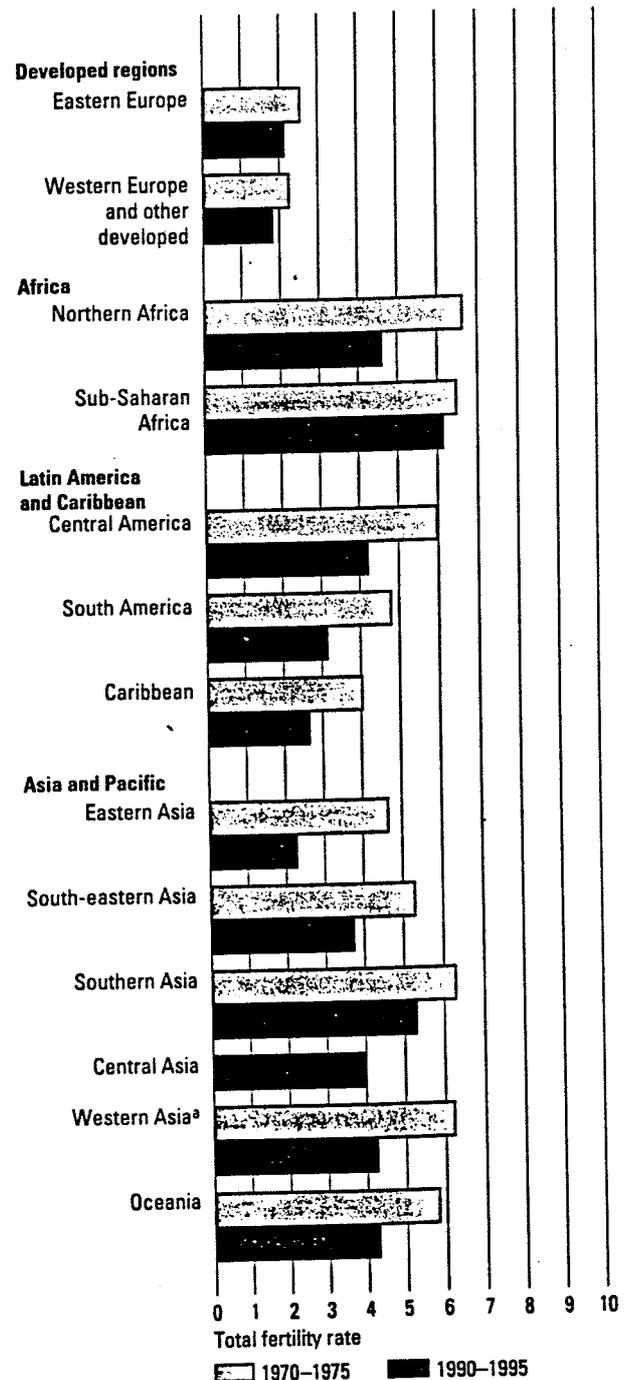
21 Johns Hopkins University 1992.

22 Johnson 1994, S.279 und United Nations Population Fund 1994, S.23.

23 World Bank 1993.

Abb. 5

Total fertility rate, 1970–1975 and 1990–1995



Sources: Prepared by the Statistical Division of the United Nations Secretariat from *Women's Indicators and Statistics Database (Wistat), Version 3, CD-ROM* (United Nations publication, Sales No. E.95.XVII.6), based on United Nations, *World Population Prospects: The 1992 Revision* (United Nations publication, Sales No. E.93.XIII.7) and *Demographic Yearbook* various years up to 1990 (United Nations publication); Economic Commission for Africa, *African Socioeconomic Indicators, 1990/91* (Addis Ababa, 1992); and national census and vital registration reports.

Quelle: UN 1995a

quellen<sup>24</sup> für den Zeitraum 1979-1986 nachgewiesen. Dieser Trend spiegelt sich auch in den aktuellen Zahlen wieder, die aber zugleich über das Fortbestehen eines Mißverhältnisses zwischen der Nachfrage nach Familienplanungsmethoden zur Beschränkung der Geburtenzahl (limiting) oder Verlängerung der Geburtenabstände (spacing) und der Bedarfsdeckung (dem sog. ungedeckten Bedarf) Auskunft geben. Obgleich in vielen Regionen bereits bemerkenswerte Fertilitätsrückgänge in der Vergangenheit zu beobachten waren<sup>25</sup> und erwartet wird, daß die Fertilitätsraten im Weltdurchschnitt zukünftig weiter fallen, wird das absolute Bevölkerungswachstum davon kaum beeinflusst; der „*Reproductive Revolution*“ folgt kein spektakulärer Wachstumsstopp.

Worauf basiert diese *Trägheit der Bevölkerungsdynamik*? Warum muß die Weltbevölkerung selbst dann für Jahrzehnte weiterwachsen, wenn schon ab morgen in allen Ländern der Erde nur zwei Kinder pro Frau zur Welt kämen?

Die junge Altersstruktur bei einer gleichzeitigen Zunahme der Lebenserwartung und Abnahme der Mortalität in den Entwicklungsländern trägt im wesentlichen zur *Trägheit der Bevölkerungsdynamik* bei. Der Fertilitätsrückgang wird durch die stark wachsende Zahl potentieller Mütter und Väter ausgeglichen, so daß die absolute Zahl der Lebendgeborenen in der Zukunft zunimmt und damit die Bevölkerungszahl insgesamt.<sup>26</sup>

Die reproduktive Revolution wird angesichts der starken Eigendynamik des Bevölkerungswachstums nur langfristig eine Stabilisierung der Bevölkerungsdynamik herbeiführen.

#### 1.4 Urbanisierung und Migration

Neben der Konzentration des Weltbevölkerungswachstums auf die Entwicklungsregionen wird ein weiterer Konzentrationsprozeß die ökonomische, soziale und ökologische Zukunft der Industrie und insbesondere der Entwicklungsländer bestimmen: die Urbanisierung.

Lebten 1970 noch 37 Prozent der Weltbevölkerung in Städten, so stieg der städtische Bevölkerungsanteil 1995 bereits auf 45 Prozent an; 2005 werden 50 Prozent erwartet und im Jahre 2015 werden annähernd 56 Prozent<sup>27</sup> der Erdbewohner in Städten leben.

Der Verstädterungsprozeß vollzieht sich dabei am raschesten in den Entwicklungsländern. Sie gehören mit ihrem hohen städtischen Bevölkerungsanteil von ca. 77 Prozent zu den am stärksten urbanisierten Regionen der Welt.

Die städtischen Gebiete in den Entwicklungsregionen wachsen schnell: in Lateinamerika und der Karibik um 2,6 Prozent pro Jahr, in Nordafrika um 3,3 Prozent, in Asien und dem Pazifik mit Quoten von 4 Prozent und in Subsahara-Afrika wächst die Stadtbevölkerung um 6 Prozent und mehr pro Jahr. Dort verdoppelt sich die urbane Bevölkerung innerhalb eines Jahrzehnts.<sup>28</sup> Die „*World Urbanisation Prospects*“ der UN zeigen, daß das rapide urbane Wachstum überwiegend auf Städte entfällt, die zu den größten der Welt gehö-

24 United Nations Development Programme 1995, S.13.

25 siehe dazu: Johnson 1994, Kap 7.: Falling Birth Rates 1974 to 1984, S.125ff

26 Birg 1994b, S.24ff . United Nations 1995, Lebenserwartung S.66f. Kindersterblichkeit S.69, Müttersterblichkeit S.77.

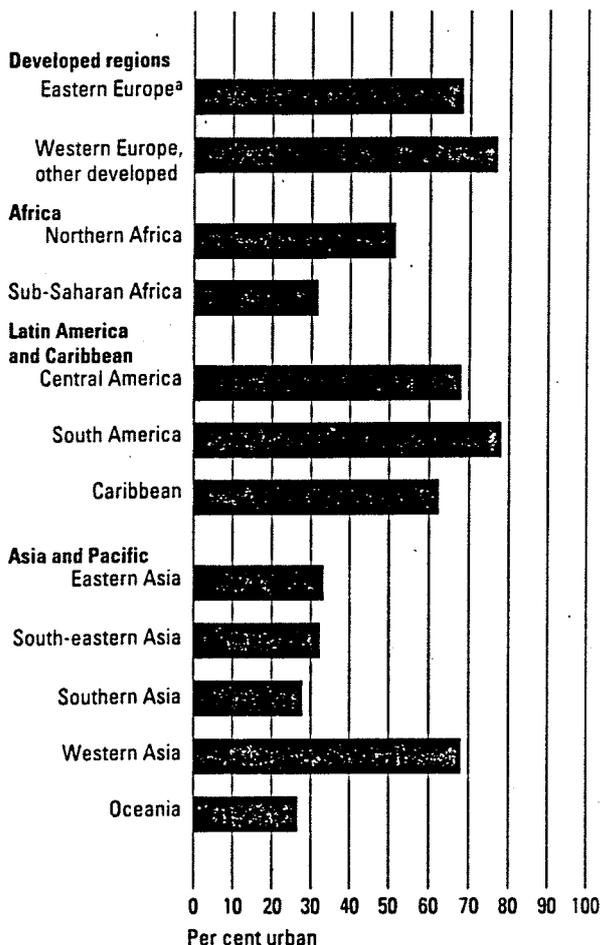
27 United Nations Population Fund 1995, S.14.

28 United Nations 1995a, S.41, Anhang:Table 5.

ren. 1970 lagen noch zehn der größten urbanen Areale in den entwickelten Regionen.

Abb.6

Percentage of population urban , 1995



Source: Prepared by the Statistical Division of the United Nations Secretariat from United Nations, *World Urbanization Prospects: The 1992 Revision* (United Nations publication, Sales No. E.93XIII.11). Based on total urban population in each region.

<sup>a</sup> Including the former USSR.

Quelle: UN 1995a

2010 werden unter den zwanzig größten Städten der Welt<sup>29</sup> nur noch drei Megacities - Los Angeles, New York und Tokio - in diesen Regionen befinden.

Eine solche Entwicklung wird enormen Druck auf die Sozialsysteme und die Infrastrukturen nach sich ziehen. In den Elendsvierteln der Großstädte wird die infra-

strukturelle Überforderung bereits sichtbar: „*Problems of adequate housing, transport, sanitation, water, electricity and waste disposal are enormous in large cities.*“<sup>30</sup>

Insbesondere die ärmsten Bevölkerungsschichten in den Elendsvierteln der Großstädte leiden unter infrastrukturellen Defiziten. Sie haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser oder zu hygienischen Sanitäreinrichtungen.

Das Wachstum der urbanen Agglomerationen wird maßgeblich durch den Zuzug von Migranten vorangetrieben.

Daten aus 57 Städten in 19 Ländern zeigen, daß 30-55 Prozent der Stadtbewohner dort nicht geboren sind.<sup>31</sup> In neun dieser Länder besteht die Stadtbevölkerung zu 40 Prozent aus Migranten. In den kommenden Jahrzehnten wird sich dieser Trend fortsetzen und es muß mit einer anhaltend starken Migration zwischen den einzelnen Ländern gerechnet werden. Die Urbanisierung wird in Zukunft nicht nur durch den Zuzug von Migranten vorangetrieben. Die überwiegend junge Alterstruktur in den Städten der Entwicklungsländer bewirkt ein starkes Eigenwachstum und beschleunigt die Vergrößerung der urbanen Zentren.

## 2 Das Weltbevölkerungswachstum: Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Wandert der homo sapiens angesichts dieser demographischen Entwicklung sehenden Auges, wie Klingholz und Hern<sup>32</sup> befürchten, in die Katastrophe?

Aktuelle Einschätzungen der Vereinten Nationen bestätigen die Befürchtungen, das Bevölkerungswachstum werde weitrei-

<sup>30</sup> United Nations 1995a 1995, S.42-43.

<sup>31</sup> United Nations 1995a, Chart 2.9 Percentage of population not resident in city since birth, S.44.

<sup>32</sup> siehe: S. 1.

<sup>29</sup> United Nations 1995a, S.43.

chende Konsequenzen für alles Leben auf diesem Planeten haben. *“It threatens food supplies, usable land and the environment in general. It puts pressure on natural resources, strains social development programmes in educational and health care, and creates massive pressures for rural to urban migration and international migration.”*<sup>33</sup>

Ausgeblendet wird in den Analysen aus der demographischen Entwicklung abgeleiteter Problemketten, daß das Bevölkerungswachstum nicht maßgeblicher Auslöser, sondern nur ein Faktor innerhalb eines komplexen Ursachenbündels globaler Probleme ist; wobei unbestritten bleibt, daß massive Entwicklungsprobleme und ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum einander wechselseitig verstärken.

## 2.1 Zum Wandel der demographiezentrierten Debatte globaler Probleme

Die Argumentationsmuster in der bevölkerungspolitischen Diskussion haben sich seit den 60er Jahren immer wieder gewandelt und den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen angepaßt.

Innerhalb der demographiezentrierten Debatte globaler Probleme der Ressourcenverknappung, Umweltverschmutzung, Urbanisierung und Migration können Entwicklung und Wandel der Argumentationsführung von einer **ökonomischen** über eine **ökologische** hin zu einer **sicherheitspolitischen Fokussierung** beobachtet werden.

Seit den 70er Jahren zieht sich, parallel zu diesem Paradigmenwechsel, die **frauenpolitische Argumentationsführung** als weiterer Strang durch die bevölkerungspolitische Debatte. In Kapitel 3 wird der

Fragestellung nachgegangen, ob die **„Entdeckung der Frauen als Schlüsselfaktoren in der Familienplanung“** Indikator eines sich wandelnden Problembewußtseins und damit einhergehenden Lernprozesses oder einer sich im jeweils gesellschaftlich akzeptierten Zeitgeistgewande präsentierenden, im Kern jedoch unverändert fremdbestimmten Bevölkerungspolitik ist.

- Der **ökonomische Ansatz** der 50er und 60er Jahre, dessen Tenor *„Bevölkerungswachstum unterminiert wirtschaftliches Wachstum“* lautete, wurde vom Glauben an eine technische Lösung der Bevölkerungsproblematik getragen. Er führte in der familienplanerischen Praxis zu einer reinen Verhütungsmittelverteilungsstrategie. Im Vertrauen auf den Marktmechanismus, das Angebot induziert eine Nachfrage, sollte durch Prämien- und Anreizsysteme<sup>34</sup> die Motivation zur Anwendung von Verhütungsmitteln erzeugt und erhöht werden. Auf volkswirtschaftlicher Ebene knüpfte man an Geburtenverminderung ein Prosperitätsversprechen und auf individueller ein Wohlstandsversprechen an.<sup>35</sup>

Der ökonomische Ansatz ist zählebig und unbeeindruckt davon, daß die Geburtenreduzierung in einer Reihe von Ländern die Armut keineswegs beseitigt hat. Die Provinz Kerala an der Südwestküste Indiens ist ein Beispiel dafür, daß mit einer sinkenden Geburtenrate nicht gleichzeitig der wirtschaftliche Wohlstand steigt. Dort gelang es der sozialistischen Regierung zwar, die Geburtenraten signifikant zu senken, aber nicht, proportional dazu den ökonomischen Wohlstand anzuheben. So bietet sich dort ein paradoxes Bild, *„es gibt eine niedrige*

<sup>34</sup> Mertens 1989b, S.50ff und Heim/ Schatz 1994, S.141f.

<sup>35</sup> Wichterich 1994, S.28

<sup>33</sup> United Nations 1995a 1995, S.39.

*Geburtenrate ohne ein gleichzeitig erhöhtes Pro-Kopf-Einkommen. Die Säuglingssterblichkeit ist trotz des niedrigen Kalorienverbrauchs gesunken. Die hohe Lebenserwartung geht einher mit einer hohen Krankheitsrate. Trotz eines hohen Bildungsniveaus der Frauen blieb ihre Erwerbstätigkeitsrate niedrig.*<sup>36</sup>

Gefährdeten die Länder des Südens im ökonomischen Denkmodell durch ihr hypergeometrisches Bevölkerungswachstum nur ihre eigene Entwicklung, so trieben sie nun in der **ökologischen Argumentationslogik** den Planeten mit ihrer Fruchtbarkeit in die Öko-Apokalypse und bildeten somit eine Bedrohung für das globale Gemeinwohl.<sup>37</sup>

Diese ökologische Variante des malthusianischen Denkmodells hielt zu Beginn der 80er Jahre Einzug in die bevölkerungspolitische Debatte und bedeutete zugleich ihre Globalisierung.

Wenn die Fruchtbarkeit der Frauen im Süden eine Gefahr für das ökologische Gleichgewicht, also das gemeinsame Überleben darstellt, dann würde demzufolge Bevölkerungskontrolle zu einem Instrument des globalen Umweltschutzes, zur Survival-Strategie der Menschheit, die angesichts der globalen Krise auch restriktivere Maßnahmen legitim erscheinen läßt.<sup>38</sup>

Zur Globalisierung und Popularisierung der Thematik - Bevölkerungswachstum als ökologischer Krisenfaktor - trug im wesentlichen der Club of Rome mit seinen prominenten Vertretern bei.

Auf Anregung des italienischen Industriellen Aurelio Peccei versammelten sich 1968 einflußreiche Repräsentanten aus Industrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik<sup>39</sup> in der

Akademie von Lincei in Rom zur Reflexion und Diskussion der Krisenerscheinungen des industriellen Systems. Mit der 1972 publizierten Auftragsstudie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) „Grenzen des Wachstums“ wurden in einem Weltmodell World 3 mittels Computersimulation die Verlaufskurven der industriellen Gesamtproduktion und der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf, der Umweltverschmutzung und der nicht regenerierbaren Rohstoffvorräte, der Bevölkerungszahl und -wachstums, in variierenden Korrelationen dargestellt.

Die Ergebnisse riefen eine malthusianische Endzeitstimmung hervor. Die Zukunftsperspektive der Menschheit präsentierte sich als apokalyptische Synergie von Bevölkerungswachstum, Ressourcenverknappung und Umweltverschmutzung.<sup>40</sup> Das Autorengespann Donella und Dennis Meadows und Jorgen Randers prophezeiten, wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, Industrialisierung, Umweltverschmutzung und Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen bei weiterhin exponentiellem Bevölkerungswachstum<sup>41</sup> unverändert anhält, würden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.<sup>42</sup>

Heute können wir jedoch *„rückblickend feststellen, daß die bekannten Reserven aller wichtigen Rohstoffe, trotz weltweiten*

---

und Politik: Alexander King, wiss. Dir. der OECD, Suharo Okita, Leiter des jap. Wirtschafts- und Forschungszentrums in Tokio, Eduard Pestel, Prof. für Mechanik/ TU Hannover Vizepräs. der DFG, Hugo Thiemann, Leiter des Batelle-Instituts in Genf und Caroll Wilson/Massachusetts Institute of Technology (MIT)

40 Weizsäcker 1990, S.54ff.

41 Meadows/ Randers 1992, die Autoren halten auch in ihrer 1992 erschienenen Studie an ihrer These fest, ungezügelter Bevölkerungswachstum unterminiert nachhaltige Entwicklung, S.12f, S.45ff.

42 Meadows/ Randers 1972, S.17.

36 Randeria 1994, S.256.

37 vgl. Weizsäcker 1990, S.114f.

38 Wichterich 1994, S.31

39 Glaß 1978, S.11 Mitglieder des ersten Exekutivkomitees waren einflußreiche Repräsentanten aus Industrie, Wirtschaft, Wissenschaft

*Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums nicht abgenommen, sondern zugenommen haben.*<sup>43</sup> Die Umweltproblematik manifestiert sich heute nicht mehr vorrangig in der Ressourcenverknappung, sondern sie hat sich verlagert auf das Problem der begrenzten Aufnahmekapazität der Natur für Abfall- und Schadstoffe (Senkungsproblematik).

Die Umwelt- respektive Verhaltensprobleme, die sich primär in den ökologisch katastrophalen Produktions- und Konsummustern des Nordens ausdrücken, der die Umwelt zum Abfallkübel privatsellschaftlicher Akkumulation degradiert, haben sich jedoch weiter verschärft. Diese Erkenntnis nimmt sowohl der 1980 veröffentlichte Bericht „Global 2000“ an den Präsidenten Jimmy Carter als auch der 1987 erschienene Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ auf. Der Brundtland-Bericht bemühte sich um ein systematisches Verständnis komplexer, multivariater Wirkungszusammenhänge und forderte in seinem Konzept von Sustainable Development, Entwicklung als einen Prozeß zu verstehen, der es den Menschen ermöglicht, ihre *„Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“*<sup>44</sup> Er scheute sich nicht, die ungleichen weltwirtschaftlichen Strukturen als eine Ursache der ökologischen Misere zu benennen und empfahl ein modifiziertes Wirtschaftswachstum auf der Basis ressourcenschonender Technologien und die Reduzierung des Bevölkerungswachstums auf dem Wege der Armutsbekämpfung, flankiert durch umfassende Familienplanungsprogramme.<sup>45</sup>

Bei den Verhandlungen der Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde abermals über die Rechte zur Ressourcennutzung und Ursachen der Umweltverschmutzung debattiert. Dabei lebte die Kritik an der globalen Ressourcenverteilung wieder auf. Sahen die Vertreter des Nordens in der Fruchtbarkeit des Südens einen wesentlichen Mitverursacher globaler Umweltzerstörung, so identifizierten die Vertreter der Entwicklungsländer die Ressourcenverschwendung der nördlichen Industrienationen als primäre Ursache der Umweltzerstörung.

Das Verhaltensproblem in Gestalt nicht tragfähiger Konsumtions- und Produktionsstrukturen des Nordens ist in der Tat der entscheidende Auslöser von Umweltproblemen. Die Kombination des Verhaltensproblems und des quantitativen Bevölkerungsproblems führten jedoch zu einer *„gegenseitigen Verstärkung der negativen Wirkungen“*.<sup>46</sup> Diese Erkenntnis wurde von der Rio-Konferenz berücksichtigt. In ihrem Abschlußdokument (Agenda 21) wird sowohl die Forderung nach einer Lebensstilkontrolle, insbesondere für die nördlichen Industrieländer erhoben, als auch zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung aufgerufen.

Die demographiezentrierte Debatte globaler Probleme nutzt den Mythos Überbevölkerung jedoch immer noch als ideologisch wertvolles Instrument zur Verschleierung der wenig tragfähigen Verhaltensweisen der reichen Weltminderheit in den nördlichen Industrieländern. Das implizit mit dem Überbevölkerungsparadigma gedachte Ungleichgewicht zwischen dem Ressourcenangebot einer bestimmten Region und der dort lebenden Bevölkerung problematisiert ausschließlich das vermeintliche „Zuviel“ an

43 Birg 1994b, S.32.

44 Brundtland-Bericht 1987, S.46.

45 Brundtland-Bericht 1987, S.99f.

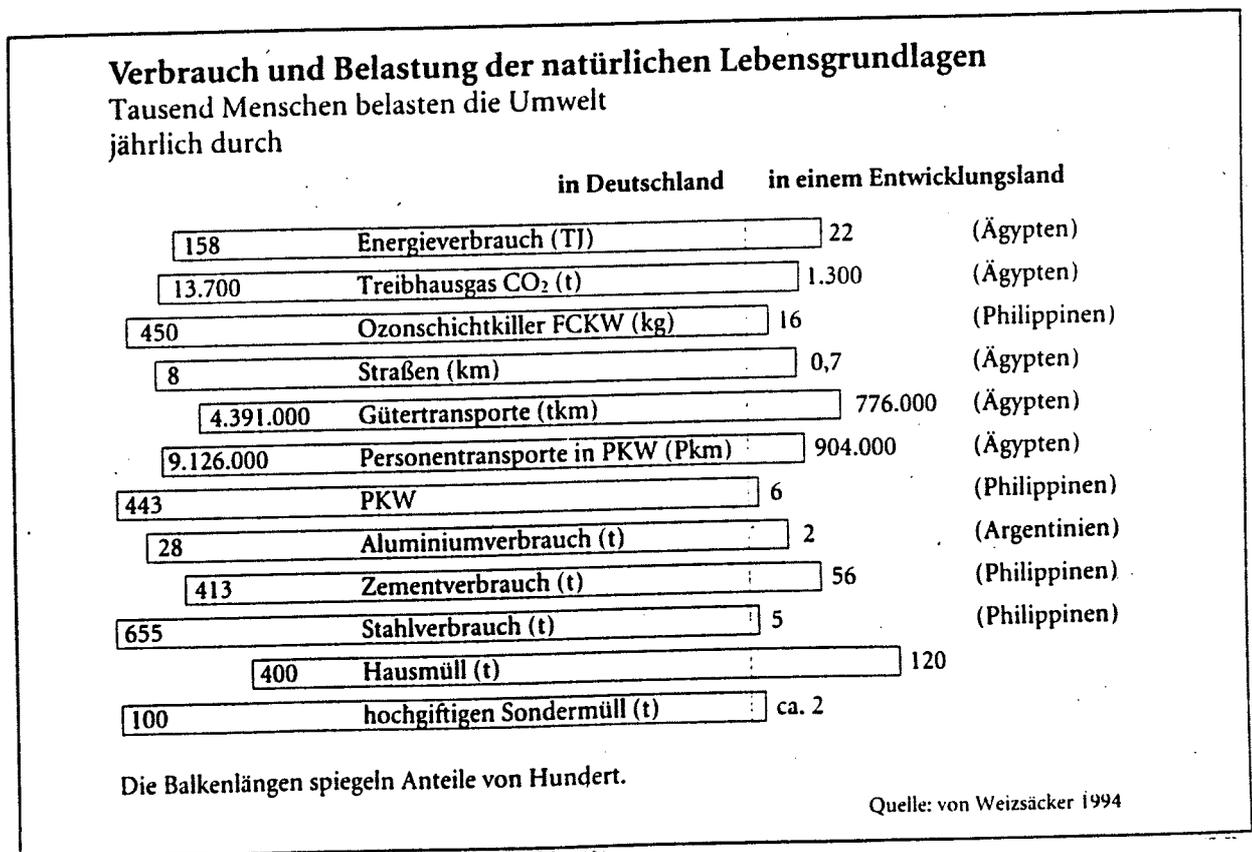
46 Birg 1994b, S.33.

Menschen und nicht „die Art, in der die gegebene Ressourcenbasis und das Humankapital inwertgesetzt wird ... Für die meisten Entwicklungsländer gilt, daß die dort anzutreffende weitverbreitete Armut nicht auf naturbedingt begrenzten Ressourcen und erschöpfte Produktionsmöglichkeiten zurückgeführt werden kann, sondern das systemlogische Resultat der historisch gewachsenen Herrschaftsverhältnisse und Verteilungsstrukturen darstellt...“<sup>47</sup>

Die zitierten Verweise auf die vielschichtigen Interdependenzen von Bevölkerungswachstum, Wirtschaft, Umwelt,

Urbanisierung und Migration sind durchaus zutreffend, dürfen jedoch nicht in Abstraktion von der brisantesten Frage, der Verteilungsproblematik, behandelt werden. In puncto Rohstoff- und Energiekonsum wiegt ein Bevölkerungswachstum von 0,5 Prozent in den Industrieländern zwei bis dreimal schwerer als der demographische Zuwachs von zwei bis vier Prozent in den Entwicklungsländern.<sup>48</sup>

Abb. 7



Quelle: Weizsäcker 1994

47 Hoffmann 1995, S.419 u. ders.1994, S.112f.

48 vgl. Hoffmann 1995, S.419.

Wenn Warren Hern also die ruinösen, selbstzerstörerischen Verhaltensweisen des *homo oecophagus* anprangert, verschweigt er dabei, daß dieses Wesen in den nördlichen Industrieländern beheimatet ist, derzeit nur 22 Prozent<sup>49</sup> der Weltbevölkerung ausmacht und es ihm dennoch gelingt durch seine verschwenderischen Produktions- und Konsumtionsmuster, von Franz Nuscheler treffend als „ökologisches Katastrophenmodell“<sup>50</sup> bezeichnet, die Tragfähigkeit dieses Planeten ernsthaft zu gefährden. In der Vermehrung der Armen den Hauptverursacher des drohenden Ökokollaps zu verorten dient der prassenden Weltminderheit als Exkulpationstrategie, ihre ökonomischen Verhaltensmuster nicht in Frage stellen zu müssen.

Wenn die reichste dreiviertel Milliarde Menschen im Norden weiterhin überproportional riesige Ressourcenmengen verbraucht und Abfall und Schadstoffe erzeugt,<sup>51</sup> wird sich die globale Krise, die - und das ist ein Novum - ,die ungewollte Selbstzerstörung einschließt,<sup>52</sup> weiter verschärfen.

Allein durch die Verbrennung fossiler Energieträger werden jährlich weltweit etwa sechs Milliarden Tonnen Kohlendioxid - Treibhausgas Nummer eins - in die Atmosphäre ausgestoßen. Die Kohlenstoffemissionen, haben das von Meeren und Wäldern absorbierbare Maß bereits überschritten, das Erdklima ist aus dem Gleichgewicht geraten. Wenngleich zur Zeit rund 70 Prozent der weltweiten Emissionen von Kohlendioxid auf die Industrieländer entfallen, steigen die Emissionsraten der Entwicklungsländer parallel zu ihrem wirtschaftlichen Wachstumsschub

seit Mitte der neunziger Jahre an. In China schnellten die Emissionswerte von 1990-1994 um 13 Prozent in die Höhe. Es ist damit der zweitgrößte Kohlendioxidproduzent nach den Vereinigten Staaten. Schon in zwei Jahrzehnten könnte es auf den ersten Platz vorrücken. Die Emissionswerte Indiens stiegen innerhalb des gleichen Zeitraumes um 24 Prozent und die Südkoreas um 44 Prozent. Diese Trends werden sich, so die Befürchtungen des Worldwatch Institutes, wahrscheinlich fortsetzen und die globalen Emissionswerte in den späten neunziger Jahren in die Höhe treiben.<sup>53</sup> Das Bevölkerungswachstum in den beiden bevölkerungsreichsten asiatischen Ländern China und Indien wird, wenngleich die Pro-Kopf-Emissionen in diesen Ländern noch vergleichsweise niedrig sind, zu einem erheblichen Emissionswachstum beitragen.<sup>54</sup>

Derzeit setzen die ökologisch unverträglichen Produktions- und Konsumtionsmuster im Norden die Grenzen der Tragfähigkeit. Vor dem Hintergrund des Wirtschaftswachstums in vielen Entwicklungsländern und ihrer demographischen Dynamik werden sich dort in Zukunft ebenfalls negative ökologische Effekte einstellen.

Die Fragestellungen müssen folglich lauten „Wieviele Menschen trägt die Erde“ und „Welche Menschen können diesen Planeten nachhaltig bevölkern“.

49 United Nations 1995a 1995, S. 39.

50 Nuscheler 1994b, S.54f.

51 Leisinger 1993, S.136ff.

52 Rott 1989, S.7.

53 Worldwatch 1996, S.53ff.

54 Auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz zur Klimakonvention der VN in Berlin vom März 1995 wurde eine Pilotphase für Projekte zur Investitionen in saubere Energien oder Aufforstung in EL (Joint Implimentation, Know-How u. Technologietransfer) bis 1999 vereinbart. Die erzielten Emissionssenkungen dürfen dabei den entwickelten Ländern nicht auf ihr eigenes Reduktionskonto gutgeschrieben werden.

Im Kontext der Ökologisierung der Debatte lebt auch das alte, erstmals im Malthus' Bevölkerungsgesetz formulierte, Nahrungsmittel- und Hungerargument wieder auf.<sup>55</sup> Die „*Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in den siebziger Jahren widerlegte die Katastrophenprognosen von Paul Ehrlich, dem Autor des Buches „Die Bevölkerungsbombe“*“<sup>56</sup> und wir wissen heute, „*daß die Ackerböden und Meere der Erde ausreichen, um das Doppelte und Dreifache der Weltbevölkerung zu ernähren...wenn es trotzdem Hunger gibt, liegt das nicht an der Bevölkerungsentwicklung*“, wie Birg feststellt, „*sondern an der ungleichen Landverteilung zwischen Arm und Reich, an Lager-, Transport- und Verteilungsproblemen und am mangelnden politischen Willen, das Ernährungsproblem zu lösen.*“<sup>57</sup> Für Birg sind sowohl das Umwelt- als auch das Ernährungsproblem prinzipiell lös- und beherrschbar, sofern ein Zusammenwirken aller Politikbereiche im Rahmen einer integrierten Weltinnen- bzw. Erdpolitik, wie sie Ernst Ulrich von Weizsäcker einfordert, zur Lösung der komplexen Probleme erreicht werden könnte.<sup>58</sup>

Die Menschheit muß erkennen, daß sie die globale Krise nur gemeinsam, unter der Bedingung, daß die Belegschaft des Raumschiffs Erde einander als ebenbürtig anerkennt<sup>59</sup>, lösen kann. Diese Bereitschaft, die den Willen, über eine Entwicklungspolitik

für den Norden nachzudenken, einschließen müßte, entspricht zur Zeit jedoch eher zweckoptimistischem Wunschdenken, denn wir sitzen zwar alle in einem Boot, aber immer noch auf verschiedenen Decks. Folgt man in diesem Kontext den pessimistischen Zukunftsszenarien Herts, so ist der „*homo oecophagus*“ ein Fall für den Schrottplatz der Evolution, denn die Probleme der Armut und (Unter-)entwicklung, Umweltverschmutzung und Ressourcenverknappung, Urbanisierung und grenzüberschreitenden Migration werden sich angesichts des Bevölkerungswachstums verschärfen. Solange den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme des Südens nicht mit der von Birg eingeforderten Bereitschaft zu einer umfassenden Globalpolitik begegnet wird, gewinnt zunehmend das **Argument der Bedrohung des Nordens durch Migration** von Umwelt-, Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen aus dem Süden an Bedeutung.

- Allein im Jahr 1994 lebten mehr als 125 Millionen<sup>60</sup> Menschen freiwillig oder als Armuts-, Umwelt-, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende außerhalb ihres Heimatlandes. Rund eine Millionen Menschen<sup>61</sup> verlassen jährlich ihre Heimat, um in ein anderes Land zu gehen. Nach Einschätzung der 1992 erlassenen verteidigungspolitischen Richtlinien Deutschlands zählen die durch demographischen Druck erzeugten grenzüberschreitenden Migrationswellen zu den bedeutenden nicht-militärischen Bedrohungen, die die „*vitalen Sicherheitsinteressen der Industriestaaten gefährden*“ und einer „*politisch breit angelegten Risikofürsorge*“<sup>62</sup> bedürfen. Ängste vor Men-

55 Malthus ging in seinem Essay on the Principle of Population as it Affects the Future Improvement of Society, London 1798, davon aus, daß sich die Bevölkerung in geometrischer, die Nahrungsmittelmenge jedoch nur in arithmetischer Reihe vermehren lasse.

56 Wichterich 1994d, S.30.

57 Birg 1994b, S.33f

58 Birg 1994b, S.37 und Weizsäcker 1989, S.12-15.

59 Rott 1989, S.7, Globale Trends 1993/94, S.108.

60 United Nations Population Fund 1994, S.2, ICPD Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.81.

61 United Nations Population Fund 1994, S.2.

62 Wichterich 1994d, S.32.

schenfluten, die sich einer Naturkatastrophe gleich über den reichen Norden ergießen, sind gekoppelt mit einem latenten Rassismus, der die Überbevölkerung des Südens wahlweise als „Umwelt- oder Wohlstandsparasiten“, „Zerstörungspotential“ und „Feindbild“ für den Norden stigmatisiert. In Begriffen wie Menschenschwemmen, -fluten und -lawinen werden die Menschen im Süden zu einer naturalisierten, nicht vergesellschafteten, auf uns zurollenden Biomasse, deren unmittelbare Bedrohung bevölkerungspolitisches Intervenieren zur Absicherung unseres Wohlstandes notwendig macht.<sup>63</sup>

Internationale Wanderungsbewegungen sind „ein wichtiges Charakteristikum der weltweit zu beobachtenden wirtschaftlichen Transformationsprozesse,<sup>64</sup> aber auch - und hier entsteht das Bedürfnis zur *breit angelegten Risikofürsorge*, - die Reaktion auf ein Stimulanz, der Anziehungskraft reicherer Länder. Sie können „eine Entscheidung als Teil einer Überlebensstrategie eines Individuums, einer Familie oder einer Gruppe, oder einfach ein Mittel, zu einem besseren Leben zu kommen“<sup>65</sup>, darstellen. Die internationalen wirtschaftlichen Ungleichheiten, Faktoren wie Armut, Umweltverschlechterungen, das Fehlen von Frieden und Sicherheit sind sämtlich Momente, die sich auf die internationale Migration, insbesondere in Richtung der Industrieländer, auswirken.

Die Hauptaufnahmeländer der industrialisierten Regionen verzeichnen eine Nettowanderung von rund 1,4 Millionen<sup>66</sup> Menschen jährlich, wovon zwei Drittel aus Entwicklungsländern stammen.

Die grenzüberschreitende Migration ist statistisch weit weniger gewichtig als die Land-Stadt-Wanderung, kann jedoch in den Aufnahmeländern zu erheblichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Spannungen führen. Insbesondere die soziale, kulturelle und ethnische Integration stellt eine große gesellschaftliche Herausforderung dar. Paul Kennedy betrachtet die Zunahme interkontinentaler Wanderungsbewegungen aus „überbevölkerten, verelendeten Ländern“ vor diesem Hintergrund als größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts.<sup>67</sup>

Timothy Wirth, stellvertretender US-Außenminister für Globale Fragen, argumentiert in einem ZEIT-Interview<sup>68</sup>, das Bevölkerungswachstum untergrabe nicht nur die wirtschaftliche und politische Stabilität in den Entwicklungsländern selbst, sondern bewirke gleichzeitig, daß die armen Menschenmassen im Süden wie durch Schaufenster „hungrig und elendig“ auf den Wohlstand der reichen Industrieländer blicken, der ihre Anziehungskraft ausmacht. Das Bevölkerungswachstum stellt nach Ansicht Wirths eine Gefahr für die globale Sicherheit dar, aber auch für die wirtschaftliche und politische Stabilität einzelner Nationen. Ein Weg auf dieser Welt Sicherheit zu schaffen, sei darum die Stabilisierung der Bevölkerungsdynamik. Vor dem Hintergrund der dargestellten globalen Herausforderungen, die mit dem Faktor Bevölkerung verknüpft sind, kann vor bevölkerungspolitischem Defätismus nur gewarnt werden. Mittlerweile überholt das hohe Bevölkerungswachstum in Armutsregionen

63 Wichterich 1994d, S.32.

64 United Nations Population Fund 1995, S.14

65 United Nations Population Fund 1993, S.21.

66 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.81

67 Kennedy 1993, S.426ff und S.440, Kennedy spricht angesichts grenzüberschreitender Massenmigration von einer Gefahr größter sozialer und politischer Sprengkraft.

68 ZEIT-Punkte: Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage? Nr.4, 1994, S.46.

bereits Entwicklungsfortschritte.<sup>69</sup> Dort kann die Differenz von nur einem einzigen Jahrzehnt bei dem Übergang zu stabilisierenden Fertilitätsziffern erhebliche positive Auswirkungen auf die Lebensqualität und implizit die globale und nationale Sicherheit haben.<sup>70</sup>

## 2.2 Die Wurzeln der Weltbevölkerungs-„Explosion“

Wo liegen die Wurzeln des rasanten globalen Bevölkerungswachstums? Analysiert man die demographische Entwicklung Europas, so läßt sich nachweisen, daß erst in der Mitte des 15. Jahrhunderts die Weltbevölkerung in einen steilen, exponentiellen Anstieg übergeht.<sup>71</sup> Diesem hypergeometrischen Anstieg war die sogenannte Bevölkerungskatastrophe vorgelagert. Sie wurde durch Mißernten und den daraus resultierenden großen Hungersnöten von 1335-52, sowie den sich 1348<sup>72</sup> daran anschließenden Pestepidemien hervorgerufen. Der dramatische Bevölkerungsrückgang betrafte besonders die ökonomischen Interessen der kirchlichen und weltlichen Grundbesitzer.<sup>73</sup> Die konstant niedrigen Geburtenraten, Ergebnis eines reichhaltigen Verhütungswissens, dessen Trägerinnen Hebammen und heilkundlich erfahrene Frauen waren, bewirkten eine Differenz zwischen tatsächlich vorhandenem Menschenreservoir und benötigter Arbeitskraft und verhinderten eine wirtschaftlich zufriedenstellende Auffüllung des Arbeitskräftepotentials. Das für eine selbstbestimmte weibliche Lebensführung so wichtige, individuell verwaltete Geburtenkontrollwissen

war, so John T. Noonan, eine Gegebenheit der mittelalterlichen Kultur<sup>74</sup> und ermöglichte Frauen nicht nur die selbstbestimmte Planung ihrer Fruchtbarkeit, sondern öffnete ihnen auch Handlungsspielräume innerhalb der mittelalterlichen Gesellschaft jenseits der Reproduktion des Lebens. *„In den Städten des Hochmittelalters waren Frauen generell aus keinem Gewerbe ausgeschlossen. Das war ein Faktor, der den Frauen im Alltagsleben bereits eine relative Gleichberechtigung ermöglichte.“*<sup>75</sup> Dieser Zeitraum stellte eine Ausnahme dar in der Geschichte der Unterdrückung der Frau.<sup>76</sup> Die hohe berufliche Selbständigkeit der Frauen korrespondierte mit der souverän betriebenen Reproduktionskontrolle. Nur das Zusammenwirken beider Faktoren ermöglichte es Frauen, Reproduktion und Lebensplanung miteinander in Einklang zu bringen, um eine komplexe soziale Rolle innerhalb der Gesellschaft einzunehmen. Die primär frauengesteuerte Familienplanung wurde rational an den Möglichkeiten, ein Kind zu ernähren, großzuziehen und anzuerkennen, ausgerichtet. Diese reproduktive Haltung galt es angesichts des mittelalterlichen Arbeitskräftemangels zu durchbrechen, damit die Menschen endlich die christliche Doktrin beherzigten, *„seid fruchtbar und mehret euch und erfüllet die Erde!“*<sup>77</sup> Ein kirchlich-weltlich initiiertes „Reinigungsprozeß“, die Hexenverbrennung, sollte mit den *„Weisen Frauen“* zugleich pluralistische weibliche Lebensformen, die sich nicht auf biologisch-reproduktive Potenzen als lebenssinnstiftende Elemente reduzieren ließen, ausblenden. Dieser Prozeß läßt sich nicht nur an-

69 Nuscheler 1994b 1994, S.60.

70 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.18, § 3.14.

71 Heinsohn/ Steiger 1990, S.161.

72 Heinsohn/ Steiger 1990, S. 104.

73 Heinsohn/Steiger 1990, S.106.

74 Noonan 1969, S.282.

75 Becker/ Brackert/ Brauner/ Tümmler 1977, S.64.

76 Becker/ Brackert/ Brauner/ Tümmler 1977, S.63ff.

77 Die Bibel 1969, S.7.

hand der einschlägigen Hexenliteratur, etwa dem *Malleus Maleficarum*, nachzeichnen, sondern spiegelt sich auch an unvermuteter Stelle in den Werken Jean Bodins wieder. Der Frühaufklärer entwickelte in seinen „*Sechs Büchern über den Staat*“<sup>78</sup> nicht nur die Idee des souveränen Staates, sondern auch Ansätze bevölkerungspolitischen Denkens, die er in seiner „*Daemonomania Magorum*“<sup>79</sup> dann präzisierte. Dort verurteilt er die Hexenwerke der Nestelverknüpferrinnen, „*die durch ihre schandliche Tat/eyne gut Straf verdienen. Dan so mit der Kunst umbeget/ kan nicht in abred sein/ das er nit am Gesetz Gottes und der Natur brüchlich wird: weil er die wirkung der ehe von Gott eingesetzt/ hindert.*“<sup>80</sup>

Die Bevölkerungsexplosion der Neuzeit wurzelt also nicht primär, wie in der historischen Demographie angenommen, im medizinischen, hygienischen oder ökonomischen Fortschritt, sondern in der Vernichtung des traditionellen Verhütungswissens und den gleichzeitig erlassenen staatlichen Gesetzen gegen Schwangerschaftsverhütung, Kindesaussetzung, Kindestötung und Abtreibung, flankiert durch steuerliche und rechtliche Anreize zu Eheschließung und Kinderreichtum.<sup>81</sup>

- Ebenso wie im Mittelalter haben auch die nichteuropäischen Gesellschaften bis zur Ankunft der Europäer mit Hilfe von Verhütung, Schwangerschaftsabbruch und Infantizid etc. ihre Bevölkerungen stabil gehalten.<sup>82</sup> Im Zuge der Kolonisierung und Europäisierung der Erde wurde auch in

den Kolonien das traditionelle Geburtenkontrollwissen vernichtet<sup>83</sup> und ein neuzeitlich-europäisches Fortpflanzungsverhalten inklusive der dazu gehörenden christlichen Sexualmoral durchgesetzt. Im Sinne der Menschenproduktion war die merkantilistische Bevölkerungspolitik auch in den Kolonien durchaus erfolgreich, die Suche nach billigen, ausbeutbaren Arbeitskräften, eine Konstante aller kolonialen Eroberungen, wurde so gestillt.<sup>84</sup>

Infolge der Vernichtung des traditionellen Geburtenkontrollwissens, hygienischer Fortschritte und einer erhöhten Lebenserwartung der Menschen bei gleichzeitig gesunkener Mortalität wuchs die Bevölkerung rasant. Dieser demographische Schwung läßt sich anhand der Bevölkerungsentwicklung des zuletzt kolonisierten Ozeaniens exemplifizieren. Dort stieg vor Ankunft der europäischen Siedler und Missionare die Bevölkerung in zwei Jahrtausenden (200 v. u. Z. bis 1800 u. Z.) von ca. einer auf 2,5 Millionen. Die Durchsetzung des neuzeitlichen Fortpflanzungsverhaltens brachte in nur 125 Jahren eine Verzehnfachung der Einwohnerschaft.<sup>85</sup>

Das Problem der *Bevölkerungs-Explosion*, mit dem wir heute kämpfen, kann ursprünglich als Ausfluß einer die individuellen Interessen negierenden, merkantilistischen Bevölkerungspolitik identifiziert werden. Hier lassen sich die Wurzeln des Übergangs der europäischen Bevölkerungsexplosion in die Weltbevölkerungsexplosion verorten.

Es gab nun mehr Kinder auf der Welt als je zuvor und die expandierende Bevölkerung übte Druck auf die bestehenden Ressourcen aus. Dieses wachsende Mißverhältnis zwischen Menschen und Ressourcen veran-

78 Bodin 1981 u. 1986.

79 Bodin 1581.

80 Bodin 1581, S.665.

81 Heinsohn/ Knieper/ Steiger. 1979, S.77f.

82 Heinsohn/ Steiger, 1990. S.163

83 Mamozai 1989, S. 93.

84 Rott 1989, S.8.

85 Heinsohn/ Steiger 1990, S. 164.

laßte Thomas Robert Malthus, den Markstein bevölkerungspolitischer Theorienbildung zu verfassen, seinen Essay „*On the Principle of Population*“<sup>87</sup>, welcher die historische Umkehr von der Be- zur Entvölkerungspolitik einleitete. Malthus ging davon aus, daß sich die Bevölkerung in geometrischer, die Nahrungsmittelmenge jedoch nur in arithmetischer Reihe vermehren lasse und somit „*die Kraft der Bevölkerung unendlich viel größer ist als die Kraft der Erde, Unterhalt für den Menschen hervorzubringen.*“<sup>88</sup>

Er tritt nun für eine Verminderung der Kinderzahl ein, will diese Reduzierung jedoch nicht durch die Wiederherstellung einer Verhütungskultur in den Händen der Frauen sehen, sondern befürwortet die polizeystaatliche Menschenproduktion und mit ihr zugleich die gewaltsame Befestigung christlicher Moral bzw. die gewaltsame Abwehr ihrer Gegner, welche Sexualität und Fortpflanzung voneinander trennen wollen. „*Wenn Malthus den - nach merkantilistischer Politikanleitung handelnden - König tadelt, so für die Anreizung einer zu hohen Kinderzahl, nicht jedoch für die staatliche Anreizung oder Durchsetzung von Fortpflanzung überhaupt.*“<sup>89</sup> Die christliche Moral setzt er als bevölkerungspolitisches und pädagogisches Kalkül ein, um eine Form von Weiblichkeit und Familiensehnsucht zu bewahren, welche im Zuge der Hexenverfolgung erst zur Reproduktionsreglementierung herausgebildet wurde. Auch mit der Umkehr der bevölkerungspolitischen Debatte angesichts des Phänomens der „*Bevölkerungsexplosion*“ wurden die Instrumente der quantitativen und in Koalition von sozialdarwinistischen und

rassistischen Ideen qualitativen Steuerung der Bevölkerung nicht mehr aus der Hand gegeben. Es änderte sich lediglich das Vorzeichen fremdbestimmter Reproduktionskontrolle, aus einem staatlich verkündeten Gebäroktroyat wurde ein Gebärverbot für die Armen, Schwarzen und „*Minderwertigen*“<sup>90</sup> in den eigenen Staaten und den Ländern der Dritten Welt.

### 2.3 Auf dem Weg zu einer menschengerechten Bevölkerungspolitik?

Entgegen aller apokalyptischen Szenarien könnte die Chance der Menschheit angesichts der transnationalen Herausforderung Weltbevölkerungswachstum in der Erkenntnis liegen, daß die von Hern und Klingholz beschriebenen Verhaltensmuster keine anthropologischen Konstanten und Menschen nicht Einzellern in einer Hefekultur gleich ihrem Vermehrungstrieb ausgeliefert sind. Das Bevölkerungswachstum ist kein unausweichliches, biologisch determiniertes Phänomen. Menschen sind soziale Wesen. Sie planen ihre Fruchtbarkeit nicht innerhalb eines gesellschaftlichen Vakuums. Ihr reproduktives Verhalten wird sowohl durch individuelle Faktoren - wie Partnerschaft, familiäres Umfeld, ökonomische Situation, Gesundheit, Bildung etc. - als auch durch die sozio-kulturellen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.<sup>91</sup> Diese

87 Thomas Robert Malthus: *An Essay on the Principle of Population as it Affects the Future Improvement of Society*, London 1798.

88 Kennedy 1993, S. 17.

89 Heinsohn/ Knieper 1979, S.107.

90 Wichterich, 1994d S. 12, von Margaret Sanger stammt der berühmt gewordene Ausspruch: „Mehr Kinder von den Tüchtigen, weniger von den Minderwertigen - das ist das Hauptanliegen der Geburtenkontrolle.“

91 Welche Einflußgrößen maßgeblich auf generative Entscheidungen einwirken und welches Gewicht den jeweiligen Indikatoren zukommt, muß für jedes Land, jede Region gesondert analysiert werden. Es kann die Religion, das Geschlechterverhältnis, die wirtschaftliche Si-

Komplexität generativer Entscheidungsprozesse, die von einer Vielzahl von Faktoren abhängig sind, wird in der biologistischen Argumentationsführung ausgeblendet. Sie erkennt die Bevölkerungsproblematik nicht als politische und soziale Herausforderung und verstellt damit implizit den Blick auf politisch gestaltbare Rahmenbedingungen, die zur Bevölkerungsstabilisierung beitragen könnten.

Angesichts der geschilderten Komplexität und Interdependenz globaler Probleme wird nur ein multifokaler, umfassender entwicklungs- und bevölkerungspolitischer Ansatz, der mehrere strategische Zielkomponenten zugleich gestaltend in Blick nimmt, Aussicht auf Erfolg haben.

Auf der *International Conference on Population and Development (ICPD)* der Vereinten Nationen 1994 in Kairo wurde der Versuch unternommen, einen derart umfassenden, entwicklungspolitischen Ansatz zu formulieren.

Die Zielsetzungen des Aktionsprogramms

- nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Rahmen einer tragfähigen Entwicklung,
- Bildung, insbesondere für Mädchen,
- Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter,
- Senkung der Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit,
- Ermöglichung des allgemeinen Zugangs zu Diensten für reproduktive Gesundheit, einschließlich Familienplanung und sexueller Gesundheit<sup>92</sup>,

reflektieren einen ganzheitlichen Ansatz.

Das Aktionsprogramm betrachtet die **Investition in den Menschen**, insbesondere in die Frauen, durch die Erweiterung ihrer Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten als **Schlüssel** zu einem nachhaltigen

Wirtschaftswachstum, einer **tragfähigen Entwicklung** und einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung. Mit diesem Konzept, formuliert auf der Basis der Menschenrechte, versucht das Abschlußdokument von Kairo, die erforderlichen Weichen zur Überwindung des Ausschlusses der Frauen von ökonomischen Ressourcen, aus dem politischen, rechtlichen und kulturellen Leben, insbesondere den Entscheidungs- und Machtpositionen, zu stellen. Frauen und Männern soll eine selbstbestimmte Lebens- und Fruchtbarkeitsplanung jenseits allen Zwanges durch die Konzepte des „*Empowerment of Women*“ und „*Reproductive Health*“<sup>93</sup> ermöglicht werden.

Ob sich die im Human Development Report 1995 verkündete „*new philosophy*“, die alle Menschen in Abstraktion von ihrer Geschlechtszugehörigkeit als Akteure des Wandels betrachtet und Entwicklung als einen Prozeß zur Erweiterung der Wahlmöglichkeiten von Frauen und Männern definiert, auch gesellschaftlich implementieren läßt, davon wird der Erfolg zukünftiger entwicklungs- und bevölkerungspolitischer Programme entscheidend abhängen. Im Folgenden soll die Evolution des Nachdenkens über Entwicklung und Bevölkerung bis zur Kairo-Konferenz verfolgt und Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung einer menschengerechten Bevölkerungspolitik aufgespürt werden.

uation, der Bildungsgrad insb. der Frauen, die Säuglingssterblichkeit etc. sein.

92 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.9.

93 Der holistische Ansatz des Aktionsprogrammes der ICPD und seine Eckpfeiler, die Konzepte des Empowerment of Women und Reproductive Health werden in Kap. 6 eingehend vorgestellt.

### 3 Die „Entdeckung“ und Integration der Frauen in die Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik

#### 3.1 Die Bemühungen der Vereinten Nationen zur de-jure Gleichstellung von Mann und Frau

Die Vereinten Nationen begannen relativ früh, ein umfangreiches Instrumentarium zu schaffen, um die Gleichheit von Frauen und Männern vor dem Gesetz und die Rechte von Frauen in speziellen Bereichen sicherzustellen und sie in den Entwicklungsprozeß zu integrieren. In der Charta der Vereinten Nationen vom 26.06.1945<sup>94</sup> wird die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten aller Menschen ohne Unterschiede der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und Religion gefordert und auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bereits in der Präambel abgestellt. 1946 wurde die Frauenrechtskommission, eine Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, ins Leben gerufen. Sie war verantwortlich für die Vorschläge und Ausgestaltung der internationalen Rechtsnormen und hat sich seither als Körperschaft zur Feststellung der Situation der Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen erwiesen. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 wird ebenfalls in der Präambel die Gleichberechtigung von Mann und Frau festgeschrieben. Art.2 formuliert das *Verbot der Diskriminierung auf Grund ... des Geschlechts* und Artikel 23 stellt fest, daß alle Menschen ohne unterschiedliche Behandlung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit haben. Dieses Recht wird durch das Über-

einkommen der Internationalen Arbeitsorganisationen über Gleichheit männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit in der ILO-Konvention Nr.100 vom 29.06.1951<sup>95</sup> - untermauert.

Das Übereinkommen von New York über die politischen Rechte der Frau vom 20.12.1952<sup>96</sup> bezieht sich nicht nur auf das aktive und passive Wahlrecht, sondern schreibt zugleich das Recht der Frauen fest, öffentliche Ämter zu bekleiden und alle öffentlichen Funktionen auszuüben, die aufgrund des inländischen Rechts geschaffen wurden, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie Männer ohne irgendeine Zurücksetzung.<sup>97</sup> In den Menschenrechtspakten - dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16.12.1966<sup>98</sup> und Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12.1966<sup>99</sup> - verpflichten sich die Vertragsstaaten,<sup>100</sup> die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung aller in diesen Pakten festgelegten bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sicherzustellen.

1968 folgte die neunte Resolution „*adopted by the International Conference on Human Rights in Teheran on measures to promote women's rights in the modern world and endorsing the Secretary-General's proposal for a unified long-term United Nations*

95 siehe auch: ECOSOC resolution 196 VIII vom 18.02.1949 calling for cooperation between the ILO and the CSW on the issue of equal pay for work of equal value, BGBI 1956 II

96 GA/ Resolution 640 & UN Treaty Series, ol.193, no. 2613 BGBI 1969 II S.1930; BGBI 1970 II

97 Die BRD ist diesem Vertrag 1971 beigetreten.

98 GA , Resolution 2200 A XXI, & UN Treaty Series, vol. 999 and vol. 993- BGBI 1973 II S.1534

99 GA Resolution 2200 A XXI, BGBI 1973 II S.1570

100 siehe Artikel 2 und 3

94 BGBI 1973 II S.431, 505; BGBI 1980 II S.1252

*programme of the advancement of women.*<sup>101</sup> Auf der Teheraner Konferenz wurde das Menschenrecht auf Familienplanung - das Recht über Anzahl und Abstand der Geburten frei und informiert zu entscheiden - verkündet.

### 3.2 Die Integration der Frauen in die Entwicklungspolitik

Nachdem in den meisten Mitgliedstaaten die formaljuristische Gleichberechtigung durchgesetzt war, konzentrierten sich die Frauenrechtskommission und andere Organe der Vereinten Nationen darauf, die *de-facto-Gleichstellung* zu erzielen. Der Prozeß wird an dieser Stelle nur im Überblick dargestellt, um den globalen Rahmen für den Prozeß der „*Entdeckung der Frauen*“ in der Entwicklungspolitik abzubilden. Nach dem Scheitern wachstumsorientierter Strategien des Kapital- und Technologietransfers<sup>102</sup> fand im Zuge der Neukonzeptionalisierung von Entwicklungsstrategien zu einer „*Investition in die Armen*“,<sup>103</sup> deren wichtigste Implikation der Zielgruppenbezug war, eine Umorientierung auf bisher vernachlässigte Basisbedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschichten statt. In diesem Kontext wurde eine in Nahrungsmittelproduktion, Gesundheitswesen und informellem Sektor äußerst produktive, aber bislang vernachlässigte Ressource entdeckt, die bislang nicht systematisch an die

Warenproduktion angekoppelt waren: die Frauen. Diese nützliche Entdeckung bezeichnet „*präzise die peinliche Tatsache, daß die Hälfte der Menschen in der Dritten Welt... bis dahin von den Entwicklungsplanern nicht beachtet worden sind*“.<sup>104</sup> Dieses Eingeständnis politischer Blindheit sollte mit der Integration des ungenutzten Humankapitals in den Entwicklungsprozeß überwunden werden. Die UN-Generalversammlung machte das Jahr 1975 zum Internationalen Jahr der Frau und beschloß die erste Weltfrauenkonferenz in Mexico City, mit dem Ziel der vollständigen Integration der Frau in die gesamten Entwicklungsanstrengungen in Anerkennung ihrer Verantwortung und bedeutenden Rolle für die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung. Die Weltfrauenkonferenz bildete den Höhepunkt innerhalb des internationalen Jahres der Frau. Politisches Ergebnis waren die Erklärung von Mexico über die Gleichberechtigung der Frau und ihren Beitrag zu Entwicklung und Frieden und der Weltaktionsplan<sup>105</sup> zur Durchführung der Zielsetzung des Jahres der Frau. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm die Vorschläge der ersten Weltfrauenkonferenz an und proklamierte den Zeitraum von 1975 - 1985 zum Jahrzehnt der Vereinten Nationen für die Frau unter dem Motto: „*Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden*“. 1980 fand die zweite Weltfrauenkonferenz

101 CONF.32/41, 12. Mai 1968: Resolution IX

102 Der erhoffte trickle-down-Effekt des wirtschaftlichen Wachstums und der neuen Produktivität trat nicht ein, die Vorteile des Wachstums sickerten nicht in die Bevölkerung hinein. Im Gegenteil, die Verelendung der armen ländlichen und städtischen Bevölkerung wuchs.

103 Weltbank-Konzept, 1973 und International Labour Organisation (ILO : Employment, Growth and Basic Needs. A One-World Problem, Genf 1976.

104 Wichterich 1984, S.108.

105 Mindestziele des Weltaktionsplans waren: der Abbau des Analphabetentums, gleicher Zugang zu Bildung, erweiterte Beschäftigungsmöglichkeiten und Senkung der Arbeitslosigkeit, gleicher Zugang zu aktivem und passivem Wahlrecht, stärkere Teilnahme an den politischen Entscheidungsfindungen, Gleichberechtigung in Bezug auf bürgerliche, soziale und politische Rechte Anerkennung des Wertes der Arbeit der Frau im Haushalt und auf anderen nichtbezahlten Gebieten.

in Kopenhagen zur Bewertung der Fortschritte während der Dekade statt. Das „Aktionsprogramm“ von Kopenhagen, empfahl konkrete Maßnahmen zur Förderung der drei Ziele des Jahrzehnts der Frau unter besonderer Berücksichtigung der drei Unterthemen „*Beschäftigung, Gesundheit, Ausbildung*“. 1985 wurde die Frauendekade mit der dritten Weltfrauenkonferenz in Nairobi und den „*Zukunftsstrategien zur Förderung der Frau für den Zeitraum bis 2000*“ abgeschlossen. Die *Forward Looking Strategies* legen den Regierungen nahe, die Frauenkonvention zu ratifizieren, Frauen die gleiche Teilhabe im politischen Leben auf allen Ebenen zu ermöglichen, ihre Diskriminierung auf dem Arbeitssektor zu beseitigen, ihre Erziehung an den Realitäten der sich weiter entwickelnden Welt anzupassen und geschlechtsspezifische Rollenklischees zu beseitigen.

Dem Integrationsansatz blieb ein durchschlagender Erfolg jedoch versagt, weil er die Ursachen der ungleichen Verteilung von Ressourcen - geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Segmentierung von Arbeitsmärkten, patriarchale und Klassenherrschaft - im Kern unangestastet ließ. So stellte sich zum Abschluß der Frauendekade die noch bis heute ungelöste Frage, ob Frauenprogramme nicht mehr als eine technokratische Reform, die sich an Symptomen abarbeitet, darstellen und letztendlich Frauen angepaßter und verfügbarer für die Entwicklungserfordernisse machen. Der 1985 zum Dekadenschluß vorgelegte Bericht kam zu dem Schluß, daß Frauen durch die Durchkapitalisierung der Wirtschaft, dem geringeren gesellschaftlichen Ansehen der existenziell wichtigen Subsistenzproduktion und die Einführung neuer Technologien, kurz, durch die Modernisierungsstrategien, zu den Verlierern der Entwicklung gemacht wurden. Frauen wa-

ren die Lastenträgerinnen, nicht die Nutznießerinnen im Entwicklungsprozeß, ein Tatbestand, der sich in einer zunehmenden „*Feminisierung der Armut*“ niederschlug.

Die Vereinte Nationen haben sich, wie deutlich wurde, im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte wiederholt und mit wechselndem Erfolg zum Anwalt der Frauen gemacht. Das wichtigste Dokument - neben vielen Resolutionen, Statements, Deklarationen und Appellen, die von der Generalversammlung angenommen wurden - ist das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18.12.1979.<sup>106</sup> „*CEDAW was a major victory in the battle to secure women's equality with men, including the right to bodily integrity.*“<sup>107</sup> Das Dokument stammt aus der Arbeit der Frauenrechtskommission und wurde nach 30jähriger Vorarbeit 1979 fertiggestellt. Hinter dem Übereinkommen steht ein ganzheitliches Verständnis von den Rechten der Frau als Menschenrecht. Ungleichbehandlungen von Mann und Frau werden als rechtswidrig und Verstoß gegen die menschliche Würde verstanden. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich in Art.2, den Grundsatz der Gleichheit zwischen Mann und Frau in die Staatsverfassung aufzunehmen und Frauen sowohl soziale und ökonomische als auch politische und bürgerliche Rechte zuzusprechen. Das gewählte Instrument zur Überwindung jeglicher Diskriminierung von Frauen ist ein Aktionsplan, der über den Aufgabenbereich eines Menschenrechtsvertrages deutlich hinausgeht. Nach diesem Plan, bestehend

106 GA, Resolution 34/180 BGB1 1985 II S.648

Im Kontext dieses Übereinkommens wurde ein Committee on the Elimination of Discrimination against Women eingerichtet, dem geg. die unterzeichnenden Vertragsstaaten berichtspflichtig waren.

107 Correa 1994, S.58f.

aus 14 Artikeln, sollen die Staaten verfahren, um die vollständige Entwicklung und Förderung der Frau sicherzustellen. Die Artikel 10, 11 und 13 bekräftigen die Rechte der Frauen, in Erziehung, Beschäftigung und bei allen wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten nicht diskriminiert zu werden. Art. 15 stellt die volle Gleichberechtigung in bürgerlichen und geschäftlichen Angelegenheiten her. Art. 16 fordert die Beseitigung der Diskriminierung in allen ehelichen und familiären Angelegenheiten. Art. 4 Abs. 1 erkennt an, daß Sondermaßnahmen notwendig sind, um die de-facto-Gleichberechtigung von Frau und Mann herbeizuführen, und daß diese Sondermaßnahmen keine Diskriminierung darstellen, solange sie nicht die Beibehaltung ungleicher oder gesonderter Maßstäbe auf Dauer zur Folge haben.<sup>107</sup>

In Artikel 16 fanden die reproduktiven Rechte der Frauen erstmals Eingang in Menschenrechtsverträge. Bereits die Präambel der Frauenkonvention stellt fest, daß die Rolle der Frau bei der Fortpflanzung kein Grund zur Diskriminierung sein dürfe. Die Vertragsstaaten sollen dafür sorgen, daß die Erziehung in der Familie zu einem wirklichen Verständnis der Mutterschaft als einer sozialen Aufgabe beiträgt sowie zur Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung von Mann und Frau für die Erziehung der Kinder.<sup>108</sup>

107 Diese Maßnahmen sind aufzuheben, sobald die Ziele der Chancengleichheit und gleichen Behandlung erreicht sind. Die Sondermaßnahmen stellen jedoch nur innerhalb der Frauenkonvention keine Diskriminierung dar, best. Regelungen könnten im Sinne des GG sehr wohl eine Diskriminierung darstellen, weil die Frauenkonvention eben keine innerstaatlichen Wirkungen entfaltet, sondern sich lediglich auf das Verhältnis zwischen den Vertragsparteien bezieht.

108 Die Sondermaßnahmen zum Mutterschutz gemäß Art. 4 Abs.2 gelten nicht als Diskriminierung. Art.11 Abs.2 a verbietet eine Ent-

Die Frauenkonvention legt das Recht der Frau auf freie Wahl fest, ob sie Kinder haben will oder nicht (reproductive choice). Die Vertragsstaaten müssen durch gesetzliche Maßnahmen dafür Sorge tragen, daß Frauen (wie Männer) das gleiche Recht auf freie und verantwortungsbewußte Entscheidung über die Anzahl ihrer Kinder und deren Geburtenintervalle haben sowie auf Zugang zu den zur Ausübung ihrer Rechte erforderlichen Informationen, Bildungseinrichtungen und sonstigen Mitteln. Art. 16 spielt eine überaus große Rolle im Zusammenhang mit Fortpflanzungsrechten. So bekräftigt die Agenda 21 - das Abschlußdokument der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro - in Kap. 24 g dieses Recht für beide Geschlechter. Die Wiener Erklärung bestätigt auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Geschlechter das Recht der Frau auf weitest umfassende Familienplanungsdienste. In Kairo spielten die Fortpflanzungsrechte erneut eine entscheidende Rolle. Die Frauenkonvention fordert gleiche Verantwortung beider Geschlechter für das Familienleben und bestätigt deren gleiche Rechte im Hinblick auf Erziehung und Beschäftigung.<sup>109</sup>

Nach Teil II Paragraph 40 der Wiener Erklärung und Aktionsprogramm vom 25.6.1993 sollen der UN-Menschenrechtsausschuß und die Frauenrechtskommission untersuchen, ob den Frauen durch Erstellen eines Fakultativprotokolls zur Frauenkonvention ein

lassung wegen Schwangerschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub.

109 Die Ratifikationsurkunde der BRD zum Übereinkommen wurde in New York am 10.7.1985 hinterlegt. am 9.8.1985 trat das Übereinkommen für die BRD in Kraft.

Individualbeschwerderecht eingeräumt werden könnte.<sup>111</sup>

Die Umweltkonferenz von Rio 1992 war zunächst als Folgekonferenz zur ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm gedacht. Die Entwicklungsländer wollten jedoch nicht ausschließlich über Umweltfragen, sondern auch über Entwicklungsprobleme diskutieren und setzten durch, daß in Rio eine Konferenz über Umwelt und Entwicklung abgehalten wurde. Frauenfragen wurden dadurch unter zwei Perspektiven betrachtet:

1. im Zusammenhang mit Umweltschutz
2. im Kontext von Entwicklung.

Nach Kap.24 der Agenda 21 sollen die Regierungen bis 1995 internationale Mechanismen entwickeln, um Beteiligung und Nutzen der Frauen an Umwelt- und Entwicklungspolitik sicherzustellen. Bis zum Jahr 2000 soll eine Strategie zur Beseitigung von Hindernissen, die der vollen Beteiligung von Frauen an nachhaltiger Entwicklung und im öffentlichen Leben entgegenstehen, entwickelt werden.

Die auf der Wiener Weltmenschrechtskonferenz verabschiedete Erklärung und das Aktionsprogramm vom 25.06.1993 bekräftigten, „*Frauenrechte sind Menschenrechte.*“ Im ersten Teil des Paragraphen 18 heißt es, die Menschenrechte von Frauen und Mädchen sind unveräußerlicher, unteilbarer und integraler Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte. Die internationale Gemeinschaft hat somit als eine ihrer Hauptaufgaben die Umsetzung der vollen gleichberechtigten Teilhabe von

Frauen im politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben auf allen Ebenen sowie die totale Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frauen definiert. Frauenrechte sollen voll in die Menschenrechtsaktivitäten der Vereinten Nationen integriert werden, indem Frauenthemen regelmäßig und systematisch durch die Organe und Mechanismen der Vereinten Nationen angesprochen werden.

### 3.3 Zur Rechtsverbindlichkeit internationaler Instrumente zur Gleichstellung der Geschlechter

Die *Zukunftsstrategien von Nairobi*, die *Wiener Erklärung* und das *Aktionsprogramm*, die *Rio-Deklaration* und die *Agenda 21* sind politische Absichtserklärungen der Staaten, die sie gemeinsam angenommen oder unterschrieben haben, d.h. sie bekunden ihren politischen Willen, den Inhalt der Dokumente in die Tat umzusetzen. Weder gegenüber der Staatengemeinschaft noch gegenüber den einzelnen Bürgerinnen übernimmt der unterzeichnende Staat eine rechtlich verbindliche Verpflichtung ein, den Inhalt der Dokumente auch tatsächlich in die innerstaatliche Rechtswirklichkeit umzusetzen. Bei den Frauenkonventionen und Menschenrechtspakten handelt es sich hingegen um verbindliche Völkerrechtsinstrumente. Die Staaten haben zwei Optionen, sich rechtlich zu binden: 1. Durch Unterzeichnen mit nachfolgender Ratifikation, solange das Abkommen zur Unterzeichnung ausliegt. In der BRD geschieht dies durch ein Ratifikationsgesetz, welches Bundesgesetz ist. Die vom Bundespräsidenten ausgefertigte Ratifikationsurkunde wird beim Generalsekretär der Vereinte Nationen hinterlegt 2. Durch Beitritt mit entsprechendem innerstaatlichen Gesetzgebungsverfahren, sobald

<sup>111</sup> Auf diese Weise können Frauen aus den Staaten, die nicht nur die Konvention, sondern auch das Fakultativprotokoll ratifiziert haben, ein Beschwerderecht vor dem Ausschuß erhalten, wenn sie alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft haben.

das Abkommen nicht mehr zur Unterzeichnung ausliegt. Die Beitrittsurkunde wird beim Generalsekretär der Vereinte Nationen hinterlegt. Aus dem völkerrechtlichen Vertrag lassen sich keinerlei Ansprüche von Einzelpersonen gegen den eigenen Staat ableiten, weil sich in diesem Vertrag der Staat nur gegenüber den anderen Vertragstaaten verpflichtet. Aber durch das innerstaatliche Ratifikations- oder Beitrittsgesetz können sich Ansprüche ergeben. Rechte, die der Sicherung individueller menschlicher Existenz dienen, begründen eine Rechtsposition, die von der Einzelperson selbst gegenüber der Staatsgewalt wahrgenommen werden kann. Von diesen Grundrechten abgesehen, hat die Einzelperson keine Rechtsansprüche. Die Vertragstreue der Staaten wird durch die Vertragsüberwachungsorgane überprüft.<sup>111</sup> Trotz aller Deklarationen, Resolutionen, Weltkonferenzen und Statements für die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, erweisen sich geschlechtsbedingte Disparitäten als besonders zählebig. Die de-facto, in einigen Ländern sogar noch die de-jure-Gleichstellung der Frauen und implizit ihre Wahrnehmung als Subjekte im Entwicklungs- und Bevölkerungsprozeß ist selbst in der sogenannten entwickelten Welt noch nicht erreicht. Es zeigt sich, daß die de-facto Gleichstellung von Frauen eben nicht per Konferenzbeschluß verordnet werden kann und auch bereits vollzogene Entwicklungsfortschritte, vor allem im Bereich der Bildung, sich nicht automatisch materialisieren, d.h. zunehmend qualifizierte Frauen vermehrt in die Machtzentren katapultieren.

Der Human Development Report 1995 stellt darum kategorisch fest, *„the reality, however, is that women do not share*

<sup>111</sup> Menschenrechtsausschuß, Ausschuß für die wirtschaftl., sozialen und kulturellen Rechte

*equally with men in the opportunities, benefits and responsibilities of citizenship and development.* <sup>112</sup>

*„Women still constitute 70 percent of the world's poor and two thirds of the world's illiterates. They occupy only 14 percent of managerial and administrative jobs, 10 percent of parliamentary seats and 6 percent of cabinet positions... They often work longer hours than men, but much of their work remains unvalued, unrecognized and unappreciated.* <sup>113</sup>

Solange Frauen nicht paritätisch am politischen, ökonomischen, kulturellen, rechtlichen, sozialen und familiären Leben, insbesondere den Führungs- und Entscheidungspositionen, beteiligt sind und der dazu notwendige, tiefgreifende Bewußtseinswandel noch nicht vollzogen ist, werden sie auch an reproduktiven Entscheidungen nicht gleichberechtigt mitwirken können.

### 3.4 Die Integration der Frauen in die Bevölkerungspolitik

Es verwundert nicht, daß in der bevölkerungspolitischen Debatte über Umweltkrise und ökologische Belastbarkeit nicht die Verschwendung natürlicher Ressourcen Gegenstand geplanter Veränderungen ist, sondern die Frauen des Südens, vielmehr in einer reduktionistischeren Wahrnehmung, ihre Gebärmutter. Sie war und ist auch *„gegenwärtig das strategisch wichtigste Objekt der Welt. Frauen haben nie zuvor eine solche Aufmerksamkeit erhalten, bis die Gebärmutter als Produzentin von etwas „Unerwünschtem“ für die Welt identifiziert wurde* <sup>114</sup> In den 60er Jahren

<sup>112</sup> United Nations Development Programme 1995, S.99.

<sup>113</sup> United Nations Development Programme 1995, Forword

<sup>114</sup> Akhter 1993, S.9

konnte, vornehmlich in den Ländern des Südens, ein exponentielles Anwachsen dieses „Unerwünschten“ beobachtet werden. „Es“ wuchs mit jährlichen Wachstumsraten, die höher waren als alle historisch bekannten und bewirkte auf diese Weise eine sich dramatisch verkürzende Verdoppelungszeit der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund sich überdeutlich abzeichnender Bevölkerungsprobleme taucht seit Ende der 60er Anfang der 70er Jahre parallel zur „Entdeckung der Frauen“ in der Entwicklungspolitik der Argumentationsstrang „Bevölkerungspolitik als Dienst an der Frau“<sup>115</sup> in der Debatte auf. Dabei stehen die fortschrittliche Implikation der Familienplanung „im Sinne einer größeren Planbarkeit der eigenen Lebensverhältnisse auf der Ebene der einzelnen Frau ... der gesamtstaatlichen Intention der Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen durch Familienplanung“<sup>116</sup> einander gegenüber und es bleibt oftmals unklar, ob die Regierungen, internationalen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, die alle sukzessive die fortschrittliche Diktion der Frauenbewegung vereinnahmt haben, sich primär am Menschenrecht auf Familienplanung, respektive den Interessen der einzelnen Frau oder der Bevölkerungsstatistik ausrichten.

1974 wurde in Bukarest die erste globale Konferenz offizieller Regierungsrepräsentanten, die sich mit Bevölkerungsfragen und ihrer Beziehung zur Entwicklung befaßten, einberufen. Politisches Ergebnis dieser Weltbevölkerungskonferenz war trotz tiefgreifender Kontroversen die Verabschiedung des Weltbevölkerungsaktionsplanes. Die Zuwachsposition, vertreten durch die Gruppe westlicher Staaten

einschließlich der USA, Großbritanniens und der BRD, und die Umverteilungsposition, vorgetragen durch die Länder des Südens, standen in Bukarest einander zunächst unvermittelt gegenüber.<sup>117</sup> Es wurde diskutiert, ob ein Geburtenrückgang im wesentlichen durch den flächendeckenden Ausbau von Familienplanungsprogrammen erreicht werden könnte (Zuwachsposition), oder ob zur erfolgreichen Stabilisierung des demographischen Prozesses entwicklungspolitische Maßnahmen erforderlich seien. Dies war die Grundposition vieler Entwicklungsländer und Bevölkerungswissenschaftler. Sie postulierten, Bevölkerungsprobleme sind nicht Ursache, sondern Konsequenz von Unterentwicklung, folglich Entwicklung die beste Verhütung. Im Weltaktionsplan ist die Anerkennung und Betonung der Souveränität der Staaten (Paragraph 146) in der Bevölkerungspolitik Ausfluß dieses kontroversen Grundsatzdiskurses. Nur unter dieser Prämisse konnte eine Schlichtungsposition erreicht und die Reorientierung des Planes zu einem allgemeinen Dokument über Entwicklung bewirkt werden.<sup>118</sup>

In Bukarest wurde deutlich, daß Bevölkerungskontrolle kein Allheilmittel für die Probleme der Unterentwicklung und Familienplanung kein Allheilmittel zur Lösung von Bevölkerungsproblemen ist. Bevölkerungsprogramme und -strategien müssen, um Aussicht auf Erfolg zu haben, in Einklang mit den Menschenrechten und im Zusammenhang mit Entwicklung formuliert werden. Die Rolle der sozioökonomischen Entwicklung bei der Lösung von Bevölkerungsproblemen gibt Paragraph 68 des Aktionsplanes wieder: *“This Plan of Action recognizes that economic and social development is a central factor in the solution*

115 Wichterich 1994, S.33ff.

116 Mertens 1989b, S.41.

117 Baladeux 1985, S. 73ff.

118 Baladeux 1985, S.83.

*of population problems*“<sup>119</sup> Vor diesem Hintergrund wurde „*es für jede Delegation schwierig, gegen allgemeine Erklärungen zur Bedeutung der Frau im Entwicklungsprozess zu opponieren.*“<sup>120</sup> In Paragraph 41 verpflichteten sich die Regierungen, „*to ensure full participation of women in the educational, social, economic, and political life of their countries on an equal basis with men.*“<sup>121</sup> Darüber hinaus erkennt der Aktionsplan an, daß sich der Status der Frau verbessert, wenn ihr die Möglichkeit der Geburtenplanung gegeben wird und stellt fest, „*daß Frauen gleichberechtigt mit ihren Ehemännern die Größe der Familie bestimmen sollen und daß Verbesserungen im Status der Frau zu einer kleineren Familiengröße führen können, wo dies gewünscht wird.*“<sup>122</sup> Damit war auf globaler Ebene der erste Schritt zur Integration der Frauen in die Bevölkerungspolitik getan.

Grundlegend für bevölkerungspolitische Maßnahmen, ob sie nun isoliert oder in ein gesundheitspolitisches Gesamtkonzept eingebunden werden, ist das Menschenrecht auf Familienplanung von Teheran. In Paragraph 29a wird dieses Recht noch einmal ausdrücklich bekräftigt. In seiner Schlußversion heißt es: „*Respect and ensure, regardless of their overall demographic goals, the right of persons to determine, in a free informed and responsible manner, the number and spacing their children.*“<sup>123</sup> Er enthält darum „*keine globalen, quantitativen Ziele zu einer - gegebenenfalls nach Regionen differenzierten - durchschnittlichen Kinderzahl. Allerdings sind*

*den Ländern... im Rahmen ihrer Souveränität Zielsetzungen unbenommen.*“<sup>124</sup>

Der Weltbevölkerungsplan entstand zu einem Zeitpunkt, als eine Bevölkerungsfrage in allen Ländern der Dritten Welt erkennbar, aber nur erste Ansätze bevölkerungspolitischen Handelns existierten, denn erst zu Beginn der 60er Jahre wurde die Pille zur hormonellen Verhütung bekannt und Anfang der 70er Jahre die kontrazeptiven Spiralen als moderne Methoden zur Durchführung von Familienplanungsprogrammen, die in einigen Ländern bereits durchgeführt wurden. Nach der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest, die wesentlich zur Politisierung der Bevölkerungsthematik beitrug, entschieden sich immer mehr Staaten in den Entwicklungsregionen, bevölkerungspolitisch tätig zu werden. „*Die alle fünf Jahre von der Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen auf Umfragen und Analysen der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen basierenden Evaluierungen des Weltbevölkerungsaktionsplans, der erzielten Fortschritte und der noch vorhandenen Schwierigkeiten, belegen diesen bevölkerungspolitischen Entwicklungsprozeß.*“<sup>125</sup>

Die Erfahrungen nach Bukarest zeigten, es gibt keinen Geburtenrückgang ohne Familienplanung, aber sie allein schafft es nicht, die Motivation hin zu einer kleineren Familiengröße zu erzeugen.<sup>126</sup> Familienplanungsdienste sind primär notwendig, um den vorhandenen, nicht gedeckten Bedarf zur Verlängerung der Geburtenabstände (spacing) und teilweise zur Begrenzung der Kinderzahl (limiting) zu decken. Mit dem Ende der 70er und Beginn der 80er Jahre florierte der Ausbau der Familienpla-

119 Baladeux 1985, S.85.

120 Baladeux 1985, S.83.

121 Baladeux 1985, S.82.

122 Baladeux 1985, S.82.

123 in: Baladeux 1985, S.80.

124 Höhn 1995, (S.3-26 , S.5.

125 Höhn 1995, S.5 und Baladeux, S.79.

126 Demeny 1993-94, S.365- 375.

nungsprogramme, deren Hauptgeber damals die USA - repräsentiert durch die Rockefeller, Ford und Shell Stiftung sowie die Regierung - und der UNFPA mit multilateralen Mitteln waren.

*„Der Geburtenrückgang setzte“, das konnte im ersten Kapitel bereits gezeigt werden, „überall im gleichen Zeitraum ein, allerdings nicht in den Ländern südlich der Sahara und noch nicht in Indien, Pakistan und Bangladesch. Die Zeit war günstig für eine zweite Weltbevölkerungskonferenz, um das Bewußtsein für die Bevölkerungsproblematik zu schärfen.“<sup>127</sup>*

Sie wurde 1984 in Mexiko City einberufen. Dort waren Bevölkerungswissenschaftler nur als Mitglied einer Regierungsdelegation zugelassen, es gab keine Observer und auch fast keine NGOs unter den Teilnehmern. Auf dieser Konferenz änderten die USA, ursprünglich Katalysator bevölkerungspolitischer Maßnahmen, ihre Zielrichtung grundlegend. Sie lehnten den Schwangerschaftsabbruch als Methode der Familienplanung und Element in Familienplanungsprogrammen strikt ab und vertrauten darauf, daß die freien Marktkräfte nicht nur Wirtschaftswachstum und Entwicklung vorantreiben, sondern auch die staatliche Förderung spezieller Familienplanungsprogramme überflüssig machten.<sup>128</sup> Folgerichtig zogen sich die USA aus der offiziellen Unterstützung bilateraler Familienplanungsprojekte zurück und stellten ihre Zahlungen an den UNFPA ein, der daraufhin in eine schwere Finanzierungskrise geriet.<sup>129</sup>

<sup>127</sup> Höhn 1995, S. 6.

<sup>128</sup> Demeny kritisierte diesen Glauben an die Gesetze des Marktes, siehe: Höhn 1995, S.7.

<sup>129</sup> Die Finanzierungslücke wurde später durch andere Geber wie Japan, skan. Länder, die Niederlande, Kanada und die BRD wieder geschlossen werden, Höhn 1995, S.7.

Die Hauptergebnisse der Weltbevölkerungskonferenz 1984 in Mexico City waren die Mexico City Deklaration und die Empfehlungen zum Weltbevölkerungsaktionsplan, der im wesentlichen bestätigt wurde. Die Mexico Deklaration enthält sich ebenfalls globaler quantitativer Zielvorgaben, betont das Recht des Individuums auf Familienplanung und fordert in diesem Kontext die Regierungen dazu auf, ein umfassendes Informationsangebot im Bereich der Familienplanung zu schaffen und die Verfügbarkeit moderner Kontrazeptiva zu verbessern. In einigen wichtigen Punkten wurde die Deklaration jedoch ergänzt. So *„entnimmt man den Empfehlungen eine stärkere Betonung der Rolle der Frau und der Umweltfragen im Zusammenhang mit Bevölkerung und Entwicklung.“<sup>130</sup>*

Die Abstinenz der offiziellen US-Bevölkerungspolitik bewirkte keinen nachhaltigen Rückschlag für Familienplanungsprogramme. Mehr und mehr Regierungen zeigten das Interesse, ihre Bevölkerungsentwicklung zu analysieren und unerwünschte Auswirkungen zu schnellen Bevölkerungswachstums auf die Bildungseinrichtungen, Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten, die Ernährungslage, aber auch auf die städtischen Infrastrukturen in den rasch wachsenden Megastädten zu untersuchen.

Der ungedeckte Bedarf an Familienplanung war und ist groß und wird bis ins Jahr 2015 quantitativ mit dem Bevölkerungswachstum ansteigen.<sup>131</sup>

Bis zum Ende des Jahrhunderts, so schätzen die Autoren des Weltbevölkerungsberichtes 1994, werden Familienplanungsleistungen für zusätzliche 100 Millionen Frauen gebraucht werden, wenn mit

<sup>130</sup> Höhn 1995, S.7.

<sup>131</sup> United Nations Population Fund 1994, Abb.9, S.31

dem Bevölkerungswachstum Schritt gehalten werden soll. Berücksichtigt man sowohl den bestehenden als auch den zukünftigen Bedarf, so wird eine Gesamtzahl von 500 bis 600 Millionen Paaren bis zum Ende des Jahrhunderts nach Verhütungsmethoden nachfragen.<sup>132</sup>

Dabei werden die Finanzmittel für Familienplanung zu 80 Prozent von den Ländern des Südens selbst getragen, „viele Entwicklungsländer, so z.B. China und Indien, die beiden Bevölkerungsriesen, und andere Schwellenländer sind mittlerweile auf dem Gebiet der Familienplanung fast autark oder benötigen nur wenig Hilfe von den Geberländern. Auch gibt es Beispiele, die als geradezu hoffnungslos in der Nichtannahme des Gedankens der Familienplanung erschienen, wie Kenia und Bangladesch, in denen die vielfältigen Bemühungen schließlich doch von der Bevölkerung angenommen wurden.“<sup>133</sup> Mittlerweile gibt es nur noch wenige Länder südlich der Sahara und im Mittleren Osten, in denen ein Geburtenrückgang nicht eingesetzt hat.<sup>134</sup> Mit Unterstützung welcher familienplanerischen Dienstleistungen und Verhütungstechnologien ist der nahezu weltweite Geburtenrückgang ermöglicht worden?

Waren und sind die Politiken und die in der familienplanerischen Praxis eingesetzten Kontrazeptiva vornehmlich - wie auf UN-Konferenzebene wortreich beschlossen - Instrumente zur Befreiung der Frauen im Süden oder verbleiben sie in ihrer historisch vorbelasteten Tradition und dienen weiterhin ihrer Kolonisierung?

### 3.5 Die Fruchtbarkeit der Frauen unter internationaler Kontrolle.

<sup>132</sup> United Nations Population Fund 1994, S.31.

<sup>133</sup> Johnson 1987, Höhn 1995, S.8.

<sup>134</sup> vgl. Daten in Kapitel 1.

### Zur Qualität eingesetzter Dienstleistungen und Verhütungstechnologien in Familienplanungsprogrammen

In Kenntnis der historischen Wurzeln und Implikationen neuzeitlicher Bevölkerungspolitik ist man und besonders Frau geneigt, familienplanerische Konzepte überhaupt abzulehnen.

Die seit vierzig Jahren betriebenen Familienplanungsprogramme zeigten jedoch eine relative „Wirkungslosigkeit des Kontrollinstrumentariums,“<sup>135</sup> weil sie sich primär an demographischen Zielvorgaben und nicht, wie in Menschenrechtspakten und auf zahlreichen UN-Konferenzen beschlossen, an individuellen, insbesondere Fraueninteressen, orientierten. Im Sinne der Teheraner Menschenrechtserklärung soll Familienplanung den Menschen ermöglichen, frei, informiert und verantwortungsbewußt die Anzahl ihrer Kinder und die Geburtenabstände selbst zu bestimmen. Familienplanung muß demnach, will sie sich an diesem universellen Menschenrecht ausrichten, Frauen und Männern im Rahmen eines gut funktionierenden, flächendeckenden Gesundheitssystems einen freien und informierten Zugang zu Mitteln und Methoden der Geburtenplanung ermöglichen.

Ein Handlungsbedarf entsteht immer dann, wenn zwischen der gewünschten und der tatsächlichen durchschnittlichen Kinderzahl eine Diskrepanz besteht und die betroffenen Frauen und Männer daraufhin den Wunsch formulieren, ihre Reproduktivität selbstbestimmt planen und steuern zu wollen. Dieser Bedarf kann, wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, bei ca. 20 bis 30 Prozent aller verheirateten Frauen verortet werden. Gegenwärtig wenden ca. 350 Millionen Menschen in den Entwick-

<sup>135</sup> Wichterich, 1985, S.15.

lungsländern keine modernen Verhütungsmethoden an, ca. 120 Millionen Frauen würden jedoch gerne verhüten, wenn sie Zugang zu Familienplanungsdiensten hätten.<sup>136</sup> Könnte dieser ungedeckte Bedarf befriedigt werden, so würde die Verhütungsmittelbenutzerquote von 55 auf ca. 68 Prozent steigen.<sup>137</sup>

Dabei darf das Bedürfnis der Frauen und Männer, ihre Fortpflanzungsfähigkeit besser kontrollieren zu können, nicht ohne Respekt vor kultureller, sozialer und politischer Selbstbestimmung, einer von außen festgesetzten idealen Familiengröße unterworfen werden.

Wo jedoch „*demographische Zielvorgaben verfolgt werden, muß Bevölkerungspolitik in ihrer immanenten Logik versuchen, den Willen und die individuellen Interessen der Betroffenen diesen Planzielen im Allgemeininteresse unterzuordnen. Raum für Selbstbestimmung und völlig freie Entscheidung kann eine solche Politik den Betroffenen nicht lassen.*“<sup>138</sup> Das von Weltbank, UNFPA und anderen so häufig zitierte Wohl der Frauen hat sonst dort ein Ende, wo es um die Erreichung selbstgesetzter Zielvorgaben geht. Die Bevölkerungslobby bemühte sich bei ihrem organisierten Zugriff auf das Gebären jedoch stets, den Eindruck von Freiheit für die Einzelnen in ihren reproduktiven Entscheidungen zu suggerieren.

Innerhalb des Cafeteria-Ansatzes<sup>139</sup>, der durch einen ungebrochenen Glauben an die Gesetze des Marktes geprägt war, versuchte man mit einem Angebot verschiede-

ner Kontrazeptiva einen Mechanismus in Gang zu setzen, der nicht nur eine erhöhte Nachfrage induzieren, sondern darüber hinaus eine Einstellungsänderung hin zu einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber Familienplanung, respektive kleineren Familiengrößen bewirken sollte. Verhütung ohne Entwicklung lautete die Devise dieser kostengünstigen Strategie.

Die isolierte Verhütungsmittelverteilungspolitik, meist durchgeführt von unzureichend ausgebildetem Personal, führte dazu, daß die Kontrazeptiva nicht immer bestimmungsgemäß eingesetzt wurden. Als in Bangladesh, rötliche und bläuliche Fahrradreifen, hergestellt aus farbigen Kondomen, auftauchten und Männer in Tansania erzählten, wie sehr sie Kondome schätzten - sie stülpten die Gummis über ihre Gewehrmündungen und konnten so auf der Jagd sorglos Flüsse durchwaten,<sup>140</sup> zeigte sich, was das ziel- und informationslose Verteilen von Verhütungsmitteln bewirkte.

Ein besonders drastisches Beispiel autoritärer, sich über das universelle Menschenrecht auf informierte und selbstbestimmte Familienplanung hinwegsetzender Bevölkerungskontrollpolitik waren die Kampagnen zur Massensterilisation indischer Männer Anfang der 70er Jahre, infolge derer Tausende an post-operativen Infektionen und bei Aufständen gegen das Programm<sup>141</sup> starben.

Konsequenzen dieser Kampagnen waren, neben nicht bestimmungsgemäß angewandten Verhütungsmitteln, massive Akzeptanzprobleme und insbesondere infolge von Zwangssterilisationsprogrammen immer

136 United Nations Population Fund 1994, S.30f.

137 siehe Fußnote 34, Chart 1.21 United Nations 1995, S.13, Total demand and unmet need for contraception among currently married women of reproductive age in developing regions, 1985/89.

138 Wichterich 1994b, S.35.

139 Wichterich 1994b, S.25.

140 Grill 1994, in: ZEIT-Punkte, S.32.

141 Sen 1987, S. 238 Die Proteste gegen Indira Gandhis Zwangspolitik führten 1977 schließlich zu einer dramatische Wahlniederlage und dem Sturz der Regierung.

stärker werdender Widerstand auf Seiten der Betroffenen.<sup>142</sup>

Die mangelnde Akzeptanz auf Seiten der Adressaten von Familienplanungsprogrammen erklärt den Mißerfolg dieser isolierten Maßnahmen und leitete einen Strategiewechsel ein. Es folgten **integrierte Familienplanungsprogramme**, die die Motivation zur Verhütung durch Anreize erzeugen sollten.

In Bangladesh wurden seit den 60er Jahren Familienplanungsprogramme mit starker ausländischer Finanzierung gefördert<sup>143</sup>, in denen das Familienplanungspersonal Prämien für eine bestimmte Anzahl eingesetzter Spiralen und durchgeführter Sterilisationen und bei „erfolgreichem“ Überschreiten dieser vorgegebenen Quoten eine Sonderprämie erhielt. Für Frauen, die sich sterilisieren ließen, wurden ebenfalls finanzielle Anreize geschaffen. Sie erhielten für die Sterilisation einen Sari und eine Prämie, die einem durchschnittlichen Lohn von etwa sechs bis sieben Wochen entsprach, für eine Spirale gab es etwa 1,25 Dollar, wobei *„die betroffenen Frauen oft über Art und Weise und die Folgen eines Eingriffs nicht aufgeklärt werden.“*<sup>144</sup> Unter Armutsbedingungen sind solche Prämien Erpressung und Gewalt, insbesondere wenn Sterilisationskampagnen zu „günstigen“ Zeitpunkten durchgeführt werden, etwa in den Jahreszeiten, in denen Landarbeiter keine Arbeit bekommen und die Einwilligung in eine Sterilisation zur Überlebensstrategie wird. Das sich ausschließlich an quantitativen Größen orientierende Prämienverfahren

erwies sich für die Gewährleistung einer umfassenden Beratung und Information der Frauen als äußerst kontraproduktiv. Es war offensichtlich, daß die Perspektive dieses Programms keineswegs die Autonomie der Frau, sondern die nationale Bevölkerungsstatistik war. Die Maßnahmen wurden den Frauen overt oder subtil vermittelt, über Anreizsysteme oktroyiert und ihre Körper auf diese Weise zu einem riesigen Absatzmarkt multinationaler Pharmakonzerne degradiert.

Nordthailand ist ein weiteres Beispiel für die geschickte Ausnutzung der Armutsverhältnisse zur Verhinderung von Schwangerschaften. Dort prangt zum Beispiel auf den Wassertanks neben dem Emblem der deutschen Welthungerhilfe ein Symbol für die gewählte Verhütungsmethode: *„Weil die Frau sich die Drei-Monatsspritze geben läßt, hat die Familie einen Kredit für Zement erhalten. Bevölkerungspolitik wurde zum integralen Bestandteil von Frauenförderung,“*<sup>145</sup> indem sie zugleich mit der Vergabe von Krediten oder einkommenschaffenden Maßnahmen gekoppelt werden. Zur Illustration, welche Blüten die Integrationspraxis hervorbringen vermag, seien die integrierten Programme der thailändischen *Population and Development Association* (PDA), in denen *„vorbildlich“* das Angebot von Verhütungsmitteln mit Gesundheitsfürsorge und einkommenschaffenden Projekten kombiniert werden, angeführt. In ihrem Schweinezuchtprogramm wird die gleichzeitige Verbesserung der individuellen Lebenssituation durch Familienplanung besonders deutlich suggeriert. Dort erhalten Frauen, die verhüten, junge Schweine zur Mästung und das entsprechende Futter zu einem ermäßigten Preis von 75 Prozent. Nach neunmonatiger Mast wird das

142 siehe: Heim/Schatz 1994, S.141.

143 Mertens 1989b, S.50: Seit 1975 hat die Weltbank in drei Fünfjahresprogrammen zum Aufbau eines hierarchisches Systems zur Implementierung der Bevölkerungspolitik in Bangladesh beigetragen, die BRD hat das Programm bisher mit 300 Mio. DM unterstützt.

144 Schuh, 1994.

145 Wichterich 1994d, S.26.

Schwein durch die PDA vermarktet. Sollte die Frau während dieses Zeitraumes schwanger werden, entfällt der 25-prozentige Futterrabatt, denn das menschenverachtende Motto des Programms lautet: *„Überlasse die nächste Schwangerschaft dem Schwein.“* Bei näherer Betrachtung löst das Programm noch nicht einmal das Versprechen einer langfristigen Existenzsicherung für die Frauen ein. Es ermöglicht ihnen nur ein marginales Einkommen, das sie sich *„durch mehr Arbeit und neue Abhängigkeit und die Aufgabe der Kontrolle ihrer Gebärfähigkeit erkaufen.“*<sup>146</sup>

Das Teheraner Menschenrecht auf eine freie, selbstbestimmte reproduktive Entscheidung wird jedoch eindeutig verletzt, wenn die Armut die Adressaten von Familienplanungsdiensten für materielle Anreize erpressbar macht.

*„Entsprechend dem Vormarsch des neoliberalen Wirtschaftsmodells werden Familienplanungsprogramme nun weiter privatisiert und marktförmig zugerichtet. ... „Social marketing“, subventionierter Verkauf durch den privaten Sektor, ist das neue Zauberwort zur flächendeckenden Verbreitung von Verhütungsmitteln. Er soll zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Absatzsteigerung bei Kostensenkung! Noch mehr Verhütungsmittel pur - das ist künftig auch die Folge davon, daß im Rahmen von Strukturanpassung in einer Reihe von Ländern des Südens die Ausgaben für das Gesundheitswesen gekürzt werden - während die für Familienplanung ansteigen.“*<sup>147</sup>

<sup>146</sup> Mertens 1989b, S.53, ähnlich strukturiert sind die non-pregnancy Kredite und ein Small Farmers Fair Price-Programm in Thailand, bei dem Bäuerinnen, die Familienplanung praktizieren, zu günstigen Bedingungen ihre Produkte abgenommen werden.

<sup>147</sup> Wichterich 1994d, S.26.

Das Social-Marketing-Modell erinnert in seiner Struktur an die ersten Verhütungsmittelverteilungsprogramme. Es handelt sich um eine nach unternehmerischen Effizienzkriterien ausgerichtete Vermarktung von Familienplanung.

In der Vermarktungspraxis werden Pillenzyklen und Dreimonatsspritzen von mangelhaft qualifiziertem Personal - Taxifahrer, lokale Händler etc. - ohne Rezept zu subventionierten Preisen verkauft. Die Händler, sogenannte *„Village Volunteers“*<sup>148</sup> erhalten dabei 20 Prozent des Verkaufserlöses.

Das Social-Marketing-System ist durch das Fehlen einer qualifizierten Beratung - die Village Volunteers werden nur eintägig geschult - und einer, insbesondere bei Verabreichung hormonaler Kontrazeptiva unerläßlichen, medizinischen Vor- und Nachsorge, gekennzeichnet. Es basiert somit implizit auf der Mißachtung des Menschenrechts auf Familienplanung, welches die Gewährleistung von ausreichender Beratung, Information und medizinischer Betreuung gebietet.

Die zur Fruchtbarkeitsplanung angebotenen **Verhütungsmethoden** erzeugen zusätzliches Mißtrauen, weil sie Frauen erneut die Kontrolle über ihren Körper entziehen.

Für die Dritte Welt gelten Sterilisationen und **Langzeitkontrazeptiva**, wie Intrauterinpressare, Dreimonatsspritzen (Depo Provera/Upjohn & NET-EN/Schering) implantierbare Hormondepots (Norplant) als besonders zuverlässig,<sup>149</sup> da sie nur einmal verabreicht werden, dann über einen langen Zeitraum von bis zu fünf Jahren wirken und zunehmend weniger von der Motivation der Frauen abhängig sind.

<sup>148</sup> Mertens 1989b, S.52.

<sup>149</sup> Spiller 1994, S.158.

Die meisten Langzeitkontrazeptiva stellen einen erheblichen Eingriff in die physische und psychische Integrität der Frauen dar und bergen erhebliche Gesundheitsrisiken. Bei der Anwendung injizierbarer Langzeitkontrazeptiva treten Nebenwirkungen wie Zyklusstörungen, Kopfschmerzen, Bauchschmerzen, Nervosität, Gewichtsveränderungen und als Langzeiteffekte diabetogene Wirkungen, Leberfunktionsstörungen sowie Herz- und Kreislaufkrankheiten auf. Wegen der nicht auszuschließenden karzinogenen Wirkung wurden NET-EN und Depo-Provera in den USA verboten.<sup>150</sup>

Das Hormondepot Norplant gehört zu den neueren Langzeitverhütungstechnologien. Bei dieser Methode werden sechs Silikonkapseln, die kontinuierlich ein Hormon zur Verhütung von Schwangerschaften in den Blutkreislauf abgeben, subkutan in den Oberarm implantiert. Anwendungsfehler, wie das Vergessen der Pilleneinnahme oder Anwenden einer Barrieremethode (Diaphragma, Kondom) vor dem Sexualverkehr, sind ausgeschlossen. Der größte „Vorzug“ von Norplant liegt aus Perspektive der Bevölkerungskontrolleure darin, daß die Frauen mit dieser Methode weder den Beginn noch die Beendigung der verhütenden Maßnahme beeinflussen können. *“The design of Norplant ultimately takes these decisions and puts them into the hands of the health worker who must surgically insert or remove the method.”*<sup>151</sup> Frauen wird bei diesem Verfahren die authentische Entscheidungskompetenz innerhalb eines intimen, existentiell wichtigen Lebensbereiches, der Fruchtbarkeitsplanung, entzogen, die sich wiederum Ärzte und medizinisches Personal mit dem strategischen Ziel der äußeren Reproduktionskontrolle aneignen.

150 Mertens 1989b, S.56.

151 Norplant 1993, S.115.

In Indonesien wurde die Verletzung des Freiwilligkeitsprinzips in Einheit mit der Propagierung einer Verhütungsmethode, die eine selbstbestimmte individuelle Fruchtbarkeitsplanung unterminiert - Ausdruck doppelter Fremdbestimmung - besonders deutlich. Dort wurde die massenhafte Verwendung von Norplant mit der sogenannten Safari-Methode<sup>152</sup> durchgesetzt. Das Familienplanungspersonal suchte Dörfer in Begleitung von Soldaten auf und oktroyierte den Dorfbewohnern das von der Regierung gewählte Mittel.

Die Norplant-Technologie kann folglich als Infantilisierungsstrategie dechiffriert werden und ist mit erheblichen psychischen (bewußtseinspolitischen) und physischen Nebenwirkungen behaftet.

Bei diesem Hormondepot wurden Menstruationsblutungen von 20 bis 30 Tagen, Koliken, Sehstörungen und Entzündungen an der Einpflanzstelle beobachtet. Im Testgebiet Brasilien wurde als Nebenwirkung eine herabgesetzte Libido festgestellt, in Ägypten und Brasilien starke Stimmungsschwankungen, Depressionen und schwere Zyklusstörungen. Als **Hauptprobleme** von Norplant identifizierten die Mitglieder des *Women and Pharmaceuticals Project*: *„Potentially incomplete and /or misleading information to women before insertion, provision of Norplant to women who should not use it because of age or medical history, no arrangement for routine medical follow-up, no recording of early removals nor reasons for removal, no training for removal, no system for finding women to remind them of the need for removal after five years.”*<sup>153</sup> Selbstverstümmelung bei verzweifelten Versuchen, die implantierten Silikonkapseln zu entfernen, waren oft die Folge.

152 Randeria 1994b

153 Norplant 1993, S.87.

Solange sich die Verhütungsmittelforschung einzig an den Gesetzen des Marktes und nicht an den Bedürfnissen der Frauen orientiert, ihre Anwendung von Frauen nicht selbst kontrolliert werden kann und die medizinische Betreuung und Kontrolle fehlt, wird aus dem Recht zur Familienplanung schnell ein äußerer Zwang zur Verhütung. Diese Fremdbestimmung bzw. der Wille zur äußeren Kontrolle weiblicher Fruchtbarkeit zeigt sich am deutlichsten in der Entwicklung der neuesten *Wunderwaffe* der Geburtenkontrolltechniker, dem immunologischen Anti-Schwangerschaftsimpfstoff, der eine autoimmune Unfruchtbarkeit erzeugt und mit allen Vorzügen eines Verhütungsmittels zweiter Wahl für die Frauen zweiter Wahl ausgezeichnet ist: leicht zu verabreichen, Anwendungsfehler werden nahezu unmöglich, hochwirksam - bis hin zur Unumkehrbarkeit wie beim Anti-Spermien-Kontrazeptivum - und von Motivation und Steuerung der Frauen unabhängig. Einmal *geimpft*, ist die Wirkung kaum umkehrbar<sup>154</sup>; den Anwenderinnen bleibt nichts anderes übrig, als auf die Senkung der Antikörper zu warten, bis sie keine verhütende Wirkung mehr haben. Aus biomedizinischer Sicht, die sich auf die Vorteile für die individuelle Anwenderin konzentriert, ist das Kosten-Nutzen-Risiko-Verhältnis immunologischer Verhütungsmittel negativ, weil erhebliche Gesundheitsrisiken wie Autoimmun-Krankheiten, Allergien, Verschlimmerung bereits bestehender Krankheiten und Fetusschädigungen durch Immunreaktionen<sup>155</sup> als Nebenwir-

kungen dieser Technologie auftreten können.

Bei ihrer Suche nach der technisch optimalen Lösung des Bevölkerungsproblems ignorierten die Bevölkerungskontrolleure, daß für reproduktive Entscheidungen nicht nur medizinisch-individuelle, sondern auch gesellschaftliche Prozesse relevant sind und die normative Kraft der sozialen Realität die Entscheidungs- und Handlungsspielräume einer Frau absteckt. Frauen erwiesen sich als Stolpersteine für den „organisierten Zugriff auf das Gebären“<sup>156</sup>, weil sie sich nicht ihrer einzigen Quelle sozialer Macht, der Mutterschaft, berauben lassen wollten. Was nützt ihnen ein Kontrazeptivum, wenn sie nur durch Kinder ihren ehelichen Status oder die Nutzungsrechte an Land gewinnen können, ihnen nur die Geburt von Söhnen soziales Prestige und Absicherung im Alter bringen kann<sup>157</sup>. Frauen, so Christa Wichterich, sind „interessiert an einer Aufhebung dieser sozialen Reduktion ihrer Persönlichkeit...“, ein Prozeß, der im historischen Kapitel dieses Reports nachgezeichnet wurde, „aber sie wissen sehr wohl, daß ihre Emanzipation nicht durch eine Spirale...hergestellt wird, wenn keinerlei Veränderungen in den Armutbedingungen ihres Lebens eintreten, wenn sie nicht den sexistischen Ausschluß von allen Ressourcen - Landbesitz, Bildung, politische Macht... überwinden.“<sup>158</sup>

154 Richter 1994, S. 168: „es sei denn, sie nähmen immununterdrückende Mittel, die nicht nur spezifische Immunreaktionen gegen den fruchtbarkeitsrelevanten Körperbestandteil unterdrücken, sondern auch allgemein das Immunsystem hemmen.“

155 Richter 1994b, S.172.

156 Wichterich 1985, S.16.

157 Wichterich 1994d, S.27.

158 Wichterich, 1985, S.16.

#### 4 Entwicklungs- und bevölkerungspolitische Konzepte der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo

Auf der **International Conference on Population and Development ICPD** wurde im **September 1994 in Kairo** ein richtungsweisendes Abschlußdokument verabschiedet, das versucht, durch einen multifokalen, umfassenden entwicklungs- und bevölkerungspolitischen Ansatz die gesellschaftlichen Handlungs- und Entscheidungsspielräume insbesondere für Frauen zu erweitern, indem es ihre Gleichberechtigung und Gleichstellung fördern und sexuelle Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes beseitigen will.

Unter diesen egalitären gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die selbst in westlichen Industrienationen auf der de-facto-Ebene noch nicht verwirklicht sind, soll Frauen der Weg zu einer selbstbestimmten Lebens- und Fruchtbarkeitsplanung, frei von äußerem Zwang, eröffnet werden.

##### 4.1 Der Vorbereitungsprozeß der „*International Conference on Population and Development*“ (ICPD)

Zur Vorbereitung der internationalen Konferenz der Vereinten Nationen für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo, deren Leiterin als Generalsekretärin Frau Nafis Sadik, die Exekutivdirektorin des UNFPA, war, wurden sechs Experten-seminare, fünf Regionalkonferenzen, zahlreiche Round-table-Gespräche, nationale Vorbereitungskomitees und drei Vorbereitungskonferenzen (PrepCom's), an denen 170 Regierungen teilnahmen und ca.

500 Non-Governmental-Organisations (NGO's) beteiligt waren, initiiert.<sup>159</sup>

Auf der PrepCom I wurde die Thematik der Konferenz auf *Bevölkerung, sustained economic growth und sustainable development*, in Erkenntnis der Interdependenzen von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung und dem Faktor Bevölkerung, festgelegt.

Auf der PrepCom II im Mai 1993 wurden die zentralen Themen und Probleme der ICPD identifiziert, zusammengetragen und eine Grobgliederung des zu verabschiedenden Aktionsplanes vereinbart. Im April 1994, auf der PrepCom III, lag schließlich der Entwurf des Aktionsprogramms vor.

Sein Innovationsgehalt zeigte sich in den Kapiteln über Empowerment of Women, Reproductive Health und sexuelle Gesundheit, Familienplanungsprogramme, Mutter und Kind-Gesundheitsprogramme, AIDS/HIV-Programme, die Frage des Schwangerschaftsabbruchs, gynäkologische Grundversorgung und sexuelle Aufklärungsprogramme. Allerdings wurde nahezu das gesamte Kapitel in Klammern gesetzt, also mit Vorbehalt nach Kairo geschickt.<sup>160</sup> Große Teile des Dokuments, auf die man sich bereits in New York und auf anderen Vorbereitungskonferenzen geeinigt hatte, standen auf der ICPD nicht mehr zur Debatte. Dort ging es primär um die Diskussion der inhaltlich umstrittenen Textstellen. Die **strittigen Elemente** waren: alle Hinweise auf Kondome, Verhütungsmittel, Familienplanung (dieser Begriff wurde allein 41mal *geklammert*), Reproduktionsrechte, sichere Mutterschaft, Fruchtbarkeitsregulierung, sexuelle Rechte und reproduktive Gesundheit (112mal *geklammert*), „*die alle als Kodewörter für*

<sup>159</sup> BIB-Mitteilungen 22.12.1994, S.3.

<sup>160</sup> Höhn 1995, S.14.

*Abtreibung und nicht gebilligte Methoden der Schwangerschaftsverhütung ausgelegt wurden.*<sup>161</sup> Aber auch die Frage der Menschenrechte und der guten Regierungsführung versus der Schaffung günstigerer Wirtschaftsbeziehungen, die Einbeziehung von Jugendlichen und die Finanzierung waren strittige Themen. Insgesamt enthielt der Entwurf des Aktionsplanes allein 203 durch Klammern gekennzeichnete Inhalte, 147 von ihnen gingen auf das Konto des Vatikans und trugen ihnen die Bezeichnung *holy brackets* ein.

Besonders kontrovers wurde zwischen dem Heiligen Stuhl, einer Reihe katholischer und islamischer Länder und den Industrie- und vielen Entwicklungsländern die Frage des legalen Schwangerschaftsabbruchs und der unsachgemäßen Abtreibung diskutiert. Der Konsentext des § 8.25 im Abschlußdokument hält nach mehreren Umformulierungen schließlich fest, daß der Schwangerschaftsabbruch kein Mittel zur Familienplanung sein dürfe und der Verhütung ungewollter Schwangerschaften höchste Priorität einzuräumen sei. Wenn jedoch ein Abbruch stattfindet und dieser nicht gegen das nationale Gesetz verstoße, solle er sicher sein. Die souveränen Rechte jedes Landes bezüglich der Anwendung des § 8.25 wurden bekräftigt und keine generelle Empfehlung zum legalen Schwangerschaftsabbruch gegeben.<sup>162</sup>

In einer zähflüssigen, zweiwöchigen Diskussion suchten die rund 3000 Delegierten für alle 182 Mitgliedsstaaten tragbare Kompromißformeln zur Auflösung dieser Klammern. Mit Erfolg, denn zu Konferenzzende konnte der Aktionsplan als politisches Ergebnis der ICPD einstimmig verabschiedet werden, wenngleich insgesamt

zwanzig Delegationen<sup>163</sup> meist unter katholischer oder islamischer Observanz eine Reihe von Vorbehalten<sup>164</sup> zu einzelnen Teilen des Plans formulierten, ihm als Ganzem jedoch ihr Placet gaben. So haben zum Beispiel die Begriffe *Familienplanung* und *sichere Mutterschaft* das Ringen um einen Konsens für alle Teilnehmerstaaten überlebt, der Begriff *sexuelle Rechte* wurde jedoch gestrichen und der Terminus *Fruchtbarkeitsregulierung* durch die entschärfte, deskriptive Version *Regulierung der Fruchtbarkeit* ersetzt.

#### **4.2 Der Aktionsplan von Kairo. Die Formulierung eines neuen, holistisch-integrativen bevölkerungs- und entwicklungspolitischen Paradigmas**

Auf der ICPD wurde der Versuch unternommen, einen multifokalen, holistisch-integrativen bevölkerungs- und entwicklungspolitischen Ansatz, der sowohl der Komplexität als auch der Interdependenz globaler Probleme gerecht wird, zu formulieren. Der Aktionsplan definiert in seinen einleitenden fünfzehn Grundsätzen, von denen sich die Konferenzteilnehmer leiten ließen, **Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik auf der Basis von Menschenrechten.**

In den Grundsätzen des Aktionsprogrammes wird anerkannt, daß „*alle Menschen frei sind und gleich an Würde und Rechten geboren...* Sie „*stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine tragfähige Entwicklung, und sind die wichtigste Ressource, die ein Land besitzt. Das Recht auf Entwicklung ist ein fundamentales Menschenrecht und die Förderung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Ge-*

161 Deen, Thalif 1994, S.46.

162 BIB-Mitteilungen, 22.12.1994, S.4.

163 Aschenbrenner 1994, S.38.

164 Höhn 1995, S.15.

*schlechter und der Ermächtigung der Frau sowie die Gewährleistung der Eigenentscheidung der Frau über ihre Fruchtbarkeit sind Eckpfeiler bevölkerungs- und entwicklungsrelevanter Programme. Die Menschenrechte der Frau und des weiblichen Kindes sind ein unveräußerlicher, integraler und unteilbarer Teil der allgemeinen Menschenrechte.*<sup>165</sup>

Die zentralen Inhalte des Aktionsplanes reflektieren die Erkenntnis, daß nur durch die Umsetzung eines umfassenden und integrativen Politikansatzes eine menschengerechte, tragfähige und nachhaltige Entwicklung im Kontext der Zielsetzungen des Aktionsprogrammes verwirklicht werden kann.<sup>166</sup>

Die Zielsetzungen sind:

- Beseitigung der **Armut** durch Investition in die Bereiche Grundschulbildung, Hygiene, Trinkwasser, Wohnungswesen, angemessene Nahrungsmittelversorgung und Infrastruktur. Trotz jahrzehntelanger Entwicklungsbestrebungen ist die Kluft zwischen reichen und armen Ländern ebenso wie die Ungleichheiten innerhalb der Länder noch größer geworden. Die Anzahl der in Armut lebenden Menschen, die Mehrzahl davon sind Frauen, beläuft sich auf ungefähr eine Milliarde und steigt weiterhin an. Die Feminisierung der Armut ist seit kurzem auch ein signifikantes Problem in den Transformationsländern.
- **Nachhaltiges Wirtschaftswachstum** im Sinne einer langfristigen Tragfähigkeit von Produktion und Verbrauch in allen Wirtschaftsbereichen um einen

umweltgerechten Ressourceneinsatz zu optimieren.<sup>167</sup>

- **Bildung**, insbesondere für Mädchen; dieser zentrale Faktor wird sowohl im Kapitel zur Gleichberechtigung und Stärkung der Frau, als auch im Kapitel zur Förderung des weiblichen Kindes aufgegriffen.

Weltweit leben ca. 960 Millionen erwachsene Analphabeten, zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Es gibt 130 Millionen Kinder, die keine Grundschule besuchen, 70 Prozent davon sind Mädchen. Bildung ist das wichtigste Instrument zur Befähigung der Frau, durch Wissen, Fertigkeiten und Selbstvertrauen sich voll am Entwicklungsprozeß zu beteiligen.

- **Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter.**
- **Anerkennung des Wertes weiblicher Kinder** für ihre Familie und die Gemeinschaft. Aufwertung ihrer Stellung durch die Einführung und Implementierung von bildungs- und sozialpolitischen Regelungen, die ihre volle Beteiligung an der Entwicklung der Gesellschaft, in der sie leben, fördern. Förderung der Gleichbehandlung von Mädchen und Jungen bei der Ernährung, denn Überleben darf keine Frage des Geschlechts sein, Gesundheitspflege, Bildung und soziale, wirtschaftliche und politische Betätigung sowie gleiche Erbrechte.
- **Schutz, Unterstützung und Förderung der Familie als Kernzelle der Gesell-**

<sup>165</sup> Aktionsprogramm der ICPD 1994, Kap. II, S.11-14

<sup>166</sup> Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.9.

<sup>167</sup> In Grundsatz 15 wird in diesem Kontext auf die besondere Verantwortung der

Industrieländer verwiesen. Sie sollen „weiterhin ihre Anstrengungen verstärken, um ein nachhaltiges Wachstum zu fördern“, und Unausgewogenheiten in einer Weise auszugleichen, ...die insbesondere Entwicklungsländern, nützen kann.“

schaft bei Achtung der Pluralität der Familienformen.

- **Senkung der Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit.**
- Ermöglichung des universalen Zugangs zu Diensten für reproduktive Gesundheit, einschließlich Familienplanung und sexueller Gesundheit.

Bevölkerungspolitische Ziele und Konzepte sollen im Sinne dieses umfassenden entwicklungspolitischen Paradigmas zum integralen Bestandteil der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, deren Hauptziel die Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen ist, werden. Die Eckpfeiler des Aktionsprogramms zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen, „*Gleichberechtigung der Geschlechter, Gleichstellung und Ermächtigung der Frau*“ (Kap. IV) und „*Rechte bezüglich der Fortpflanzung und Reproduktive Gesundheit*“ (Kap. VII), werden im Folgenden näher in den Blick genommen.

#### 4.3 Gleichberechtigung der Geschlechter und Empowerment der Frau

Als Eckpfeiler bevölkerungs- und entwicklungsrelevanter Programme werden im Grundsatz 4 des Aktionsprogrammes die Förderung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter, die Ermächtigung der Frau auf der Grundlage einer harmonischen Partnerschaft zwischen Frauen und Männern sowie die Gewährleistung der **Eigenentscheidung der Frau über ihre Fruchtbarkeit** genannt. Die Wiener Erklärung über die Menschenrechte der Frau und des weiblichen Kindes wird im Dokument ausdrücklich bekräftigt und die volle und gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen im staatsbürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und

sozialen Leben auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene gefordert. Die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wird als vorrangiges Ziel der internationalen Gemeinschaft definiert.

Die Erkenntnis, daß eine „*anhaltende Armut, sowie schwerwiegende Ungleichheiten im sozialen Bereich und zwischen den Geschlechtern einen erheblichen Einfluß auf demographische Parameter wie Bevölkerungswachstum, -struktur, und -verteilung haben*,“<sup>168</sup> hat dazu geführt, daß die Stärkung der Frauen und des weiblichen Kindes auf rechtlicher, politischer, ökonomischer und sozialer Ebene im Aktionsplan von Kairo als wertvolles entwicklungspolitisches Ziel in sich und zugleich als Voraussetzung zur Erreichung eines menschengerechten, nachhaltigen Entwicklungspfades, der die Stabilisierung des Bevölkerungswachstums mit einschließt, formuliert wurde.

Der Abbau patriarchaler Strukturen, geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Ausbeutung sind auch für Klaus M. Leisinger, Autor der Buches „*Hoffnung als Prinzip*“, „*prinzipielle Voraussetzungen für den Erfolg entwicklungspolitischen Handelns, ohne die auch bevölkerungspolitische Zielsetzungen nicht erreichbar sind - zumindest nicht auf ethisch akzeptablem Wege.*“<sup>169</sup>

Um Frauen die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen und die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen, gilt es jedoch, noch viele Hindernisse zu überwinden.

Noch bestehende geschlechtsbedingte Disparitäten können durch zwei einfache, zusammengesetzte Indices, die auf leicht zugänglichen Daten beruhen, erfaßt und

168 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.15.

169 Leisinger 1993, S. 369.

nachgewiesen werden. Der **gender-related development index GDI**, nimmt eine Bereinigung des Index für menschliche Entwicklung HDI vor, um die Gleichstellung bzw. noch fortbestehenden Disparitäten der Geschlechter bei Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen zu berücksichtigen und konzentriert sich damit auf die Erweiterung der Fähigkeiten von Männern und Frauen. Der **gender empowerment measure GEM**, der das Maß für die Ermächtigung der Geschlechter untersucht, d.h. ob Männer und Frauen in der Lage sind, aktiv am wirtschaftlichen und politischen Leben mitzuwirken und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Er konzentriert sich auf den Einsatz der Fähigkeiten zur Wahrnehmung der Chancen im gesellschaftlichen Leben.<sup>170</sup>

Der GDI zeigt bei Schätzungen für 130 Länder, für die ausreichend vergleichbare Daten vorliegen, daß kein einziges Land auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung auf einem höheren Niveau von Fähigkeiten und Möglichkeiten zurückgeblieben ist, jedoch keine Gesellschaft Frauen ebenso gut wie Männer behandelt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern, das belegt das GDI-Ranking deutlich, ist - und das stimmt hoffnungsvoll - nicht vom Einkommensniveau einer Gesellschaft abhängig. Sie kann auf allen Einkommensstufen vorangetrieben werden. Voraussetzung ist kein enormer finanzieller Reichtum, sondern ein klares politisches Engagement.

China liegt mit seinem GDI-Wert zum Beispiel 10 Ränge über Saudi-Arabien, obgleich sein reales Pro-Kopf-Einkommen (in PPP\$) nur ein Fünftel so hoch ist. Thailand ist höher eingestuft als Spanien, bei einem kaum halb so hohen Pro-Kopf-Einkommen. Polen liegt 50 Ränge über Syrien, obwohl

beide Länder auf dem gleichen Einkommensniveau liegen.<sup>171</sup>

Beim GEM, der die Mitwirkung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Beruf mißt, führen die nordischen Länder - ebenso wie bei den GDI-Werten - und überschreiten als einzige die kritische 30 Prozent Schwelle für die wirksame gesellschaftliche Beteiligung von Frauen. Entwicklungsländer wie Barbados, die Bahamas, Trinidad und Tobago, Kuba, Costa Rica, Guyana, Kolumbien und die Philippinen, weisen in der Rangskala teilweise deutlich bessere Werte als Industrieländer auf. Der GEM-Wert von Trinidad und Tobago ist mit 0,533 höher als der entsprechende Wert für die Schweiz, Ungarn, das Vereinigte Königreich, Spanien, Japan oder Frankreich.<sup>172</sup> China, Costa Rica und Kuba haben höhere GEM-Werte als Japan oder Frankreich. Für Nicaragua und die Philippinen sind die GEM-Werte höher als für Griechenland. Simbabwe und Cap Verde weisen höhere Werte als die Türkei oder die Republik Korea auf. Die bessere Einstufung geht auf eine Politik dieser Länder zurück, Frauen viele wirtschaftliche und politische Chancen zu eröffnen, die ihnen in anderen Ländern verschlossen blieben. Aus all dem ergibt sich, so die Autoren des Human Development Report, eine klare politische Botschaft: In den meisten Industrie- und Entwicklungsländern haben Frauen immer noch keinen Zugang zu den Schaltzentralen der wirtschaftlichen und politischen Macht. Frauen, die wirklich Macht ausüben und Entscheidungen treffen können, bilden überall auf der Welt eine klare Minderheit.<sup>173</sup> Die erweiterten Fähigkeiten kata-

<sup>170</sup> United Nations Development Programme 1995, S. 73.

<sup>171</sup> United Nations Development Programme 1995, S.75-78.

<sup>172</sup> United Nations Development Programme 1995, S.83.

<sup>173</sup> United Nations Development Programme 1995, S.86.

pultieren Frauen nicht automatisch in die Machtzentren der Gesellschaft. Die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen stellt somit weiterhin eine große, nicht primär finanz-, sondern bewußtseinspolitische Herausforderung für die Zukunft dar. Hier geht es, wie im Aktionsplan richtig formuliert und durch das GDI/GEM-Ranking für die Empirie belegt, um Veränderungen von Lebensweisen, sozialen Normen oder staatlichen, grundsatzpolitischen Konzeptionen, die weitgehend durch eine stärkere Bürgerbeteiligung und politische Führung herbeigeführt und auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden können.<sup>174</sup>

*„It requires a long term process in which all cultural, social, political and economic norms undergo fundamental change. It also requires a new way of thinking, in which stereotyping of women and man no longer limits their choices, but gives way to a new philosophy that regards all people as essential agents of change and views development as a process of enlarging the choices of both sexes, not just one“<sup>175</sup>*

Wie schwierig es auch in einem „1. Welt Land“ nach wie vor ist, neben der de-jure auch die de-facto-Gleichstellung, d.h. die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere in Entscheidungspositionen, zu erreichen, belegen die Ergebnisse der 1994 veröffentlichten Studie des Bundesministeriums für Frauen und Jugend *„Gleichberechtigung von Frauen und Männern - Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung 1994“*.<sup>176</sup>

Als größtes Hindernis erweist sich nach wie vor auch in der sogenannten entwickelten

Welt der im Human Development Report 1995 mit Nachdruck eingeforderte Bewußtseinswandel und damit implizit die Aufgabe zählebiger Geschlechterrollenstereotypisierungen, die sich von Generation zu Generation perpetuieren und die Weiblichkeit immer noch mit hegen, pflegen, schützen, nähren, sich bescheiden, dienen, gehorchen und sich unterwerfen<sup>177</sup> gleichsetzen. Nur wenn es gelingt, diesen tiefgreifenden gesellschaftlichen Bewußtseinswandel einzuleiten und die Stellung der Frauen zu verbessern, wird auch ihre Entscheidungsfähigkeit in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bereich Sexualität und Fortpflanzung gestärkt werden.<sup>178</sup> Dies wiederum ist für den langfristigen Erfolg von Bevölkerungsprogrammen wesentlich, denn die *„Erfahrung zeigt, daß Bevölkerungs- und Entwicklungsprogramme am wirksamsten sind, wenn zugleich auch Maßnahmen zur Verbesserung der Stellung der Frau ergriffen wurden.“<sup>179</sup>*

Die Auswirkungen der Bildung von Frauen auf die Fertilität - ein höheres Heiratsalter, eine selbstbewußtere Inanspruchnahme gesundheitlicher Dienste und eine verstärkte Anwendung von Verhütungsmitteln - sind umfassend dokumentiert und zeigen, daß unabhängig von Einkommen und Klassenzugehörigkeit ein starker Zusammenhang zwischen der Bildung der Frau und der Anwendung von Kontrazeptiva besteht.

174 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S. 9.

175 United Nations Development Programme 1995, S.99.

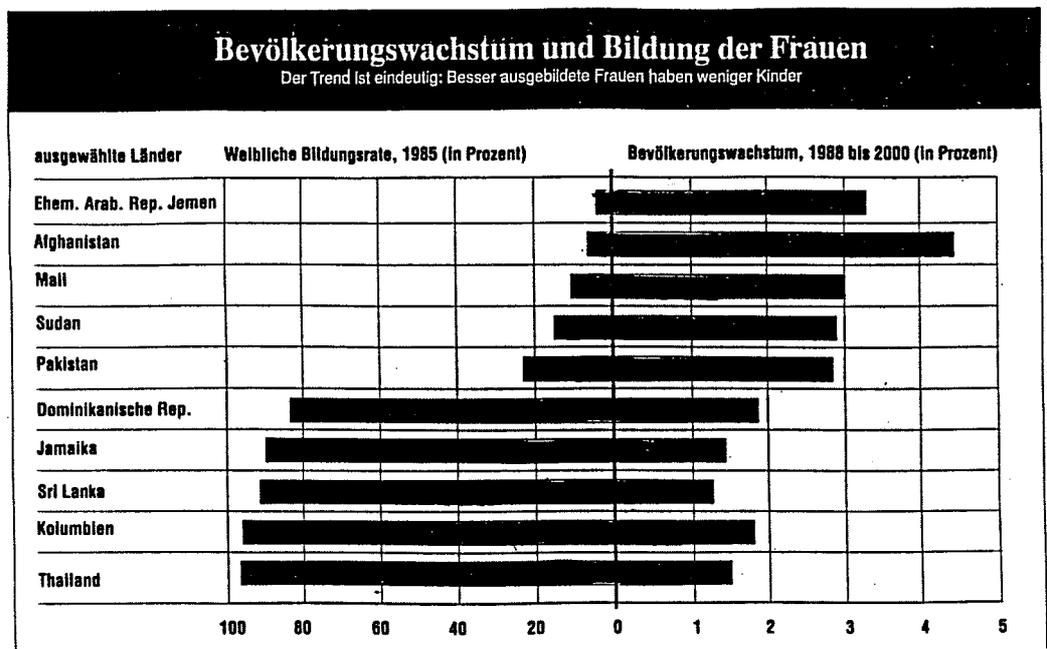
176 Aktionsprogramm der ICPD 1994.

177 Schmerl 1989, S. 141.

178 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.24.

179 Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.24.

Abb.8



Quelle: UN 1995

#### 4.4 Reproduktive Rechte und das Konzept der reproduktiven Gesundheit

Mit dem Konzept der reproduktiven Rechte und reproduktiven Gesundheit betrat die Konferenz in Kairo Neuland. Das Aktionsprogramm lenkte den Blick über die Themen der Familienplanung und Fertilität hinaus auf einen umfassenden gesundheitspolitischen Ansatz, in dem Familienplanung im weiteren Kontext der reproduktiven Gesundheit und diese wiederum als wesentliches Element der Basisgesundheit verstanden wird. Dies ist das Ergebnis „einer Evolution des Nachdenkens über Gesundheit und Familienplanung“.<sup>180</sup> Vor dem Hintergrund des Scheiterns isolierter Familienplanungspolitiken (Kap.3) sollen Familienplanungsdienste nun, „wenn auf die Bedürfnisse der Menschen nach reprodukti-

ver und sexueller Gesundheit eine Antwort gefunden werden soll“<sup>181</sup>, in den weiteren Rahmen der allgemeinen Gesundheitsversorgung einbezogen werden.

##### 4.4.1 Das Konzept der reproduktiven Rechte

Das Konzept der **reproduktiven Rechte** umfaßt bestimmte Menschenrechte, die in nationalen Rechtsvorschriften, völkerrechtlichen Menschenrechtsdokumenten und anderen Dokumenten der Vereinten Nationen bereits festgeschrieben und anerkannt wurden. Sie stützen sich auf das Grundrecht aller Paare und Individuen, frei und eigenverantwortlich über die Anzahl, den Geburtenabstand und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden und über die diesbezüglichen Informationen und Mittel zu verfügen.

<sup>180</sup> United Nations Population Fund 1995, S.35.

<sup>181</sup> United Nations Population Fund 1995, S.35.

Familienplanungsmaßnahmen und bevölkerungspolitische Konzepte müssen auf die Basis der Menschenrechte gestellt werden, um eine reproduktive Entscheidung frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt zu ermöglichen.

Die Beispiele aus der familienplanerischen Praxis zeigten, daß eine freie, informierte reproduktive Entscheidung keineswegs selbstverständlich ist, wenn sich die Programme primär an demographischen Vorgaben orientieren oder gesundheitsgefährdende Langzeitkontrazeptiva einsetzen. Die verantwortungsbewußte Ausübung dieser Rechte soll vom Staat und der Gesellschaft durch grundsatzpolitische Konzeptionen und Programme auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit, einschließlich Familienplanung, ermöglicht werden.<sup>183</sup> Damit bereits Jugendliche lernen, ihre Sexualität positiv, verantwortungsbewußt und mit Achtung vor der Würde ihres Partners zu leben, soll gerade dieser Zielgruppe, bei der ein erhöhter Aufklärungs- und Dienstleistungsbedarf verortet werden kann, hohe Aufmerksamkeit zuteil werden.

#### 4.4.2 Das Konzept der reproduktiven und sexuellen Gesundheit

Reproduktive Gesundheit wird im §7.2 des Aktionsprogramms als ein „Zustand uneingeschränkter körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens - und nicht nur das Nichtvorhandensein von Krankheit oder Gebrechen - bei allen Aspekten, die mit den Fortpflanzungsorganen und ihren Funktionen und Prozessen verbunden sind,“ definiert. „Reproduktive Gesundheit bedeutet deshalb, daß Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und daß sie die Fähig-

*keit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben ob, wann und wie oft sie hiervon Gebrauch machen wollen.“*

Mit dieser Festschreibung reproduktiver Gesundheit rekurriert das Aktionsprogramm auf eine WHO-Definition, die auf der PrepCom III allen Delegationen vorgelegt wurde.

Das umfassende WHO-Konzept Reproduktive Gesundheit während des gesamten Lebenszyklus visualisiert deutlich in Schaubild 9, mit welchen Diensten reproduktive Gesundheitsprogramme den gesundheitlichen Problemen im Verlauf des gesamten Lebenszyklus begegnen wollen und spiegelt zugleich den ganzheitlichen Anspruch des Konzepts wieder.

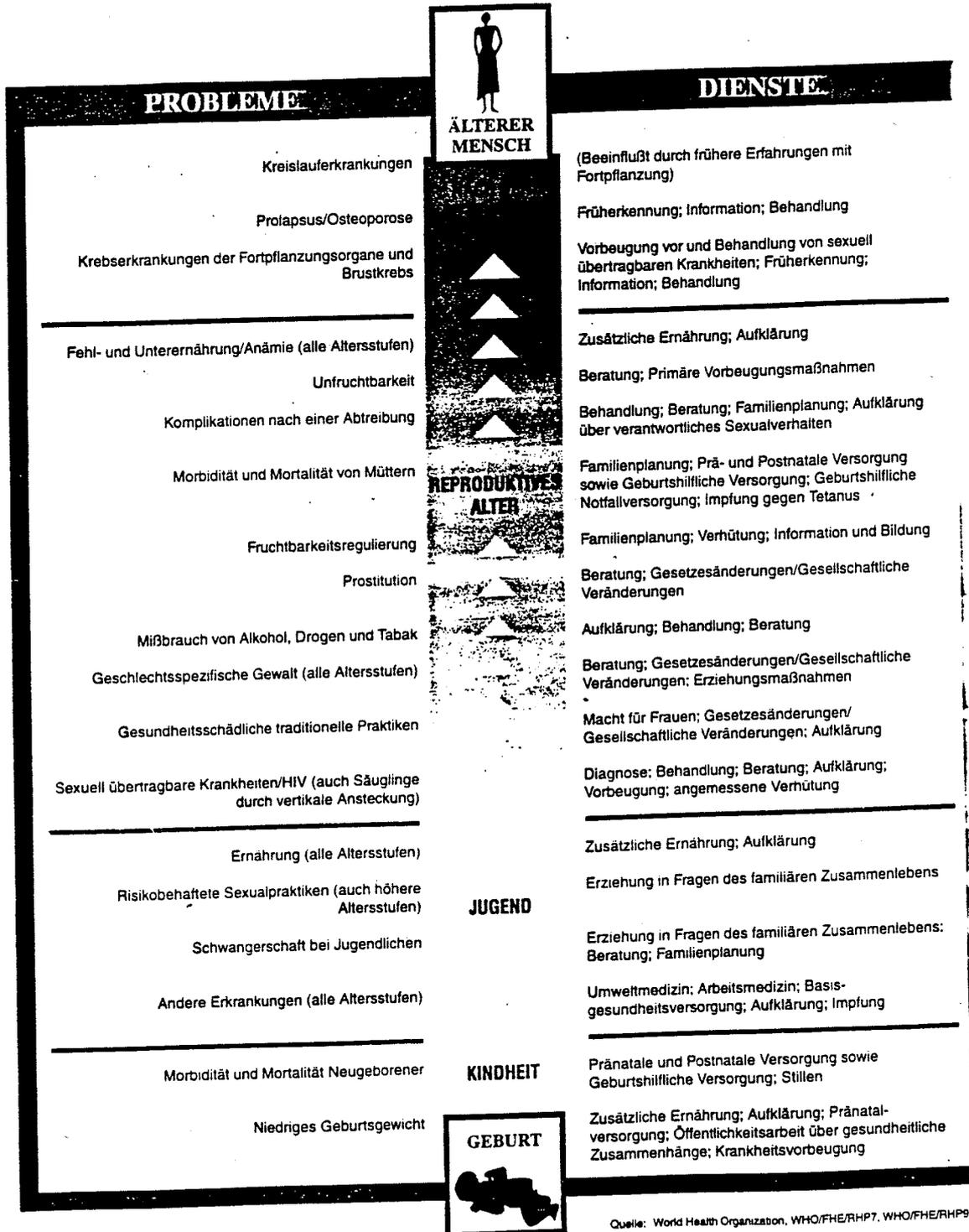
Die Definition Reproduktiver Gesundheit im Aktionsprogramm wirft jedoch immer noch einen eingeschränkten Blick auf den Menschen und seine Gesundheit während seiner reproduktiven Phase.<sup>184</sup> Ohne Zweifel ist dieser Lebensabschnitt insbesondere für Frauen mit erhöhten gesundheitlichen Risiken behaftet und verdient darum verstärkte Aufmerksamkeit, doch der ganzheitliche Ansatz von Kairo verlangte nach einer umfassenderen Betrachtung des Menschen und seiner gesundheitlichen Probleme. Nur jene Phase in den Blick zu nehmen, aus der sich zugleich Möglichkeiten der Einflußnahme auf demographische Zielfaktoren ergeben, widerspricht dem Anspruch, Menschen ganzheitlich zu betrachten. Das Wohlbefinden und die Gesundheit insbesondere der Frauen kann jedoch nur sichergestellt werden, wenn man sich ihrer spezifischen Probleme von

<sup>183</sup> Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.46f.

<sup>184</sup> gemeint ist hier nur der Wortlaut der Definition Reproduktive Gesundheit.

Abb. 9

Reproduktive Gesundheit während des gesamten Lebenszyklus



Quelle: World Health Organization, WHO/FHE/RHP7, WHO/FHE/RHP9

Quelle: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1995

Geburt an annimmt und sie auch nach ihrer reproduktiven Phase medizinisch weiter betreut. Darum hätte in Anlehnung an das WHO-Konzept eine explizite Aufnahme der Formulierung „*Reproduktive Gesundheit während des gesamten Lebenszyklus*“ in die Definition, den umfassenden Ansatz von Kairo noch besser unterstützt. Die Weiterentwicklung der Begrifflichkeit hin zur Festschreibung weiblicher/ menschlicher Gesundheit könnte in Zukunft einen ganzheitlichen gesundheitspolitischen Anspruch in der Entwicklungszusammenarbeit noch deutlicher unterstreichen.

Zur Wahrnehmung reproduktiver Rechte ist der Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden und der Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, die es der Frau ermöglichen, Schwangerschaft und Entbindung sicher zu überstehen und ein gesundes Kind zu bekommen, unbedingte Voraussetzung. Im Abschlußdokument wird reproduktive Gesundheit und die Pflege und Erhaltung derselben als das Zusammenwirken von Methoden, Verfahren und Dienstleistungen verstanden, die zur reproduktiven Gesundheit, zum Wohlbefinden durch Verhütung und zur Behebung von Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit beitragen. „*Sie umfasst auch die sexuelle Gesundheit, deren Zweck die Bereicherung des Lebens und der persönlichen Beziehungen und nicht lediglich Beratung und Betreuung in bezug auf Fortpflanzung und durch Geschlechtsverkehr übertragene Krankheiten ist.*“<sup>185</sup>

In der Peking Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz vom 4.-15.9.1995 konnte auf dem Gebiet sexueller Rechte ein entscheidender Durchbruch um das Konzept der sexuellen Selbstbestimmung, welches niemals zuvor auf einer Weltkonfe-

renz der Vereinten Nationen definiert und festgeschrieben wurde, verzeichnet werden. Die **Beijing Declaration and Platform for Action** schreibt das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung als integralen Bestandteil der Menschenrechte fest: „*The human rights of women include their right to have control over and decide freely and responsibly on matters related to their sexuality, including sexual and reproductive health, free of coercion, discrimination and violence. Equal relationships between women and men in matters of sexual relations and reproduction, including full respect for the integrity of the person, require mutual respect, consent and shared responsibility for sexual behaviour and its consequences.*“<sup>186</sup>

Mit dem Konzept der sexuellen Selbstbestimmung ging Peking an einem entscheidenden Punkt, an dem sich das Verhältnis der Geschlechter konkretisiert, über den Kairoer Konsens zur sexuellen Gesundheit hinaus und schrieb das Recht der Verfügungsgewalt über den eigenen Körper - Voraussetzung für selbstbestimmte reproduktive Entscheidungen - der authentischen Kompetenz der einzelnen Frau zu.

Das Kairoer Abschlußdokument fordert alle Länder auf, reproduktive Gesundheit allen Menschen im geeigneten Alter baldmöglichst und spätestens bis zum Jahr 2015 über das System der Basisgesundheitsversorgung zugänglich zu machen.<sup>187</sup>

Sie sollen weiterhin bis ins Jahr 2015 für einen universalen Zugang zu einem vollständigen Angebot sicherer und verlässlicher Familienplanungsmethoden sowie zu

<sup>185</sup> Aktionsprogramm der ICPD 1994, S.46.

<sup>186</sup> Beijing Declaration and Platform for Action 1995, § 97.

<sup>187</sup> Aktionsprogramm der ICPD 1994, Paragraph 7.6

den entsprechenden reproduktiven Gesundheitsdiensten sorgen.

Programme der reproduktiven Gesundheitsversorgung sollten Beratung, Information, Aufklärung, Kommunikation und Dienste für Familienplanung, Aufklärung und Dienstleistungen in Bezug auf Schwangerschaftsvorsorge, ungefährliche Entbindung und postnatale Betreuung - besonders Stillen - gesundheitliche Versorgung von Säuglingen und Frauen, Verhütung und entsprechende Behandlung der Unfruchtbarkeit, Schwangerschaftsabbruch im Sinne des bereits aufgeführten §8.25 - einschließlich der Verhütung von Schwangerschaftsabbrüchen und der Behandlung der Folgen einer Abtreibung - Behandlung von Infektionen des Reproduktionstraktes durch Geschlechtsverkehr übertragene Krankheiten und andere Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit, und Information, Aufklärung bzw. Beratung über Humansexualität und verantwortungsvolle Elternschaft einbeziehen. Die Überweisung an Familienplanungsdienste und andere Stellen zur weiteren Diagnose und Behandlung wegen Komplikationen bei Schwangerschaft, Entbindung und Abtreibung, Unfruchtbarkeit und Infektionen des Fortpflanzungstraktes, Krebserkrankungen der Fortpflanzungsorgane, bei durch Geschlechtsverkehr übertragenen Krankheiten und HIV/AIDS sollten nach Erfordernis immer zur Verfügung stehen. Menschenverachtende Praktiken, wie die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane bei Initiationsriten sollten innerhalb der Programme zur Pflege der reproduktiven Gesundheit bekämpft werden.<sup>187</sup>

Frauen ist der Zugang zu Führungspositionen innerhalb reproduktiver Gesundheitsprogramme zu ermöglichen, sie sind an

Planung, Entscheidungsfindung, Durchführung und Evaluierung von Familienplanungsprogrammen zu beteiligen, um sicherzustellen, daß ihre Bedürfnisse und die des weiblichen Kindes frühzeitig erkannt und in die Maßnahmen miteinbezogen werden.

Eine verbesserte reproduktive Gesundheit ist überlebenswichtig und zugleich eine Hauptvoraussetzung für soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Dies zeigen Erfahrungen aus Singapur, der Republik Korea, Malaysia, Thailand und einer steigenden Zahl weiterer Entwicklungsländer. Darum wurden in Kairo zur Verringerung **der Säuglings-, Kleinkinder- und Müttersterblichkeit** im Abschlußdokument klare quantitative Ziele gesetzt. In Paragraph 8.13 werden die Länder dazu aufgefordert, bis ins Jahr 2015 die Sterblichkeit von Säuglingen auf weniger als 35 Todesfälle pro 1000 Lebendgeburten und die Sterblichkeit der Kindern unter fünf Jahren auf 45 Todesfälle pro 1000 Lebendgeburten zu senken.

Die Müttersterblichkeit soll bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte des Standes von 1990 und bis zum Jahr 2015 ein weiteres mal um die Hälfte reduziert werden. Denn immer noch sterben wenigstens eine halbe Millionen Frauen infolge einer Schwangerschaft oder Geburt. 99 Prozent dieser Fälle werden in Entwicklungsländern verzeichnet<sup>188</sup> und auf jeden Todesfall einer Mutter kommen Hunderte von Frauen, die erkranken oder infolge von Schwangerschaft und Geburt bleibende körperliche Schäden erleiden. Das Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist hier besonders hoch. Die WHO stellte fest, daß das Sterberisiko infolge einer Schwangerschaft oder

<sup>187</sup> Aktionsprogramm der ICPD 1994, Paragraph 7.6

<sup>188</sup> United Nations Population Fund 1995, S.12 und Aktionsprogramm der ICPD 1994, Paragraph 8.19

Entbindung bei 1 aus 20 in den Entwicklungsländern gegenüber 1 aus 10.000 in den Industriestaaten liegt. Wobei das jeweilige Alter der Frau, der Geburtenabstand und die Gesamtzahl der Schwangerschaften sowie die soziokulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen, in denen Frauen leben, maßgeblich die Morbidität und die Sterblichkeit von Müttern beeinflussen.

Alle Länder sollen die Morbidität und Mortalität von Müttern, so Paragraph 8.21, auf einen Stand reduzieren, bei dem beide kein öffentliches Gesundheitsproblem mehr darstellen. Wann dieser Stand erreicht ist, das festzulegen überläßt der Aktionsplan leider dem Definitions- und Konkretionswillen der Unterzeichnerstaaten.

Von der entschlossenen Umsetzung des holistischen entwicklungspolitischen Ansatzes der ICPD, seiner Weiterentwicklung und Konkretisierung wird es abhängen, ob die Lebensverhältnisse der Frauen und Kinder, einschließlich ihrer Gesundheitsversorgung, verbessert und damit ihr Überleben gesichert werden können.

**Familienplanungsprogramme** werden, wie bereits dargestellt, als integrativer Bestandteil reproduktiver Gesundheit umfassender Basisgesundheitsversorgung definiert. Sie sollen sowohl auf die Bedürfnisse von Frauen, als auch auf die der **Männer und männlichen Jugendlichen** abgestimmt sein. Die Wahrnehmung und Einbeziehung der **Männer als eigenständige Zielgruppe** von Familienplanungsprogrammen ist vor dem Hintergrund, daß es in traditionellen Gesellschaften meist Männer sind, die reproduktive Entscheidungen treffen, besonders wichtig. *„Als Ehemänner oder Familienhäupter, ...Partner, als politische und religiöse Führer, als Gemeindevorsteher und in beruflich leitenden Positionen nehmen sie eine wichtige Rolle in der Familienplanung ein. Sie können auf*

*unterschiedlichen Entscheidungsebenen Familienplanungsprogramme behindern oder unterstützen.“*<sup>189</sup> Darum sollen innovative Programme entwickelt werden, um Männern und männlichen Jugendlichen Informationen, Beratung und Dienstleistungen für reproduktive Gesundheit zugänglich zu machen und sie zur Übernahme von Verantwortung in den Bereichen der Partnerschaft, Sexualität und Fortpflanzung sowie der Elternschaft zu motivieren und darüber hinaus ihnen ihre *„Hauptverantwortung für die Verhütung von durch Geschlechtsverkehr übertragbare Krankheiten“*<sup>190</sup> und AIDS bewußt zu machen. Insbesondere die rapide Ausbreitung von HIV/AIDS - weltweit haben sich seit Ende der 70er Jahre 19,5 Millionen Menschen mit HIV infiziert - allein 1,5 Millionen Neuinfektionen wurden von der WHO für die zweite Jahreshälfte 1994 geschätzt und bis zum Ende des Jahrhunderts muß mit rund 40 Millionen HIV-Infizierten gerechnet werden<sup>191</sup> - erfordert die Integration der Männer in Familienplanungsmaßnahmen und intensivere Anstrengungen, diese stärker mit Maßnahmen zur AIDS-Prävention zu verbinden. Sie sollten bereits bei den männlichen Jugendlichen in Schulen, Ausbildungsstätten und im Freizeitbereich einsetzen, um positive Verhaltensänderungen in Hinblick auf den Umgang mit der eigenen Sexualität und Zeugungsverantwortung, sowie der Einstellung gegenüber ihren Sexualpartnerinnen zu initiieren.<sup>192</sup>

189 Riedelberger 1993, S.9f.

190 Aktionsprogramm der ICPD 1994, Paragraph 7.8.

191 Aktionsprogramm der ICPD 1994, Paragraph 8.28.

192 Riedelberger 1993, S.133 und Aktionsprogramm der ICPD 1994, Paragraph 7.8.

Abb. 10  
 HIV infection and AIDS among women and men up to mid-1994

	Estimated adult HIV infections	Estimated adult AIDS cases	Cumulative reported AIDS cases (adult + pediatric)	Estimated percentage of HIV infections who are women
Australasia	>25,000	>5,000	5,158	14-17
North America	>1 million	>450,000	421,418	14-17
Western Europe	>500,000	>150,000	111,877	14-17
Eastern Europe and central Asia	>50,000	>7,000	3,932	14-17
Northern Africa and western Asia	100,000	>15,000	1,302	20
Sub-Saharan Africa	>10 million	2 million	330,805	52-55
Latin America and Caribbean	2 million	>400,000	102,359	20
South and south-eastern Asia	>2.5 million	250,000	7,195	25-33
Eastern Asia and Pacific	50,000	>2,000	1,073	14-17
World	>16 million	>3 million	985,119	40

Source: World Health Organization, "The HIV/AIDS pandemic: 1994 overview", WHO/GPA/TCO/SEF/94.4 (Geneva, 1994).

Note: Estimated adult HIV infections and AIDS cases are from late 1970s/early 1980s to mid-1994.

Quelle: UN 1995a

Gerade die Frauen sind „aufgrund der für sie bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Nachteile besonders anfällig für auf sexuellem Weg übertragbare Infektionen, einschließlich HIV“<sup>193</sup> Der Zugang und die Anwendung qualitativ einwandfreier Kondome ist der einzig wirksame Weg zur Eindämmung von HIV-Neuinfektionen. Die stärkere Einbindung von Männern in die Verantwortung für Familienplanung, hat, resümiert I.Riedelberger<sup>194</sup>, die meisten Chancen, wenn sie von Maßnahmen begleitet ist, die zu einer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung von Frauen beitragen. Diese von Irmela Riedelberger in ihrer BMZ Studie „Einstellung von Männern zur Familienplanung und Möglichkeiten ihrer stärkeren Einbeziehung in Familienplanungsprogramme“ eingeforderte Integration von Empowerment und Reproductive Health in einen umfassenden, entwicklungspolitischen Ansatz wurde auf der ICPD vollzogen, so daß der Umsetzung dieses Dokumentes

193 Aktionsprogramm der ICPD 1994, § 7.28

194 Riedelberger 1993.

sowohl auf entwicklungs- als auch bevölkerungspolitischer Ebene erfolgreiche Perspektiven zugemessen werden können. Wie Kapitel drei jedoch zeigte, orientierten sich die bisherigen Familienplanungsprogramme nicht an der Autonomie der Frauen und Männer, sondern primär an der nationalen Bevölkerungsstatistik, d.h. die Kriterien lagen meist auf

- der Quantität,
- Erreichbarkeit,
- und Verteilung der Dienstleitungen und weniger auf qualitativen Ansprüchen.

Die angebotenen Verhütungsmittel und -methoden, entzogen sich in der Anwendung meist:

- der Einflußnahme der Frauen,
- sie waren mit enormen gesundheitlichen Risiken behaftet, über die ihre Anwenderinnen nur unzureichend informiert wurden,
- eine qualifizierte Vor- und Nachsorge fand nicht oder nur unzureichend statt.

Das Aktionsprogramm von Kairo fordert vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit isolierten, qualitativ defizitären Familienplanungsprogrammen, daß Paare und Einzelpersonen ihre Ziele bezüglich der Fortpflanzung in einem Rahmen verwirklichen

können, der eine optimale Gesundheit und das Verantwortungsbewußtsein fördert und die Würde aller Menschen und ihr Recht auf die eigene reproduktive Entscheidung wahrt.

Die uneingeschränkte Ausübung des Menschenrechtes auf Familienplanung kann jedoch nur unter der Bedingung der Verbesserung der Qualität von Aufklärung, Kommunikation, Beratung und Diensten auf dem Gebiet der Familienplanung garantiert werden. Das Aktionsprogramm benennt als notwendige **Maßnahmen**, die zur **qualitativen Verbesserung der Familienplanungsprogramme** beitragen:

- Paaren und Einzelpersonen sollen je nach Alter, Gebärfähigkeit und gewünschter Familiengröße geeignete un-gefährliche und sichere Familienplanungsmethoden angeboten werden; sie sollen ihre reproduktive Entscheidung frei und informiert treffen können;
- Garantie einer vollständigen und genauen Information über verschiedene Familienplanungsmethoden, ihre jeweiligen gesundheitlichen Vor- und Nachteile und ihre Wirksamkeit im Kontext der HIV/AIDS-Prävention und bei anderen durch Geschlechtsverkehr übertragbaren Krankheiten;
- Dienstleistungen sollen sicherer, erschwinglicher und benutzergerechter werden;
- um dem hohen Anspruch reproduktiver Gesundheitsversorgung gerecht zu werden, muß für die Gesundheitsträger und das medizinische Personal die formale und nicht-formale Ausbildung, insbesondere im Bereich der zwischenmenschlichen Kommunikation und Beratung, verbessert werden;
- angemessene Vor- und Nachsorge von Verhütungsmittelanwenderinnen;

- Verfügbarkeit sachverwandter Dienste für reproduktive Gesundheit vor Ort oder Sicherstellung eines gut ausgebauten Überweisungssystems;
- qualitative, zeitnahe Bewertung der Dienste mittels wirksamer Management-Informationssysteme;
- Förderung des Stillens zur Verbesserung der Gesundheit von Mutter und Kind. Dabei werden Familienplanungsprogramme, die in Programme für reproduktive Gesundheit integriert werden und die Frauen an Planung, Bereitstellung, Leitung und Bewertung von Diensten voll beteiligen, am effektivsten sein. Die frühzeitige Partizipation der Adressatinnen und Adressaten in allen Projektphasen der Familienplanungsprogramme wird am ehesten dazu beitragen, ihre Interessen zu berücksichtigen und die Sünden der Vergangenheit in Gestalt overtener oder subtilen Zwangs, mangelhafter Information, des Einsatzes gesundheits-schädlicher Kontrazeptiva, und fehlender Vor- und Nachsorge zu vermeiden.

#### 4.5 Die Finanzierung des Aktionsprogrammes

Die Umsetzung und Implementierung der Ziele von Kairo kann jedoch nur gelingen, wenn genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Zusätzliche Investitionen sind in den Bereichen reproduktive Gesundheit und Familienplanung notwendig. Insgesamt enthält das Dokument Absichtserklärungen, im Jahre 2000 17 Milliarden Dollar für Bevölkerungsprogramme bereitzustellen. Das entspricht einer Verdreifachung der bisherigen Mittel. Im Jahre 2015 werden es dann 21,7 Milliarden Dollar sein. Das benötigte Finanzvolumen zur Umsetzung der Komponente Familienplanung wird vorraussichtlich \$10,2 Milliarden im Jahr 2000, \$11,5 Milliarden im Jahr 2005, \$12,6 Milliarden im Jahr 2100 und \$12,8

Milliarden im Jahr 2015 kosten. Die Komponente reproduktive Gesundheit wird voraussichtlich \$5,0 Milliarden im Jahr 2000, \$5,4 Milliarden im Jahr 2005, \$5,7 Milliarden im Jahr 210 und \$6,1 Milliarden im Jahr 2015 kosten.

Die Programme zur HIV/AIDS-Prävention und zur Verhütung durch den Geschlechtsverkehr übertragbarer Krankheiten wird bis ins Jahr 2015 \$1,5 Milliarden erfordern.

Für die Grundlagenforschung, Datenerhebung- und bewertung sollen \$300 Millionen im Jahr 2015 bereitgestellt werden. Dabei werden bis zu zwei Dritteln der Kosten weiterhin von den Ländern selbst getragen werden und bis zu einem Drittel aus externen Quellen gedeckt. Die Industriestaaten werden also voraussichtlich die Summe von 5,7 Milliarden Dollar jährlich bis zum Ende des Jahrhunderts tragen wobei im Dokument darauf verwiesen wird, daß die benötigten Mittel auch durch Einsparungen an anderen Stellen der Entwicklungshaushalte aufgebracht werden könnten. Diese Umverteilungsstrategie könnte jedoch für die Umsetzung dieses anspruchsvollen, umfassenden Konzeptes kontraproduktive Effekte provozieren. Im Vergleich zu den derzeitigen Militärausgaben ist keine der notwendigen Maßnahmen teuer. Einige Ziele, die Veränderung von Denk- und Verhaltensmustern voraussetzen, sind, wie bereits nachgewiesen, weniger von einem hohen Finanzvolumen als vom politisch-gestalterischen Willen abhängig und damit auch für finanzschwache Länder prinzipiell erreichbar.

##### **5 Internationale Bevölkerungspolitik: Perspektiven für eine menschengerechte, tragfähige und nachhaltige Bevölkerungsentwicklung**

Die umfassende entwicklungs- und bevölkerungspolitische Zielorientierung des Aktionsprogramms von Kairo ist prinzipiell geeignet, die notwendigen strukturellen, sozioökonomischen und politischen Reformen zur Erweiterung des Entscheidungs- und Handlungsspielraumes für Frauen und Männer in der Familienplanung einzuleiten und damit einen Beitrag zur Herstellung gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen, unter denen ein Wiederanknüpfen an die nachgewiesenen Phasen einer rationalen Fortpflanzungskultur, zu leisten. Durch das Konzept des Empowerment of Women versucht es, Frauen neben der Mutterrolle andere Quellen sozialer Anerkennung zu erschließen und ihnen zugleich, vermittelt über reproduktive Gesundheitsdienste, einen informierten und selbstbestimmten Zugang zu reproduktivem Wissen zu verschaffen. Das Aktionsprogramm basiert auf der Erfahrung, daß Geburtenkontrollprogramme - solange sie nicht integriert sind in notwendige strukturelle Reformen im komplexen Entwicklungszusammenhang von Menschenrechten, Frauenforderungen, Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Umweltpolitik - weiterhin wenig erfolgreich sein werden.

Wirkliche Wahlmöglichkeiten für Frauen zwischen alternativen, sozial geachteten Lebensführungen sollten darum geschaffen und Kinderzeugung und Erziehung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wie im Aktionsprogramm eingefordert, von beiden Geschlechtern getragen werden.

Entwicklungspolitische Reformen sind dabei zugleich Voraussetzung und Umfeld für eine menschengerechtere Bevölkerungspolitik. Darüber hinaus ist der multifokale Ansatz der ICPD Mitvoraussetzung zur Lösung globaler Probleme, denn *„Mißwirtschaft, die Vernachlässigung der ländlichen Entwicklung, verfehlte Entwick-*

lungsprojekte, fehlende Reformen zu einer gerechteren Einkommenverteilung, sowie politische Machtstrukturen, die für diese Defizite verantwortlich sind, diese und andere Faktoren sind viel wichtigere Ursachen der weitverbreiteten Armut und Not in der Dritten Welt, als das hohe Bevölkerungswachstum. Der Egoismus des Nordens, der sich in der Aufrechterhaltung einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung zu Lasten der Entwicklungsländer (Protektionismus, rigorose Schuldenpolitik) und dem Festhalten an nicht tragfähigen Produktions- und Verbrauchsstrukturen offenbart, ist mitverantwortlich für die Armut und Not der Dritten Welt.<sup>195</sup> Jede Reform in einem der hier aufgeführten Bereiche ist in Kairo als ein wertvolles entwicklungspolitisches Ziel in sich definiert worden und kann zugleich bevölkerungspolitisch wirksam werden, denn die Bereitschaft zur Geburtenlimitierung ist eine abhängige Variable von:

- der medizinischen Versorgung und dem allgemeinen Zugang zu Familienplanungsdiensten,
- der Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit,
- des Bildungsangebotes, besonders für Frauen und
- der relativen Einkommenssicherheit.

Bevölkerungspolitik kann folglich nicht Alibi für notwendige strukturpolitische Reformen sein. Sie sollten, wie in Kairo beschlossen, in entwicklungspolitische Strategien integriert werden. Integration bedeutet jedoch nicht, daß sie zur Geburtenlimitierung instrumentalisiert werden dürfen. Alle entwicklungs- und bevölkerungspolitischen Programme sollen ausgerichtet werden auf die Wahrung der Menschenrechte - insbesondere das 1968 in Teheran festgeschriebene Recht auf Fami-

lienplanung - und in Respekt vor den 1993 auf der Wiener Weltmenschrechtskonferenz proklamierten Frauenrechte: *"The human rights of women and of girl-child are an inalienable, integral and invisible part of universal human rights. The full and equal participation of women in political, civil, social and cultural life ... and the eradication of all forms of discrimination on grounds of sex are priority objectives of international community."*<sup>196</sup>

Wie kann Bevölkerungspolitik gestaltet werden, um die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Frauen und Männer wiederherzustellen, welche die Wahrnehmung reproduktiver Rechte erst ermöglichen?

**Kerala**, an der Südwestküste Indiens, ist ein Beispiel für eine erfolgreiche in strukturpolitische Maßnahmen integrierte Bevölkerungspolitik.

Mit 29 Millionen Einwohnern und 747 Menschen pro Quadratkilometer ist Kerala einer der am dichtesten bevölkerten Bundesstaaten Indiens. Die Geburtenrate beträgt 18,1 pro Tausend, im Vergleich zum indischen Durchschnitt von 29,5 im Jahre 1991<sup>197</sup> und liegt damit niedriger als die Thailands, Irlands oder Chinas. Die sozialistische Landesregierung Keralas sorgte für:

- eine gute, flächendeckende Basisgesundheitsfürsorge,
- eine niedrige Säuglingssterblichkeit,
- ein hohes Bildungsniveau insbesondere der Frauen,
- einen hohen gesellschaftlicher Status der Frau, gestützt durch matriarchalische Familienstrukturen,
- ökonomische Sicherheit
- und politische Partizipation.<sup>198</sup>

<sup>196</sup> World Conference on Human Rights 1995, S.33f.

<sup>197</sup> Randeria 1994b, S.242f.

<sup>198</sup> Randeria 1994b, S.250.

<sup>195</sup> Müller 1994, S.102f.

Obgleich das Pro-Kopf-Einkommen niedrig blieb, stellte die Regierung sozio-ökonomische Rahmenbedingungen her, die Frauen die Wahrnehmung ihrer reproduktiven Rechte und neue Quellen sozialer Anerkennung erschloß. Kerala ist aber auch ein Beispiel dafür, daß mit einer sinkenden Geburtenrate nicht gleichzeitig der ökonomische Wohlstand steigt.<sup>199</sup>

Daß trotz Massenarmut die Geburtenrate gesunken ist, zeigt, daß vor allem der hohe Status der Frauen und der politische Wille zu sozio-ökonomischen und gesundheitspolitischen Reformen Schlüsselfaktor für die Ermöglichung einer selbstbestimmten Fruchtbarkeitsplanung ist. Der bevölkerungspolitische Erfolg Keralas ist folglich auch das Ergebnis veränderter Budgetprioritäten und nicht eines hohen Finanzvolumens.

Empowerment bedeutet in diesem Kontext, es Frauen zu ermöglichen, ihre eigenen Prioritäten zu setzen. Dabei kann nicht automatisch vorausgesetzt werden, daß diese Rechte im Sinne der Geburten-senkung wahrgenommen werden. Das Menschenrecht auf Familienplanung gebietet implizit die Achtung vor der freien reproduktiven Entscheidung, eine große oder eine kleine Familie zu wählen.

Die historischen und aktuellen Erfahrungen zeigen jedoch, daß Frauen innerhalb eines gesellschaftlichen Rahmens, der ihre Persönlichkeit nicht auf das Gebären reduziert, sondern sie ermächtigt, sich jenseits der Mütterlichkeit neue Quellen sozialer Anerkennung im Rahmen ihrer Kultur zu erschließen. Sie gebären weniger Kinder als Frauen, deren einzige Quelle sozialer Macht die Mutterschaft ist.

Männer und insbesondere Frauen benötigen, um ihr Leben und ihre Fruchtbarkeit planen zu können, verbesserte gesell-

schaftspolitische Rahmenbedingungen, wie sie auch im Aktionsprogramm von Kairo eingefordert werden. Es sind dies:

- die Beseitigung der Armut,
- ein nachhaltiges ökologisch und sozial verträgliches Wirtschaftswachstum,
- Bildung, insbesondere für Mädchen,
- Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter,
- Schutz und Förderung der Familie,
- Senkung der Säuglings-, Kleinkinder- und Müttersterblichkeit und
- vor allem der Zugang zu Gesundheits- und Familienplanungsdiensten, die sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte bestärken, ihre Menschenwürde achten, die kulturellen Rahmenbedingungen berücksichtigen und die AdressatInnen auf allen Projektebenen als mitgestaltende Akteure integrieren.
- Die Dienste müssen auf der Freiwilligkeit der Person beruhen, d.h. frei sein von overtem oder subtilem Zwang durch z.B. Anreiz- und Prämiensysteme, wie sie in Kap. 3 vorgestellt wurden,
- die Zielgruppe soll unter allen geeigneten, ungefährlichen Methoden und Mitteln der Familienplanung wählen können
- und umfassend über deren Vorteile und gesundheitlichen Risiken aufgeklärt werden,
- für die Anwenderinnen, insbesondere hormoneller Verhütungsmittel, sollte eine qualifizierte medizinischen Betreuung zum Schutz ihrer Gesundheit gewährleistet sein,
- die Familienplanungsdienste sollten in ein umfassendes Basisgesundheitsystem integriert und durch Maßnahmen der Gesundheitserziehung und Sexualaufklärung, die als Zielgruppe bereits Kinder und Jugendliche in den Blick nimmt, begleitet werden.

<sup>199</sup> siehe Kapitel 2.1.

Familienplanungsdienste, die sich über diese Anforderungen hinwegsetzen, stehen weder im Einklang mit den Menschenrechten, noch haben sie Aussicht auf Erfolg. Sie erzeugen bei den Betroffenen ein nachhaltiges Mißtrauen gegenüber familienplanerischen Maßnahmen, weil sie ihre Würde verletzen, sie in ihrem eigenverantwortlichen Handeln schwächen und ihr physisches und psychisches Wohlbefinden beeinträchtigen.

Nur wenn Menschen als Subjekte und Akteure in familienplanerische Maßnahmen eingebunden werden, ist eine nachhaltige Stabilisierung der demographischen Entwicklung auf ethisch akzeptablem Wege zu erzielen.

- Akhter, Farida 1993: From Gender Gap to Gender Trap -The Focus of Population Control on Women. Critical Remarks, in: People's Perspectives, No.2, September '93, S.9
- Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD), Kairo, 5.-13. September 1994, in: Blaue Reihe, Nr.54, DGVN (Hrsg.), Bonn Dez.'94.
- Alexandratos, Nikos (Ed.) 1995: World Agriculture: Towards 2010, Food and Agriculture Organisation (FAO) Study, Chichester/ New York/ Brisbane/ Toronto/ Singapore.
- Arbeitsgruppe Ethnologie Wien 1989: Von fremden Frauen. Frausein und Geschlechterbeziehungen in nichtindustriellen Gesellschaften, Frankfurt a.M.
- Baladeux, Dieter 1985: Bevölkerungspolitik der Entwicklungsländer. Beurteilung der Maßnahmen seit der Weltbevölkerungskonferenz 1974, in: Forschungsberichte des BMZ, Bd.66, Köln.
- Barkat-e-Kuhda/ Abul Barkat 1994: The Bangladesh Family Planning Program: Key Programmatic Challenges and Priority Action Areas, prepared for the International Conference on Population and Development (ICPD), Cairo, September '94, Bangladesh.
- Becker, Gabriele/ Silvia Bovenschen u.a. 1977: Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes, Frankfurt a.M.
- Beijing Declaration and Platform for Action 1995, adopted by the Fourth World Conference on Women: Action for Equality, Development and Peace, United Nations (Hrsg.), Beijing, China 15.Sept.'95.
- Berer, Marge/ Sunanda Ray 1993: Women and HIV/AIDS. An international resource Book, London.
- Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die ICPD 1994, Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bonn 8.12.1993.
- Bericht über die Umsetzung des Konzepts für Förderung von Frauen in Entwicklungsländern. Unterrichtung durch die Bundesregierung 1990, in: Handbuch für internationale Zusammenarbeit, II A 3015, Vereinigung für Internationale Zusammenarbeit (Hrsg.), Baden-Baden November '90.
- BIB-Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 1994. Which population issues do matter in Cairo? 12 international Demographers pronounce themselves in view of the International Conference 1994 on Population and Development (ICPD 1994), Wissenschaftszentrum Bonn 30.-31.05.1994, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), Wiesbaden.
- BIB-Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 1994. Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD 1994), Eröffnungsansprachen, deutsche Redebeiträge, Konferenzbericht und Aktionsprogramm, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), Sonderheft 26, Wiesbaden.
- BIB-Mitteilungen 1994, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), 15. Jhg., 22.12.1994, S.3, Wiesbaden.
- Die Bibel. Die heilige Schrift des Alten und Neuen Bundes 1969, vollst. dt. Ausgabe bearb. in Abstimmung mit der Jerusalemer Bibel, Freiburg i.Br.
- Birg, Herwig/ Helmuth Koch 1987: Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.
- Birg, Herwig 1989: Johann Peter Süßmilch und Thomas Robert Malthus - Marksteine der bevölkerungswissenschaftlichen Theoriebildung, in: Rainer Mackensen/ Lydia Thill- Thouet/ Ulrich Stark (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt a.M./ New York.

- Birg, Herwig 1992a: Der Konflikt zwischen Space Ethics und Lifeboat Ethics und die Verantwortung der Bevölkerungstheorie für die Humanökologie, in: DGVN (Hrsg.): Raumschiff oder Rettungsboot? Berichte, Informationen, Meinungen, No. 40, Bonn.
- Birg, Herwig 1992b: Der Konflikt zwischen Spaceship Ethics und Lifeboat Ethics in Bevölkerungstheorie und Humanökologie, in: Internationale Zeitschrift für ausländische Absolventen der TU-Berlin, Nr.16/17, S. 10-16, Berlin.
- Birg, Herwig 1992/93: Lebenserwartung, generatives Verhalten und die Dynamik des Weltbevölkerungswachstums, in: Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen(Hrsg.), Funkkolleg „Anthropologie“, Studieneinheit 27, Weinheim/Basel.
- Birg, Herwig 1993a: Eigendynamik demographisch expandierender und kontraktiver Bevölkerungen und internationale Wanderungen, in: B. Blanke (Hrsg.): Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft, S. 52-79, Opladen.
- Birg, Herwig 1993b: Demographische Wirkungen politischen Handelns. Eine deutsche Perspektive, in: H.-U. Klose (Hrsg.): Altern hat Zukunft. Bevölkerungsentwicklung und dynamische Wirtschaft, S.52-79, Opladen.
- Birg, Herwig 1994a: Weltbevölkerungswachstum, Entwicklung und Umwelt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 2. Sept. '94.
- Birg, Herwig 1994b: Perspektiven des globalen Bevölkerungswachstums - Ursachen, Folgen, Handlungskonsequenzen, in: Franz Nuscheler/ Ernst Furlinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, S.11-46, Salzburg.
- Birkelbach, Dagmar/Christiane Eifert/Sabine Lueken 1981: Zur Entwicklung des Hebammenwesens vom 14. bis zum 16. Jahrhundert am Beispiel der Regensburger Hebammenordnung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Bd.5, München.
- Bischof Franz Kamphaus 1994: Weniger Menschen durch weniger Armut. Überlegungen zum Weltbevölkerungswachstum, in: Franz Nuscheler/ Ernst Furlinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, S.125-136, Salzburg.
- Blanke, B. (Hrsg.) 1993: Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft, Opladen.
- Bodin, Jean 1581: De Daemonomania Magorum. Vom aussgelassnen wütigen Teuffelsheer, der besessenen, unsinnigen Hexen und Hexenmeyster/ Unholden/ Teuffelsbeschwörer/ Wahrsager/ Schwarzkünstler, durch Johannes Fischart aus frantzös. Sprach treulich inn Teutsche gebracht, Strassburg b. Jobin.
- Bodin, Jean 1981: Sechs Bücher über den Staat I-III, München.
- Bodin, Jean 1986: Sechs Bücher über den Staat IV- VI, München.
- Böcker, Barbara/ Ina Simpson 1989: Chinas kleine Sonnen. Ein-Kind Familienpolitik. Einzelkind- und Sexualerziehung, Münster.
- Böckle, Franz/ Hans-Rimbert Hemmer/ Herbert Kötter 1990: Armut und Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt, Bonn.
- Bongaarts, John 1994: Can the Growing Human Population Fees itself? In: Scientific American, March '94, vol. 270, no. 3.
- Boylan, Esther 1991: Women and Disability, London.
- Bradisch, Paula 1991: FINRAGE. Ein feministisches Netzwerk gegen Reproduktions- und Gentechnik, in: Entwicklungspolitische

- Korrespondenz, Nr.3, 22.Jhg., S.32-33, Hamburg.
- Bridsall, Nancy/ Frederik T. Sai 1988: Familienplanung in Schwarzafrika, in: Finanzierung und Entwicklung, S. 28-30, Hamburg März '88.
- Brot für alle (Hrsg.) 1994: Wenig Kinder - viel Konsum? Stimmen zur Bevölkerungsfrage von Frauen aus dem Süden und Norden, Erklärung von Bern, Winterthur.
- Brundlandt-Report 1987: Our Common Future, dt. Übers.: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Volker Hauff (Hrsg.), Greven.
- Brydon, Lynne/ Sylvia Chant 1989: Women in the Third World. Gender Issues in Rural and Urban Areas, Aldershot.
- Bulatao, Rodolfo A. 1992: Familienplanung. Die unvollendete Revolution, in: Finanzierung und Entwicklung, Hamburg Dez '92.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1991: Förderkonzept Bevölkerungspolitik und Familienplanung, Bonn.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1993a: Förderkonzept, Bevölkerungspolitik und Familienplanung, in: BMZ (Hrsg.): Sektor- und Sektorübergreifende Konzepte II, Bonn.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1993b: Förderkonzept Bevölkerungspolitik und Familienplanung. Grundsätze für die Planung und Durchführung von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Bevölkerungspolitik und Familienplanung. Sektor- und Sektorübergreifende Konzepte II, S.23-36, Bonn.
- Burckhardt, Gisela 1991: Verhütungsmittel und ihre Anwendung. Ein Überblick, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr.3, 22.Jhg., S.9-11, Hamburg.
- Cassen, Robert/ Lisa M. Bates 1994: Population Policy. A new Consensus, Policy Essay No.12, Overseas Development Council, Washington DC.
- The Centre for Development and Population Activities before the Preparatory Committee Meeting for the 1994 International Conference on Population and Development, Statement, Washington, D.C. May 12, 1993.
- Chodorow, Nancy 1990: Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter, Originaltitel: The Reproduction of Mothering. Psychoanalysis and the Sociology of Gender, München.
- Coleman, D./ R. Schofield 1986: The State of Population Theory. Forward from Malthus, Oxford.
- Corea, Gena 1988: Muttermaschine. Reproduktionstechnologien - von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter, Frankfurt a.M.
- Correa, Sonja 1994: Population and Reproductive Rights. Feminist Perspectives from the South, in ass. with DAWN, New Delhi/London/New Jersey.
- Deen, Thalif 1994: Staat mit Heiligenschein. Der Vatikan auf der Bevölkerungskonferenz, in: der überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Heft 4, 30. Jahrgang, S.46-49.
- Demeny, Paul 1993/94: Politische Maßnahmen zur Reduzierung eines hohen Geburtenniveaus: Eine Sache der Nachfrage: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jhg. 19, 1993-94, S.365-375.
- Demeny, Paul 1994: Entwicklung des globalen Bevölkerungswachstums. Alternative Szenarien, in: epd Nr.9, S. 5-7, Frankfurt a.M. April.
- der überblick 1974. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit: Weltbevölkerungsjahr 1974. UN-

- Konferenz in Bukarest (Schwerpunkt), Nr.3, 10.Jhg., Stuttgart.
- der überblick 1984. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit: Weltbevölkerungskonferenz 1984 in Mexiko (Schwerpunkt), Nr.3, 20.Jhg., Stuttgart.
- der überblick 1994. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit: Zu viele Menschen? Nr.4, 30. Jhg., Stuttgart.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1992a: Weltbevölkerungsbericht: Die Welt im Gleichgewicht, Bonn.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1992b: Raumschiff oder Rettungsboot? Globale Bevölkerungsentwicklung und ökologische Tragfähigkeit, in: Blaue Reihe, Nr.40, Bonn Januar.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1993: Weltbevölkerungsbericht. Das Individuum und die Welt: Bevölkerung, Migration und Entwicklung in den neunziger Jahren, Bonn.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1994a: Weltbevölkerungsbericht. Entscheidungsfreiheit und Verantwortung, Bonn.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen/ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.) 1994b: Weltbevölkerung und Entwicklung- Die Herausforderung des globalen Bevölkerungswachstums Bonn/Hannover.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1994c: Reader zu Weltbevölkerungsfragen mit Materialsammlung, Bonn.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1995: Weltbevölkerungsbericht. Grundlagen der Entwicklung: Macht für Frauen und reproduktive Gesundheit, Bonn.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1996: Weltbevölkerungsbericht. Welt im Wandel: Bevölkerung, Entwicklung und die Zukunft der Stadt, Bonn.
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 1994: Betr. Weltbevölkerung, Hannover.
- Die deutschen Bischöfe - Kommission Weltkirche 1994: Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung. Ein kirchlicher Beitrag zur Diskussion, in: Franz Nuscheler/ Ernst Furlinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, S. 162-178, Salzburg.
- Dixon-Mueller, Ruth 1990: Abortion policy and Women's health in Developing Countries, in: International Journal of health services, S. 297-314, Vol.2, Jhg. 20.
- Dixon-Mueller, Ruth 1993: Population Policy and Women's Rights. Transforming Reproductive Choice, Westport.
- Ehrlich, Paul 1971: Die Bevölkerungsbombe, München.
- Ehrlich, Anne/ Paul Ehrlich 1972: Bevölkerungswachstum und Umweltkrise. Die Ökologie des Menschen, Frankfurt a.M.
- Ehrenreich, Barbara/ Deidre English 1979<sup>5</sup>: Hexen, Hebammen und Krankenschwestern. The Witches are back, München.
- Eibl-Eibesfeldt, Irenäus 1981: Gefahren der Masseneinwanderung, in: Lutherische Monatshefte, Nr.1, 20.Jhg., S.34-35,.
- Eine Welt für Alle e.V 1993: Bevölkerung und Entwicklung. Thesenpapier zur Konferenz von Kairo, Köln.
- „Empowerment“ 1993, in: Nord-Süd aktuell, Heft 2, Jhg.7, S. 255-278, Bonn.
- Engelhardt, Eva/ Ingrid Spiller 1991a: Bevölkerungspolitik, in: Bausteine für Unterricht und Bildungsarbeit, explizit: 36, Bad Honnef.

- Engelhardt, Eva: Brasilien 1991b: Bevölkerungspolitik und Frauenselbsthilfe, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr.3, 22. Jhg., S.5-7, Hamburg.
- Engelhardt, Eva 1993: Offizielle und inoffizielle Strategien der Bevölkerungspolitik in Brasilien, in: Mohssen Massarrat/ Hans-Joachim Wenzel/ Birgit Sommer/ György Szeill (Hrsg.): Die Dritte Welt und Wir. Bilanzen und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, S.203-211, Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg.
- Entwicklungspolitische Korrespondenz 1991: Menschen Zweiter Klasse. Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt (Schwerpunkt), Nr.3, 22.Jhg., Hamburg.
- epd- Entwicklungspolitik 1993: Dokumentation: 1. Erklärung von Frauen zur Bevölkerungspolitik in Vorbereitung der ICPD 1994 in Kairo; 2. kritische Bewertung der Frauenerklärung zur Bevölkerungspolitik; 3. Brücke zwischen Gegensätzen. Eine Vermittlungsposition zur Bevölkerungspolitik, in: epd Nr.22, S.a - g, Frankfurt a.M.
- epd- Entwicklungspolitik 1994a: Dokumentation: "Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung, Erklärung der Kommission Weltkirche der katholischen Bischofskonferenz, in: epd Nr.1, S. a - z3, Frankfurt a.M. Januar.
- epd- Entwicklungspolitik 1994b: Dokumentation: "Weltbevölkerung und Welternährung", in: epd Nr.9, Frankfurt a.M.
- epd- Entwicklungspolitik 1994c: Dokumentation: „Wie viele Menschen trägt die Erde?“ Empfehlungen der EKD-Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst, in: epd Nr.14, S. a -t, Frankfurt a.M. Juni.
- epd- Entwicklungspolitik 1994d: Dokumentation: Umstrittene Abtreibung. Text des „Draft Final Dokument“, in: epd Nr.18, S. a - t, Frankfurt a.M. September.
- epd- Entwicklungspolitik 1994e: Dokumentation/Eva von Herzberg: „Alternative Visions of Development: Dawn's Interregional Meeting: 6.-11.5.1990 in Rio de Janeiro, in: epd Nr. 20/21, S. k-n, Oktober.
- epd - III.Weltbevölkerungskonferenz ICPD 1994f, in: epd Nr.6, S. 5-6, Frankfurt a.M. März 1994.
- epd - Familienplanung entscheidend? 1994g, in: epd Nr.4, S.8, Frankfurt a.M. Februar.
- Erzbischof Renato Martino 1994: Die grundlegenden Kriterien von Wahrheit und Gerechtigkeit, in: Franz Nuscheler/ Ernst Füllinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, S. 137-146, Salzburg.
- Fischer, Leni 1988: Ein integrierter Ansatz in der Bevölkerungspolitik, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 2, S.4, Frankfurt a.M.
- Fleischhacke, J. 1992: Bevölkerungspolitik und Biologismus - exemplarische Nachweise, in: Internationale Zeitschrift für ausländische Absolventen der TU-Berlin, Nr.16/17, S.18-20, Berlin.
- Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) (Hrsg.): Menschenbild und Überbevölkerung 1992, Publikationsreihe FAW, Wissensverarbeitung und Gesellschaft Bd.4, Ulm.
- Fraser, Arvonne 1987: The U.N. Decade for Women, Documents and Dialoge, in: Westview Special Studies on Women in Contemporary Society, Colorado.
- Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien 1989. Beiträge vom 2. bundesweiten Kongress, Frankfurt 28.-30.10.1988, München.
- French, Marilyn 1992: Der Krieg gegen die Frauen, München.
- Gaus, Bettina: Nairobi 1985: Konferenz mit niedrigen Erwartungen, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 9, S.28, Frankfurt a.M.

- Geist, Helmut 1993: Wie tragfähig ist das Tragfähigkeitstheorem? In: Mohssen Massarat/ Hans-Joachim Wenzel/ Birgit Sommer/ György Szell (Hrsg.): Die Dritte Welt und Wir: Bilanzen und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, Informationszentrum Dritte Welt S.191-202, Freiburg.
- GEO 1994: Welt-Bevölkerung. Die Zukunft des Menschen, Nr.9, September '94.
- Germanwatch/ NRO Frauen Forum/ Terre des Femmes (Hrsg.) 1993: Dossier anlässlich der Welt-frauenkonferenz 1995. Menschenrechtsverletzungen an Frauen in der VR China und Tibet, Bonn.
- Glaß, Christian 1978: Bevölkerungswachstum als Katastrophe. Die ideologische Kontinuität der demographischen und ökologischen Diskussion, Frankfurt a.M./New York.
- The Global 2000 Report to the President - Entering the Twenty-First Century 1980, Harmondsworth.
- Guide to Women-Specific Policies and Programmes within UN Departments and Specialized Agencies 1994, Quaker United Nations Office, New York.
- Haleh, Afshar (Hrsg.) 1991: Women, Development and Survival in the Third World, London.
- Halhlbrock, Klaus 1991: Kann unsere Erde die Menschen noch ernähren? Bevölkerungsexplosion-Umwelt-Gentechnik, München.
- Hammes, Manfred: Hexenwahn und Hexenprozeße, Frankfurt a.M. 1971.
- Hansen, Joseph 1983: Zaubervahn, Inquisition und Hexenprozeß im Mittelalter, in: Historische Bibliothek, Bd.12., Redaktion der Historischen Zeitschrift (Hrsg.), 2. Neudruck d. Ausg.München 1900, Aalen.
- Harborth, Hans-Jürgen 1990: Dauerhafte Entwicklung - Zur Entstehung eines neuen ökologischen Konzepts, Berlin (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, FS II 89-403)
- Harborth, Hans-Jürgen 1991: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept „Sustainable Development“, Berlin.
- Harrison, P.1994: Die dritte Revolution. Antworten auf Bevölkerungsexplosion und Umweltzerstörung, Heidelberg/Berlin/Oxford.
- Hartmann, Betsy 1987: Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population and Contraceptive Choice, New York.
- Hartmann, Betsy 1989: Eine illustre Gesellschaft. Die Geschichte der Bevölkerungspolitik - ihre politischen Strömungen, in: Blätter des iz3w, Nr.156, Freiburg.
- Hauchler, Ingomar (Hrsg.) 1993: Globale Trends 1993/94: Daten zur Weltentwicklung, Frankfurt a.M.
- Hauchler, Ingomar (Hrsg.) 1995: Globale Trends 1996. Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt a.M.
- Hauser, Jürg A.1991: Bevölkerungs- und Umweltprobleme in der Dritten Welt, Bd.1 u. 2., Bern/Stuttgart.
- Heim, S/U. Schaz 1994: Das Revolutionärste, was die Vereinigten Staaten je gemacht haben. Vom Aufstieg des Überbevölkerungsparadigmas, in: Christa Wichterich (Hrsg.): Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, S.129-150, Göttingen.
- Heinbuch, Ute 1988: Der Einfluß ländlicher Entwicklungsmaßnahmen auf das generative Verhalten in Entwicklungsländern, Hamburg.
- Heinrichs, Jürgen (Hrsg.) 1991: Familienplanung international. Aufgaben und Forderungen nichtstaatlicher Familienplanungsorganisationen, Braunschweig.

- Heinrichs, Jürgen 1994: Umwelt und Fertilität. Einführung in Aspekte der Sexualökologie (Beitrag zur Weltbevölkerungsentwicklung), Politikwissenschaft Bd.25, Münster/Hamburg.
- Heinsohn/ Knieper/ Steiger 1979: Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungslehre der Neuzeit, Frankfurt a.M.
- Heinsohn, Gunnar/ Otto Steiger 1990: Die Vernichtung der Weisen Frauen. Hexenverfolgung, Kinderwelten, Bevölkerungswissenschaft, München.
- Herkenrath, Norbert 1994: Die Positionen des Vatikans zum Bevölkerungsproblem. Darstellung und Kritik aus der Perspektive der kirchlichen Entwicklungsarbeit, in: Franz Nuscheler/ Ernst Füllinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, S. 147-161, Salzburg.
- Hern, Warren 1994: In: Klingholz, Reiner 1994: Wahnsinn Wachstum. Wieviel Menschen erträgt die Erde? S.208, Hamburg.
- Heyzer, Noeleen 1994: Frauen, Kommunikation und Entwicklung, Vortrag auf der Konferenz: „Women empowering communication“, Sukhotai Thammathirat Open University, Thailand, 12.-17. Februar 1994, in: epd Nr.9, S. 39-43, Frankfurt a.M. April.
- Himmler-Kleber, Emmy 1986: Frauenförderung in Entwicklungsländern, Forschungsauftrag des BMZ, Bonn.
- Höhn, Charlotte 1988a: Die Schlüsselposition der Frau in der Bevölkerungsentwicklung und Politik, DGVN (Hrsg.): Frauen und Entwicklungsprozeß in der Dritten Welt, Vorträge der Konferenz in Walberberg November 1987, Bonn, DGVN Reihe Nr.12, S.19-41.
- Höhn, Charlotte 1988b: Der Beitrag der Bevölkerungswissenschaft zur Politikberatung, Studie zur Erlangung der *venia legendi* eingereicht an der Justus-Liebig-Universität zu Gießen, in: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 15, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), Wiesbaden.
- Höhn, Charlotte 1994a: „Glücklich“ - Deutsche Verhandlungspositionen (ICPD), in: epd Nr.16, S.22, Frankfurt a.M. Juli/D.
- Höhn, Charlotte 1994b: Weltbevölkerung - Wachstum ohne Ende? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 35-36/94, S.3-10.
- Höhn, Charlotte 1995: Der Weg nach und von Kairo. Bevölkerungswissenschaftliche Betrachtungen zu den Ergebnissen der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 (ICPD), in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 20, 1/1995, S. 3-26.
- Hoffmann, Karl-Dieter 1994: Menschenrechte beginnen mit dem Überleben. Zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, in: Vorgänge 127, 53. Jhg., Heft 3, September.
- Hoffmann, Karl-Dieter 1995: Bevölkerungswachstum, Armut und Umweltzerstörung in der Dritten Welt. in: Gegenwartskunde, 3/1995
- Honecker, Martin: Globale Verantwortung. Benötigen wir eine neue Ethik? in: epd Nr.16, S.70-77, Frankfurt a.M Juli/D 1994.
- Huston, Perdita: Motherhood by Choice. Pioneers in Women's Health and Family Planning, New York.
- Papst Innocenz VIII 1991<sup>10</sup>: Tenor Bullae Apostolicae adversus haeresim maleficarum (Summis desiderantes) 5. Dezember 1484, in: Jacob Sprenger / Heinrich Institoris: Der Hexenhammer (Malleus Maleficarum), München.
- Interdisziplinäre Forschungsgruppe Frauenforschung (Hrsg.): La Mamma! 1989, Beiträge zur sozialen Institution Mutterschaft, Köln.

- International Labour Organisation (ILO) 1976: Employment, Growth and Basic Needs. A One-World Problem, Genf.
- Jacobsen, Jodi L. 1994: Frauendiskriminierung. Die wirkliche Ursache der Unterentwicklung, Worldwatch Paper 7, Schwalbach.
- Johns Hopkins University 1992: The Reproductive Revolution: New Survey Findings, Baltimore.
- Johnson, Stanley P. 1994: World Population - Turning the Tide. Three decades of Progress, London/Dordrecht/Boston.
- Jyoti, S. Singh 1994: "Sehr ermutigend"- Themen und Herausforderungen im Vorfeld der ICPD, in: epd Nr.16, S. 17-21, Frankfurt a.M. Juli/D.
- Kanther, Manfred: Rede anlässlich der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 der Vereinten Nationen in Kairo, 5. Sept. 1994.
- Kasun, Jaqueline 1988: The war against Population, San Francisco.
- Kaupen Haas, Heidrun (Hrsg.) 1986: Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Nördlingen.
- Kennedy, Paul 1993: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M.
- Keyzers, Loes/ Ines Smyth 1989: Familienplanung: Mehr als nur Fruchtbarkeitskontrolle? In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr.36, 9.Jhg., S.61-77, Berlin.
- King, Elisabeth M.(Hrsg.) 1993: Women's education in developing countries. Barriers, benefits and politics, Baltimore.
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.) 1994: Wie viele Menschen trägt die Erde? Ethische Überlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung, in: EKD-Texte Nr.49, Hannover.
- Klingholz, Reiner 1994: Wahnsinn Wachstum. Wieviel Menschen erträgt die Erde? Hamburg.
- Knieper, Barbara 1991: Familienplanung - eine afrikanische Neubestimmung, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr.3, 22.Jhg., S.29-30, Hamburg.
- Koblinsky, Marge/ Judith Timyan/ Jill Gay (Ed.) 1993: The Health of Women: A global Perspective, Boulder.
- Krugmann-Randolf, Inga 1989: Die Schlüsselrolle der Frauen beim Bevölkerungswachstum, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 6, S.20, Frankfurt a.M..
- Lambrecht, Petra/ Heide Mertens 1989: „Small family - happy family“, Internationale Bevölkerungspolitik und Familienplanung in Indien, Münster.
- Leisinger, Klaus M. 1993: Hoffnung als Prinzip. Bevölkerungswachstum: Einblicke und Ausblicke, Basel/ Boston/ Berlin.
- Leisinger, Klaus M. 1994a: Bevölkerungsentwicklung, Umweltverschmutzung und Gouvernanz, in: epd Nr.9, 8-14, Frankfurt a.M. April.
- Leisinger, Klaus M. 1994b: Zwang führt in die Sackgasse. Auch die Familienplaner müssen die Menschenrechte achten. Sonst verletzen sie Gesetz und Ethik - und schaden ihren eigenen Zielen, in: ZEIT-Punkte: Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage? DIE ZEIT (Hrsg.), Sonderbd. Nr.4, S.95-97, Hamburg.
- Leitzmann, Klaus 1994: Hunger und seine Folgen auf die körperliche und geistige Entwicklung des Menschen, in: epd Nr.9, S. 15-17, Frankfurt a.M. April.
- Lingam, Lakshmi 1991: Neue Technologien in Indien. In-Vitro-Fertilisation und Maniozentese, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr.3, 22.Jhg., S.23-25, Hamburg.

- Linne, Gela 1991a: Norplant. Leicht zu gebrauchen leichter zu mißbrauchen, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr.3, 22.Jhg., S.13-14, Hamburg.
- Linne, Gela 1991b: Versuchsfeld Puerto Rico. Wie Die Pille getestet wurde, in: Entwicklungs- politische Korrespondenz, Nr.3, 22.Jhg., S.12, Hamburg.
- Lorenz, Konrad 1990<sup>22</sup>: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit, München.
- Loytved, Christine 1994: Hebammen in Ozeanien zwischen traditioneller und westlicher Medizin, Weiterbildung traditioneller Hebammen in Westsamoa und Tonga, Frankfurt a.M.
- Mackensen Rainer / Lydia Thill- Thouet/ Ulrich Stark (Hrsg.) 1989: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt a.M., New York.
- Malthus, Thomas Robert 1798: An Essay on the Principle of Population as it Affects the Future Improvement of Society, London.
- Mamozai, Martha 1989: Schwarze Frau, weiße Herrin, Reinbeck bei Hamburg.
- Marie-Schlei-Verein (Hrsg.) 1993: „Uns kriegen sie nicht klein“. Frauenalltag in Afrika, Hamburg.
- McNamara, R.S. 1991: A Global Population Policy to Advance Human Development in the 21st Century, New York.
- Meadows, Donella u. Dennis L./ Jorgen Randers 1972: Die Grenzen des Wachstums, Frankfurt a.M.
- Meadows, Donella u. Dennis L./ Jorgen Randers 1992: Die neuen Grenzen des Wachstums. Die Lage der Menschheit. Bedrohung und Zukunftschancen, Stuttgart.
- Melchers, Konrad 1994: Bevölkerungspolitik und neuer Lebensstil. Bevölkerungsstudie der EKD - Entwicklungskammer, in: epd Nr.14, S. 4-5, Frankfurt a.M. Juni.
- Mertens, Heide 1989a: Der neue Konsens in der Bevölkerungspolitik: Umweltschutz und Frauenförderung durch Familienpolitik, in: Gustav-Stresemann-Institut (Hrsg.): Zwischen Staatsverschuldung, Strukturanpassung und Selbsthilfe - Zur Situation von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika, S. 24-35, Saarbrücken.
- Mertens, Heide 1989b: Familienplanung als Entwicklungsstrategie, in: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt Nr.36, S.41-60 Berlin.
- Mertens, Heide 1989c: Wertvolles Wissen verloren. Traditionelle Familienplanung und ihre Zerstörung, in: Entwicklungspolitische Nachrichten, Nr.11, S. 11-13, Wien.
- Mertens, Heide 1989d: Familienplanung als Entwicklungsstrategie, in: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr.36, 9. Jhg., Juni.
- Mertens, Heide 1991a: Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik, Münster.
- Mertens, Heide 1991b: Mit gebotener Vorsicht? Bevölkerungspolitik als Bestandteil bundesdeutscher Entwicklungshilfe, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr.3, 22.Jhg., S.21-23, Hamburg.
- Mertens, Heide 1992: Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung - eine kausale Beziehung? In: International Zeitschrift für ausländische Absolventen der TU-Berlin, Nr.16/17, S. 34-36, Berlin.
- Mertens, Heide 1993<sup>3</sup>: Das Bevölkerungproblem als Indikator ungleichgewichtiger Entwicklung, in: Handbuch der Dritten Welt, Dieter Nohlen/ Franz Nuscheler (Hrsg.), Bd.1, Bonn, S. 180-196.
- Mertens, Heide 1994: Frauen, Natur und Fruchtbarkeit - Die Bevölkerungsdebatte und die ökologische Tragfähigkeit der Erde, in: Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Christa Wichterich (Hrsg.), S.181-200, Göttingen.

- EKD - Entwicklungskammer 1994, in: epd Nr.14, S. 4-5, Frankfurt a.M. Juni.
- Mies, Maria 1992: Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the international Division of Labor, New Jersey 1986, Dt. Ausg. Wien.
- Mieth, Dietmar 1990: Geburtenregelung. Ein Konflikt in der katholischen Kirche, Mainz.
- Mintzes, B./ A. Hardon/ J. Hanhart 1993: Norplant: Under her Skin, Womens Health Action Foundation WEMOS, Amsterdam.
- Massarrat, Mohssen / Hans-Joachim Wenzel/ Birgit Sommer/ György Szeill (Hrsg.): Die Dritte Welt und Wir. Bilanzen und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg.
- Müller, Johannes 1994: Die katholische Kirche vor der Herausforderung des Bevölkerungsproblems. Sozialethische Überlegungen zur Bevölkerungspolitik, in: Franz Nuscheler/ Ernst Furlinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, Salzburg.
- Munawar, Ahmad Amnees: Herausforderung des Westens. Die moslemische Perspektive der Bevölkerungspolitik, in: epd Nr.16, S. 49-52, Frankfurt a.M. Juli/D 1994.
- Nair, Sumati 1992: Imperialismus und die Kontrolle der weiblichen Fruchtbarkeit, Hamburg (E-Colibri - Materialien gegen Gentechnologie und Bevölkerungspolitik, Nr.8, Hamburg 1992).
- National Audubon Society/ Population Crisis Committee/ Los Trigos Fund (Hrsg.) 1991: Why Population Matters. A Handbook for the Environmental Activist, Washington, D.C.
- Nohlen, Dieter/ Franz Nuscheler (Hrsg.) 1993<sup>3</sup>: Handbuch der Dritten Welt, Bd.1 Grundprobleme - Theorien - Strategien, Bonn.
- Noonan, John T. Jr. 1969: Empfängnisverhütung. Geschichte ihrer Beurteilung in der katholischen Theologie und im kanonischen Recht, in: Theologische Reihe. Diego Arenhoevel/ Albert Fries/ Otto H. Pesch (Hrsg.), Bd.6, Mainz.
- Nuscheler, Franz/ Ernst Furlinger (Hrsg.) 1994: Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, Salzburg.
- Nuscheler, Franz 1994: Wieviele Menschen sind zuviel? Die „B-Bombe“ kann entschärft werden, in: Franz Nuscheler/ Ernst Furlinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, Salzburg.
- Otterbein, Carl 1994: Vor ICPD kurz notiert, in epd Nr. 14, S.6, Frankfurt a.M. Juni.
- Palmer, Ingrid 1994<sup>2</sup>: Gender and Population in the adjustment of african Economies: Planning for change, in: Women, Work and Development, Bd.19, ILO (Hrsg.), Genf.
- G.Pauritsch/ B. Frakele/ E. List (Hrsg.) 1988: Kinder machen. Strategien der Kontrolle weiblicher Fruchtbarkeit, Grazer Projekt: „Interdisziplinäre Frauenstudien“, Bd.2, Wien.
- Pestel, Eduard 1988: Jenseits der Grenzen des Wachstums, Stuttgart.
- Petersmann, Hans/ Hildegard Wolfrum 1975: Das internationale Frauenjahr der Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen, Nr.3, S.68-73, Kehl a. Rhein.
- Pietilä, Hilikka/ Jeanne Vickers 1994: Making Women Matter. The Role of the United Nations. London/ New Jersey.
- Pinn, Irmgard/ Michael Nebelung 1992: Rassismus und Bevölkerungspolitik, in: Forum Wissenschaften, Nr.3, 9.Jhg., S.12- 16, Bonn.

- Pöner, Ulrich 1994: Verantwortungsbewußte Freiheit. Eine katholische Positionen zur Bevölkerungspolitik, in: epd Nr.16, S. 63-69, Frankfurt a.M. Juli/D.
- Population, Environment & Development. the findings of popuation Hearings 1993. The Peoples Commission on Environment and Development India (Hrsg.) New Delhi.
- Population and the environment 1992: Impacts in the Developing World. Population Action International (Hrsg.), Washington, D.C.
- Population and familiy planning policies 1993: Women-centered perspectives: Reproductive Health Matters, No. 1, Nondon May.
- Potts, Lydia 1991: Migration und Bevölkerungspolitik - über Geschichte und Funktion der Frauen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft, in: beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 29, 14. Jhg, S. 31-46, Köln.
- Probleme und Chancen demographischer Entwicklung in der Dritten Welt 1988, Klaus Zimmermann/ Gerhard Heilig (Hrsg.), Berlin.
- Putting Gender on the Agenda 1995. A Guide to Participating in UN World Conferences, United Nations Development Fund for Women (Hrsg.), New York.
- Randeria, Shalini 1993: Fortpflanzung selbstverantwortlich gestalten, in: Gustav-Stresemann-Institut (Hrsg.): „Die Erde l(i)ebenswert gestalten“ Frauen für eine neue Weltinnenpolitik, Dok. Tagung vom 19. bis 21. November, Bonn.
- Randeria, Shalini 1994a: Konsum, Kultur, Kontrazeptiva. Was beeinflußt die Geburten? In: der überblick. Zeitschrift für ökonomische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Heft 4, 30. Jhg.
- Randeria, Shalini 1994b: Das Wunder Kerala. Eine Erfolgsgeschichte indischer Bevölkerungspolitik? In: Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Christa Wichterich (Hrsg.), S.239-262, Göttingen.
- Richter, Judith 1993: Impfung gegen Schwangerschaft. Traum für Forscher - Alptraum für Frauen? Bielefeld (BUKO Pharmakampagne).
- Richter, Judith 1994a: Einladung zum Mißbrauch. Ideologie der Bevölkerungskontrolle und Verhütungsforschung, in: epd Nr.16, S. 29-36, Frankfurt a.M. Juli/D.
- Richter, Judith 1994b: Außer Kontrolle: Anti-Schwangerschafts->>Impfstoffe<<, >>Schwangerschaftsepidemien<< und Mißbrauch, in: Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Christa Wichterich (Hrsg.), S.163-180,Göttingen.
- Riedelberger, Irmela 1993: Einstellung von Männern zur Familienplanung und Möglichkeiten ihrer stärkeren Einbeziehung in Familienplanungsprogramme, in: Forschungsberichte des BMZ, Bd.108, Bonn.
- Riegler, Johanna/ Aurelia Weikert 1989: Frauen als Versuchskaninchen. Vom Einsatz medizinisch-technischer Verhütungsmethoden, in: Entwicklungspolitische Nachrichten, Nr.11, S.9-10, Wien.
- Riffat, Hassan: Familienplanung und Islam. Die Sicht einer muslimischen Frau, in: epd Nr.16, S. 53-60, Frankfurt a.M. Juli/D 1994.
- Rifkin, Susan B. 1990: Community participation in maternal and child health, family planning programms. An analysis on case study materials, Weltgesundheitsorganisation (Hrsg.), Genf.
- Robey, B./ S. Rutstein/ L. Morris 1994: Familienplanung in Entwicklungsländern, in: Spektrum der Wissenschaft, S.32-39, Februar'94.
- Rodwell, S. Mwandila Vongo: Starker Einfluß. Traditioneller ostafrikanischer Glaube und Bevölkerungspolitik, in: epd Nr.16, S. 61-62, Frankfurt a.M. Juli/D 1994.

- Rott, Renate 1989: Bevölkerungskontrolle, Familienplanung und Geschlechterpolitik, in: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, Nr.36, 9.Jhg., Berlin.
- Rott, Renate 1993: Bevölkerung, in: Ingomar Hauchler (Hrsg.): *Globale Trends 93/94, Daten zur Weltentwicklung*, S. 107-120, Frankfurt a.M.
- Roundtable on environmental Advocacy 1993. The Peoples Commission on Environment and Development India (Hrsg.) New Delhi.
- Ruf, Anja 1994a: Bevölkerungsbericht der Bundesregierung, in: *epd* Nr.14, Frankfurt a.M. Juni.
- Ruf, Anja 1994b: Zentrum nicht Brennpunkt. Frauen bei der Weltbevölkerungskonferenz, in: *epd* Nr.18, S. 18-21, Frankfurt a.M. September.
- Ruf, Anja 1994c: Europäische Vorbereitungs-konferenz, in: *epd* Nr.22, S.5-6, Frankfurt a.M. November.
- Ruf, Anja 1994d: „Global sisterhood“ - deutsches Vorbereitungstreffen, in: *epd* Nr.22, S. 7-7, Frankfurt a.M. November.
- Rustenber, Elke 1992: ...und Frauen tragen die Last. Auswirkungen der Strukturanpassungspro-gramme auf die Situation von Frauen im Süden, Osnabrück.
- Sachs, Aaron: Men, Sex, and Parenthood in an overpopulating World 1994: *Worldwatch Institute* (Hrsg.), April '94.
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.) 1993: *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemische Handbuch zur Entwicklungspolitik*, Reinbeck bei Hamburg.
- Sadik, Nafis (Ed.) 1991: *Population Policies and Programmes 1991. Lessons learned from two decades of experience*, published for UNFPA, New York/ London.
- Sadik, Nafis Dr. 15.10.1994: Statement of Dr. Nafis Sadik Executive Director United Nations Population Fund (UNFPA), at the International Student Festival in Trondheim, Federal Information Exchange, Norway, Inc. 03/31/1995--usaid-m@fedix.fie.com.
- Sagrera, Martin 1994: *Population Crisis*, Madrid.
- Santoso, S. Hanigoyo 1994: Errungenschaften und Probleme. Bevölkerungspolitik und Familien-planung in Indonesien, in: *epd* Nr.16, S. 37-44, Frankfurt a.M. Juli/D.
- Schaz, Ulrike 1994: Highway nach Kairo. Der feministische Weg durch die bevölkerungspolitischen Instanzen, in: *blätter des iz3w*, Nr. 198, S. 19-21, Juni/ Juli '94.
- Schmerl, Christiane 1989: Die Frau ohne Schatten - der Kinderwunsch und die Natur der Frau, in: *Interdisziplinäre Forschungsgruppe Frauenforschung* (Hrsg.): *La Mamma! Beiträge zur sozialen Institution Mutterschaft*, S. Köln.
- Schmid, Josef 1988: Die Kontroversen um Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung, in: Gunter Steinmann/ Klaus Zimmermann/ Gerhard Heilig (Hrsg.): *Probleme und Chancen demographischer Entwicklung in der Dritten Welt*, S.19-35, Berlin/ Heidelberg/ New York/ London/ Paris/ Tokio.
- Schmid, Josef (Hrsg.) 1994: *Bevölkerung, Umwelt, Entwicklung. Eine Humanökologische Perspektive*, Opladen.
- Schneider, Ingrid 1991: Immun gegen Schwangerschaft, in: *Entwicklungspolitische Korrespondenz*, Nr.3, 22.Jhg., S.15-18, Hamburg.
- Schneider, Ingrid 1993: Fünf Jahre danach: Norplant in Brasilien. *Die Tageszeitung* 02.07.'93.
- Schockenhoff, Eberhard 1992: Genug Platz für alle? Bevölkerungswachstum, Welternährung und Familienplanung, Ostfildern.
- Schöps, Joachim 1993: In jeder Sekunde drei Menschen mehr. Das vernichtende

- Wachstum der Weltbevölkerung, in: Der Spiegel, 47. Jhg, Hamburg.
- Schröder, Dieter 1993: Kann die Spezies Mensch überleben? In: Zeitbombe Mensch. Überbevölkerung und Überlebenschance, Reymer Klüver (Hrsg.), S.7-12, München.
- Schubnell, Hermann 1990: Bevölkerungs- und Familienpolitik - Definitionen, Bezug zur Gesamtpolitik und Probleme der Wirkungsanalyse, in: Demographische Wirkungen politischen Handelns. Dokumentation der internationalen Konferenz 1986 der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Frankfurt a.M./ New York.
- Schuh, Michaela 1994: Eine Übersicht über die Praxis und Legitimation von Bevölkerungspolitik gegen die Menschen in der „3. Welt“, in: SF, Nr.3.
- Sen, Amartya 1994: Die Menschenbombe. Ein globales Problem - Verblendung und Wirklichkeit, in: Lettre International, Nr.7, Winter.
- Sen, Gita / Caren Grown 1987: Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN). Development, Crises and Alternative Visions. Third World Women's Perspectives, London.
- Sen, Gita/ Adrienne Germain/ Lincoln C. Chen (Ed.) 1994: Population policies reconsidered. Health, Empowerment, and Rights, Boston.
- Sen, Gita/ Rachel C. Snow (Ed.) 1994: Power and Decision. The social Control of Reproduction, Boston.
- Shiva, Vandana 1989: Das Geschlecht des Lebens. Frauen, Ökologie und 3. Welt, Berlin.
- Siefferle, Horst 1990: Bevölkerungswachstum und Naturhaushalt, Frankfurt a.M.
- Skriver, Ansgar 1986: Zuviele Menschen? Die Bevölkerungskatastrophe ist vermeidbar, München.
- Skriver, Ansgar 1994a: Das Schweigen der Hirten. Die deutschen Kirchen sind sich zwar oft einig - aber Protestanten wie Katholiken blenden das Elend illegaler Abtreibungen aus, in: ZEIT-Punkte: Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage? DIE ZEIT (Hrsg.), Sonderbd. Nr.4, S.104-105, Hamburg.
- Skriver, Ansgar 1994b: Die fatale Verlockung. In Kairo droht die Fortsetzung einer alten Kontroverse: Was ist das beste Verhütungsmittel Entwicklung oder Verhütung? in: ZEIT-Punkte: Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage? DIE ZEIT (Hrsg.), Sonderbd. Nr.4, S.43-45, Hamburg.
- Smyke, Patricia 1991: Women and Health, London.
- Soldan W.G./ H.Heppe 1986: Geschichte der Hexenprozeße, ungek. Fassung v. S. Ries, Bd.1, Kettwig.
- Sommer, Theo 1994: Stehplatz für Milliarden? Mehr Frauen und Männer als in der gesamten Geschichte der Menschheit bevölkern heute den Planeten. Die Erde kann sie kaum noch tragen, in: ZEIT-Punkte: Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage? DIE ZEIT (Hrsg.), Sonderbd. Nr.4, S.5, Hamburg.
- Sonnleitner Käthe 1988: „Damit Adam der Ursprung seiner ganzen Art sei...“ Schutz und Kontrolle der Gebärtätigkeit der Frau im Mittelalter, in: Kinder machen. Strategien der Kontrolle weiblicher Fruchtbarkeit, Grazer Projekt: „Interdisziplinäre Frauenstudien“, Bd.2, G.Pauritsch/ B. Frakele/ E. List (Hrsg.), Wien.
- Sontheimer, Michael 1990a: „Die Erde ist voll“, DIE ZEIT, 21.12.1990 und 28.12.1990.
- Sontheimer, Michael 1990b: „Die Erde in die Hand der Mütter“, in: Zeit-Dossier, Nr.1, 28.12.1990.
- Sontheimer, Michael 1994: Zügelt Euch! T.R. Malthus - der erste Mahner, in: ZEIT-Punkte: Weltbevölkerung. Wird der

- Mensch zur Plage? DIE ZEIT (Hrsg.), Sonderbd. Nr.4, S.75, Hamburg.
- Sprenger, Ute 1985: Wer hilft wem auf dem kontrazeptiven Sektor, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 14, 8.Jhg., S.19-23, Köln.
- Sprenger, Ute 1994: Die Wünsche der Frauen gelten meist wenig, in: Frankfurter Rundschau vom 18.04.1994, S.6, Frankfurt a.M.
- Spiller, Ingrid 1991: Mit zweierlei Maß, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr.3, 22. Jhg., S.3-5, Hamburg.
- Spiller, Ingrid 1992: Bevölkerung und Umweltzerstörung, in: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr.4, S.40-42. Bonn.
- Spiller, Ingrid 1994: Objekt >>Frau<< in Familienplanungsprogrammen, in: Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Christa Wichterich (Hrsg.), S. 151-162, Göttingen.
- Sprenger, Jacob/ Heinrich Institutoris 1991<sup>10</sup>: Der Hexenhammer (Malleus Maleficarum), München.
- Steimann, Gunter/ Klaus F. Zimmermann/ Gerhard Heilig (Hrsg.): Probleme und Chancen demographischer Entwicklung, Berlin.
- Steinmann, Gunter 1988: Bevölkerungswachstum, Ressourcen und wirtschaftliche Entwicklung, in: Gunter Steimann/ Klaus F. Zimmermann/ Gerhard Heilig (Hrsg.): Probleme und Chancen demographischer Entwicklung, S. 36-60, Berlin.
- Strategy for improved nutrition of children and women in developing countries, UNICEF (Hrsg.), in: A UNICEF policy review 1990, New York 1990.
- Strobl, Ingrid: Strange Fruit 1992: Bevölkerungspolitik. Ideologie, Ziele, Methoden, Widerstand, Berlin.
- Studenteninitiative Wirtschaft & Umwelt e.V. (Hrsg.), 1995: Globales Bevölkerungswachstum. Exponentiell ins Chaos? Tagungsdokumentation, Münster.
- Sumati, Nair 1994: Immanente Widersprüche. Programme zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums und die Beachtung der Menschenrechte, in: epd Nr.16, S. 23-28, Frankfurt a.M. Juli/D.
- Swami, Agnivesch 1994: Lebensstil entscheidend. Pharma-Perspektive zu Bevölkerung, in: epd, Nr.16, S. 45-48, Frankfurt a.M. Juli/D.
- Treguear Lemo, Tatiana 1994: Bevölkerungspolitik und Familienplanung: Verantwortlichkeiten des Staates und Rolle der NRO, in: epd Nr.9, S. 31-35, Frankfurt a.M. April.
- United Nations 1991a: Women. Challenges to the Year 2000, New York.
- United Nations 1991b: The World's Women. Trends and Statistics 1970-1990, New York.
- United Nations 1995a: The World's Women. Trends and Statistics 1995, New York.
- United Nations 1995b: World Conference on Human Rights: The Vienna Declaration of Action, New York.
- United Nations Children's Fund 1995: Zur Situation der Kinder in der Welt 1995, Frankfurt a.M.
- United Nations Department of International Economic and Social Affairs 1992: Long-range World Population Projections. Two Centuries of Population Growth 1950-2150, New York.
- United Nations Development Programme 1995: Human Development Report, Oxford/New York.
- United Nations Economic Commission for Europe/Council of Europe/United Nation Population Fund (Ed.) 1993: European Population Conference: Recommendations of the European Population Conference, adopted by the Conference at its final session on 26 March 1993, Geneva, 23-26 March 1993.

- United Nations Economic and Social Council/  
Economic Commission for Europe: High  
Level regional preparatory meeting for the  
fourth World Conference on Women: Re-  
gional Platform for Action - Women in a  
changing World - Call for Action from an  
ECE Perspektive, Wien 17-21.10.1994.
- United Nations Office 1989: Center for Social  
Development and Humanitarian Affairs:  
1989 World Survey on the role of Women  
Development, New York.
- United Nations Population Division, World  
Population Prospects, the 1994 Revisi-  
on.(in Vorbereitung)
- United Nations Population Division, World  
Urbanisation Prospects, the 1994 Revisi-  
on.(in Vorbereitung)
- United Nations Population Division, Levels and  
Trends of Contraceptive Use as Assessed  
in 1994. (in Vorbereitung)
- United Nations Population Fund/ Deutsche  
Gesellschaft für die Vereinten Nationen  
1991, Ursachen und Auswirkungen der  
Süd-Nord-Migration, Blaue Reihe: Nr.32,  
Bonn 1991.
- United Nations Population Fund/ Deutsche  
Gesellschaft für die Vereinten (Hrsg.)  
1992: Megastädte - Zeitbombe mit globa-  
len Folgen, Nationen/ Blaue Reihe: Nr.44,  
Bonn.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von 1990: Erdpolitik.  
Ökologische Realpolitik an der Schwelle  
zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt.
- Wander, Hilde 1991: Bevölkerungspolitik.  
Möglichkeiten und Grenzen der Förderung  
sozioökonomischen Fortschritts, in:  
Grundprobleme der Entwicklungsländer,  
Peter J. Opitz (Hrsg.), München.
- Weinbrenner, Sieglinde 1994: Gesellschaftli-  
cher Status und Fruchtbarkeit. Hintergrün-  
de hoher Fertilität und Rolle traditioneller  
Hebammen am Beispiel Ghana, in: epd  
Nr.4, S. 23-26, Frankfurt a.M. Februar.
- Weissmann, Steve 1973: Die Bevölkerungs-  
bombe ist ein Rockefeller-Baby, in: Kurs-  
buch 33, Berlin.
- Weltbank (Hrsg.) 1995: Weltentwicklungsbe-  
richt. Arbeitnehmer im weltweiten Integra-  
tionsprozess, Bonn.
- Werhan, Peter H. 1993: Verantwortung für die  
Zukunft. Perspektiven und Probleme der  
Bevölkerungsentwicklung und Familien-  
planung, Paderborn.
- Werhoff, Claudia von/ Maria Mies/ Veronika  
Bennholdt-Thomson 1983: Frauen die  
letzte Kolonie, Reinbeck bei Hamburg.
- Wernike, Christian 1994a: „Ein Beitrag zum  
Weltfrieden“ Timothy Wirth, stellvertre-  
tender US-Außenminister für Globale Fra-  
gen, glaubt: Weniger Kinder schaffen mehr  
internationale Sicherheit, in: ZEIT-Punkte:  
Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur  
Plage? DIE ZEIT (Hrsg.), Sonderbd. Nr.4,  
S.46-47, Hamburg.
- Wernike, Christian 1994b: Vorbeugen und  
Verhüten. Kairo ringt um neues Konzept:  
Die Gesundheit der Fortpflanzung, in:  
ZEIT-Punkte: Weltbevölkerung. Wird der  
Mensch zur Plage? DIE ZEIT (Hrsg.),  
Sonderbd. Nr.4, S.19, Hamburg.
- Wichterich, Christa 1993a: Kinderwunsch und  
Wunschkind, in: Asit Datta/Deutsche  
Welthungerhilfe (Hrsg.): Die neuen Mau-  
ern. Krisen der Nord-Süd-Beziehung,  
S.178-188, Wuppertal.
- Wichterich, Christa 1993b: Feministische Be-  
völkerungspolitik? Zur Debatte in der in-  
ternationalen Frauenbewegung vor der UN-  
Bevölkerungskonferenz, in: epd-  
Entwicklungspolitik, Nr.22, S. 15-17,  
Frankfurt a.M..
- Wichterich, Christa 1994a: Empowerment.  
Vom Widerspruch zum Widerstand der  
Frauen, in epd Nr.14, S. 33-36, Frankfurt  
a.M. Juni.
- Wichterich, Christa 1994b: Kinderwunsch -  
Wunschkind und Plansoll. Von der

- Schwierigkeit, den Kinderwunsch zu planen, in: Franz Nuscheler/ Ernst Furlinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum - Globale Krise und ethische Herausforderung, S. 75-86, Salzburg.
- Wichterich, Christa 1994c: Pluralistisch - Stimmen des Südens bei der Weltbevölkerungskonferenz, in: epd Nr.18, S. 22-25, Frankfurt a.M. September.
- Wichterich, Christa (Hrsg.) 1994d: Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen.
- Wichterich, Christa 1994e: Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Die neue Weltordnung der Fortpflanzung, in: Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Christa Wichterich (Hrsg.), Göttingen.
- Wide Bulletin: From Copenhagen to Beijing 1995. WIDE's Contribution to the World Summit for Social Development and the Fourth World Conference on Women, Belgien, Email WIDE @gn.apc.org
- World Bank 1975: Integration Women into Development 1975, Washington.
- World Bank 1979: Recognizing the „invisible“ women in Development, Washington 1979.
- World Bank 1989: Women in Development. Issues for Economic and Sector Analysis, Working Papers 269, Washington.
- World Bank 1993a: Effective Family Planning Programms, Washington, D.C.
- World Bank 1993b: World Development Report 1993: Investing in Health, (Hrsg.), New York, Oxford University Press 1993.
- World Bank 1993c: Social Gains from Female Education. A Cross-National Study, Raney, K. Subarao Lauro, World Bank Discussion Papers 194, Washington, D.C.
- World Bank 1994a: Social Indicators of Development Washington DC 1992.
- World Bank 1994b: World Population Projections 1994-95. Estimates and Projections with related Demographic Statistics, Bos, Eduard/ My T. Vu/ Ernest Massiah/ Rodolfo A. Bulato, Washington, D.C. 1994.
- World Bank 1995a: Policies affecting fertility and contraceptive use. An assesment of twelve Sub-Saharan Countries, Scribner, Susan, World Bank Discussion Papers, Africa Technical Department Series 259, World Bank (Hrsg.), Washington, D.C.
- World Bank 1995b: The World Bank Atlas, Washington, D.C.
- World Health Organisation 1990: Norplant Contraceptive Subdermal Implants. Managerial and Technical Guidelines, Genf.
- World Health Organisation 1993: World Health Statistics Annual 1992, Geneva.
- World Health Organisation 1994: Contraceptive Method Mix. Guidelines for policy and service delivery, Genf.
- Worldwatch Institute Report (Hrsg.): Zur Lage der Welt 1996. Konzepte für das Überleben unseres Planeten, Frankfurt a.M. 1996.
- Wuttke, Gisela 1991: Wo die Welt aus allen Nähten platzt - eine polemische Kommentierung der Medienberichterstattung zur Bevölkerungspolitik, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 30/31, 14.Jhg., S. 201-210, Köln.